



Ein Blick auf die Region Heilbronn

**Zwischen extrem rechten Aktivitäten und Engagement
für eine menschenrechtsorientierte Demokratie**

Fachstelle mobirex/ Demokratiezentrum Baden-Württemberg (Hrsg.)

Fachstelle mobirex/ Demokratiezentrum
Baden-Württemberg (Hrsg.)

Ein Blick auf die Region Heilbronn

**Zwischen extrem rechten Aktivitäten und Engagement
für eine menschenrechtsorientierte Demokratie**

Impressum

Demokratiezentrum Baden-Württemberg
Landeskoordinierungsstelle

Jugendstiftung Baden-Württemberg
Schloßstraße 23
74372 Sersheim

Fachstelle mobirex –
Monitoring | Bildung | Information

Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung
Baden-Württemberg e. V.
Siemensstraße 11
70469 Stuttgart

Redaktion: Arbnora Kastrati, Nadja Kaiser und Andreas Hässler
Redaktionelle Mitarbeit: Wolfgang Antes
Layout & Gestaltung: gusedesign | Hannes Guse
Bildnachweis: Soweit nicht anders angegeben Fachstelle mobirex
Druck: Flyeralarm

© Sersheim/ Stuttgart 2021.

DEMOKRATIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Tel.: 07042 / 83 17-47
Mail: info@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de

LAGO
Landesarbeitsgemeinschaft
Offene Jugendbildung Baden-Württemberg

Tel.: 0711 / 89 69 15-23
Mail: mobirex@lago-bw.de
www.lago-bw.de/fachstelle-mobirex.html

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert durch



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

und



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Fachstelle mobirex und das Demokratiezentrum Baden-Württemberg werden gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg und dem Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!«.

Inhaltsverzeichnis

06	Einleitung (Fachstelle mobirex)
09	Die extreme Rechte in der Region Heilbronn (Sven Ullenbruch)
10	»(R)echte VolksvertreterInnen?«: Extrem rechte Parteien in der Region Heilbronn
24	Braune Kameraden und Kameradinnen: Neonazis in der Region Heilbronn
38	Wütende BürgerInnen: Zwischen Facebook und der Straße
56	Tatort Theresienwiese – Ein NSU-Mord in Heilbronn
65	Engagement für Demokratie und Menschenrechte in der Region Heilbronn
66	Das »Netzwerk gegen Rechts Heilbronn« (NgR)
69	»Heilbronn sagt nein« - Bündnis gegen Rechtsextremismus
72	Mit kreativen Ideen für Demokratie und Vielfalt in der Schule (Anna Raabe)
77	Regional und gut vernetzt (Günter Bressau)
81	Was ist eigentlich Mobile Beratung? (Grit Hanneforth)
84	Schlussbetrachtung (Fachstelle mobirex)
88	Abkürzungsverzeichnis
90	Kontakte zu lokalen und überregionalen Anlaufstellen
96	Landesweite (historisch-) politische Bildungs- und Qualifizierungsangebote

Einleitung

Am 1. Mai 2011 versammelten sich rund 750 AnhängerInnen¹ der extrem rechten Szene am Heilbronner Hauptbahnhof. Ein „Nationales und soziales Aktionsbündnis 1. Mai“ hatte zur Demonstration aufgerufen und neben süddeutschen Neonazis auch Szeneangehörige aus anderen Teilen der Bundesrepublik sowie vereinzelt Funktionäre aus dem europäischen Ausland in die Stadt am Neckar mobilisiert. Trotz des Gegenprotests von ca. 5.000 Menschen und begleitet von einem massiven Polizeiaufgebot marschierte die rechte Szene durch Heilbronn. Es war einer der größten Nazi-Aufmärsche des Jahres in der Bundesrepublik.

Nur sechs Monate später stand Heilbronn erneut im Fokus der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Am 4. November 2011 flog die Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) auf, die sich kurz darauf in einem Video zum Mord an neun Migranten sowie an einer Polizistin auf der Heilbronner Theresienwiese 2007 bekannte. Ermittler*innen fanden u. a. die Dienstwaffen der ermordeten Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter und ihres schwer verletzten Kollegen bei den TäterInnen. Seit 1998 waren die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe untergetaucht. Während sich Mundlos und Böhnhardt bei ihrer Entdeckung das Leben nahmen, verurteilte das Oberlandesgericht München Beate Zschäpe am 11. Juli 2018 als Mittäterin im NSU-Komplex zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe und stellte eine besondere Schwere der Schuld fest.

Im Münchener NSU-Prozess sowie in mehreren Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Landesebene konnte bislang jedoch nicht geklärt werden, warum sich der NSU Heilbronn als Tatort ausgesucht hatte. Jedoch gelangte der baden-württembergische Untersuchungsausschuss »Rechtsterrorismus/ NSU BW II« in seinem Abschlussbericht vom 21. Januar 2019 zu der Erkenntnis, dass es in Heilbronn in den 1990er und 2000er Jahren »eine durchgehende, überregional gut vernetzte, aktive rechtsextremistische Szene gegeben hat (und weiterhin gibt)«².

Diese Feststellung deckt sich mit der Einschätzung lokaler Szenebeobachter*innen, die seit den 1990ern immer wieder auf extrem rechte Aktivitäten in der Region aufmerksam machen. Zugleich ist festzustellen, dass seit den 1990ern in Heilbronn und Umgebung Parteien vom rechten Rand für baden-württembergische Verhältnisse überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Angesichts des Aufstiegs der »Alternative für Deutschland« (AfD) haben Parteien wie die »Republikaner« (REP), der kommunalpolitische Verein »PRO Heilbronn« und die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) inzwischen an Anziehungskraft verloren. Auch abseits von Wahlen ist ein Wandel im (extrem) rechten Milieu festzustellen.

In den 1990er und 2000er Jahren gaben Strukturen wie die NPD mit ihrer Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) sowie parteiungebundene Zusammenschlüsse wie »Freie Kameradschaften« den Ton in der lokalen rechten Szene an. Doch seit Beginn der 2010er Jahre nimmt deren Präsenz kontinuierlich ab und ihre Aktivitäten verlagern sich zunehmend in interne Kreise sowie in das ländlich geprägte Umland Heilbronn. An ihre Stelle treten neue AkteurInnen, die zwar ein offenes Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus vermeiden, aber dennoch mit rassistischen, antisemitischen und demokratiefeindlichen Positionen an altbekannten Standpunkten anknüpfen. Gerade im Zusammenhang mit den flüchtlingsfeindlichen Protesten 2015, wie sie auch in der Region stattfanden, ist dieses menschenfeindliche Gedankengut hör- und sichtbar geworden – bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Sogenannte »Soziale Netzwerke« verstärken diese Entwicklung deutlich und beeinflussen somit gesellschaftliche Debatten negativ.

Egal, ob unverhohlen von extrem Rechten geäußert oder eingebettet in eine populistische Strategie: Dieses Gedankengut basiert auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von (konstruierten) Menschengruppen. In einem solchen von Abwertung geprägten Klima kommt es immer wieder zu Bedrohungen und gewalttätigen Übergriffen. Die Tä-

1 Da unsere Gesellschaft vielfältig ist und sich Wirklichkeit auch in Sprache niederschlägt, verwenden wir für die Bezeichnung von gemischtgeschlechtlichen Personengruppen die *-Schreibweise. Davon ausgenommen sind Personengruppen, die sich selbst in einer streng zweigeschlechtlichen Geschlechterordnung verorten. Für diese Gruppen verwenden wir das Binnen-I oder die ausgeschriebene zweigeschlechtliche Variante.

2 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/5250, S. 963.

»Die Ausschussmitglieder sind zu der Erkenntnis gelangt, dass es in Heilbronn in den für den Ausschuss relevanten Jahren von 1990 bis 2011 eine durchgehende, überregional gut vernetzte, aktive rechtsextremistische Szene gegeben hat (und weiterhin gibt).«

(Abschlussbericht des Untersuchungsausschuss Rechtsterrorismus/NSU BW II, S. 963)

terInnen sind nicht zwingend Neonazis, wie der Fall eines 70-jährigen Rentners zeigt, der im Februar 2018 mit einem Messer drei Geflüchtete vor der Kilianskirche attackierte. Für Betroffene rechter Gewalt und ihre Angehörigen ziehen solche Angriffe jedoch oft körperliche, seelische und auch finanziellen Folgen nach sich, die über Jahre hinweg andauern können. Als »Botschaftstaten« treffen sie nicht nur die unmittelbar Angegriffenen, sondern adressieren auch die Gruppe, für die diese stellvertretend attackiert werden.

Um der Gefahr entgegenwirken zu können, die durch populistische und extreme Rechte für die Demokratie und ein Zusammenleben auf Basis von Menschenrechten ausgeht, braucht es zunächst eine Problembeschreibung. In seinem Beitrag geht Sven Ullenbruch auf die Geschichte der extremen Rechten in der Region Heilbronn seit den 1990er Jahren bis zum Frühjahr 2021 ein. Er rückt darin wichtige AkteurInnen des Spektrums in den Fokus, veranschaulicht exemplarisch Aktivitäten der Szene, die oft auch abseits der Öffentlichkeit stattfinden, und bildet deren Vernetzung ab, die zum Teil weit über den Heilbronner Raum hinausreicht. In einem weiteren Kapitel geht der Autor auf den aktuellen Stand der Aufarbeitung des NSU-Anschlags auf der Theresienwiese ein. Sven Ullenbruch erörtert Hintergründe zu möglichen Verbindungen des NSU-Umfelds in die Region Heilbronn. Zudem unterzieht er einige Mythen aus der Aufarbeitung dieses NSU-Mordes einer kritischen Betrachtung.

Neben der Beleuchtung von extrem rechten Strukturen ist es ein wichtiges Anliegen dieser Broschüre, beispielhaft das Engagement für eine demokratische und menschenrechtsorientierte Alltagskultur vor Ort vorzustellen und dieses zu stärken. Auch zu diesem Bereich gibt es zahlreiche Aktivitäten im Raum Heilbronn. Den Auftakt machen die zivilgesellschaftlichen Bündnisse »Netzwerk gegen Rechts Heilbronn« und »Heilbronn sagt Nein«, die sich aus Anlass der Neonazi-Großdemonstration am 1. Mai 2011 gründeten. In ihren Artikeln beschreiben sie ihre Sicht auf die Lage in Heilbronn und berichten von ihren Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen. Diese reichen von der Gestaltung von Ausstellungen, der Dokumentation rechter Aktivitäten über die Veranstaltung von Poetry Slams bis hin zu Protestaktionen.

Dass Heilbronner Schulen nicht nur wichtige Orte der Präventionsarbeit für Demokratie und Vielfalt sind, sondern sich auch mit vielen kreativen Ideen diesem Anliegen widmen, zeigt der Artikel von Anna Raabe*. Neben der Wertevermittlung spielen vor allem Aspekte des kulturellen Austauschs und des gegenseitigen Kennenlernens in einer Stadt wie Heilbronn eine große Rolle. Weitere Anknüpfungspunkte bietet die Geschichte der Stadt, ebenso wie der künstlerische und musische Bereich.

In den letzten Jahren wurden in der Arbeit zu den Themen extreme Rechte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)³ zahlreiche Angebote entwickelt, die

* Die Autorin schreibt unter einem Pseudonym.

3 Der Begriff »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« wurde im Rahmen der in den Jahren 2002-2011 durchgeführten repräsentativen Einstellungsstudien »Deutsche Zustände« von Wilhelm Heitmeyer und Kolleg*innen am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld entwickelt. Er beschreibt das Syndrom einer Ideologie der Ungleichwertigkeit – der Vorstellung, dass Menschen aufgrund von tatsächlichen oder zugeschriebenen Merkmalen als weniger wertvoll als andere betrachtet werden und anschließend abgewertet werden. Facetten der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« sind etwa Rassismus, Antisemitismus oder Transfeindlichkeit. Als Syndrom treten solche abwertenden Einstellungen in der Regel im Verbund auf. Teilt also eine Person rassistische Einstellungen, so ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie ebenfalls antisemitische oder transfeindliche Positionen vertritt.

Engagierte aus Zivilgesellschaft und in Behörden beim Umgang mit diesen Phänomenen unterstützen. In Baden-Württemberg finden sich verschiedene Beratungs- und Bildungsangebote unter dem Dach des Demokratieforums, dessen Arbeit Günter Bressau vorstellt. Ein etabliertes Unterstützungsangebot im Themenfeld stellt die Mobile Beratung dar. Grit Hanneforth beschreibt in ihrem Artikel diesen bundesweit etablierten Ansatz, der lokal Engagierte in ihrem Einsatz für eine demokratische Alltagskultur und im Umgang mit extrem rechten Aktivitäten und GMF unterstützt. In einer Schlussbetrachtung werden die Befunde zur extremen Rechten in einen breiteren Kontext eingebettet. Anknüpfend an das vorhandene Engagement vor Ort folgen Anregungen für die weitere Präventionsarbeit. Abgerundet wird die Broschüre mit einem Verzeichnis von Kontaktadressen verschiedener lokaler und überregionaler Akteur*innen im Themenfeld.

Diese Broschüre wäre nicht ohne die Initiative und Unterstützung von engagierten Menschen aus der Region Heilbronn entstanden. Insbesondere die beiden Bündnisse und lokale Berater*innen zum Thema Rechtsextremismus haben zu deren Entstehung beigetragen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Beteiligten, vor allen Dingen bei den Autor*innen, für ihre Anregungen, konstruktive

Kritik und Geduld. Gedenken möchten wir an dieser Stelle besonders der Politikwissenschaftlerin und Journalistin Ellen Esen, die gerade in der Anfangsphase sowie durch ihre jahrelange unermüdliche Arbeit vor Ort den Weg für diese Broschüre geebnet hat.

Wir wünschen Ihnen eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre.

- Fachstelle mobirex im Frühjahr 2021 -

Die extreme Rechte in der Region Heilbronn

»(R)echte VolksvertreterInnen?«: Extrem rechte Parteien in der Region Heilbronn



Sven Ullenbruch

Sven Ullenbruch recherchiert seit Jahren zur extremen Rechten. Er war Sachverständiger des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag und des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag.

Die Rolle der Parteien in der Bundesrepublik ist im Grundgesetz definiert. Sie dienen der »politischen Willensbildung des Volkes« und gelten als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft. Auch extreme Rechte unterschiedlicher Couleur nutzen diesen juristisch privilegierten Rahmen seit Jahrzehnten. Parteien bieten Schutz vor Verboten und eignen sich dazu, staatliche Geldquellen anzuzapfen, Veranstaltungen anzumelden und Kontakte im In- und Ausland zu knüpfen. Parlamentarische Bühnen und Wahlkämpfe sind außerdem beliebte Schauplätze, um politische Gegner*innen zu attackieren und sich selbst als »echte VolksvertreterInnen« in Szene zu setzen.

Die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

Über viele Jahre hinweg galt die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) als erfolgreichstes Parteiprojekt der extremen Rechten in der Region. Bereits wenige Monate nach der Gründung der NPD im November 1964 war ein Heilbronner Kreisverband ins Leben gerufen worden, der bis heute fort besteht. Schon mit dieser jahrzehntelangen Kontinuität hebt sich die Heilbronner NPD von NPD-Strukturen in anderen Regionen ab. Mittlerweile tritt sie zwar nur noch selten öffentlich in Erscheinung. Vor allem im ländlichen Bereich verfügt die NPD aber weiterhin über einen Kreis von Anhängerinnen und Anhängern. Das ist nicht zu verstehen, ohne einen Blick auf die neuere Geschichte der Partei zu werfen.

Nachwuchsarbeit im »Sturmcontainer«: Die Heilbronner NPD in den 1990er Jahren

Ab Mitte der 1990er Jahre öffneten sich die »Nationaldemokraten« im Zuge eines Konsolidierungsprozesses unter der Führung des damaligen Bundesvorsitzenden und späteren Europaabgeordneten Udo Voigt gezielt für bekennende Neonazis. Damit schaffte es die NPD, sich und ihre Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN)⁴ bundesweit als zentrale Akteure am rechten Rand zu etablieren.

Diese Entwicklung spiegelte sich auch auf lokaler Ebene wider. Nachdem der Versuch, sich in dem 1991 in Ilsfeld gegründeten Verein »Junge Deutsche«

4 Seit Januar 2018 nennt sich die NPD-Jugend »Junge Nationalisten« (JN).

(JD) zu organisieren, gescheitert war⁵, sammelte sich der aktivistische Teil der extrem rechten Szene bei der Heilbronner NPD und deren JN-Stützpunkt. Mit regelmäßigen Stammtischen und Kameradschaftsabenden in Kneipen und einem intern als »Sturmcontainer« bezeichneten Bauwagen in Hardthausen-Gochsen gelang es der NPD/JN damals, jüngere Leute an sich zu binden. Für Aufsehen sorgten etwa 25 teils vermummte Neonazis, als sie am 16. August 1997 im Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß durch Öhringen marschierten. Zuvor hatte die zuständige Behörde dem JN-Kader L. K. aus Neckarwestheim einen Infostand in der Stadt untersagt.

Hinzu kamen enge Überschneidungen mit der extrem rechten Skinheadszene, die sich z. B. bei einem von rund 350 Personen besuchten Konzert der Neonazi-Bands »Höllenhunde«, »Zensur« und »Centaurus« am 25. April 1998 in einer Reithalle in Roigheim versammelte. Diese Beispiele zeigen exemplarisch die Aktivitäten der Heilbronner NPD und ihrer Jugend, die ab den späten 1990er Jahren zu den aktiven und mitgliederstarken Strukturen der Partei in Baden-Württemberg zählten. Als Aktive aus der JN zur Kommunalwahl 1999 in Hardthausen mit einer eigenen »Alternativen Liste« antraten, verwies einer ihrer Kandidaten im Interview mit der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« auf das »große Umfeld an nationalen Jugendlichen«⁶.

Nicht zufällig übernahmen Vertreter der Heilbronner NPD/JN auch überregionale Funktionen. So wurden bundesweite Internetauftritte der Partei von einem Mitglied der Heilbronner JN aus Langenbrettach realisiert. Dessen Kamerad L. K. war als Landesgeschäftsführer und stellvertretender Landesvorsitzender der JN tätig. Andere Mitglieder der Heilbronner JN waren für den landesweiten Ordnerdienst oder das »Amt für Kultur und Freizeit« zuständig.

Auch die Parteikarriere von Matthias Brodbeck, der bis heute den NPD-Kreisverband Heilbronn leitet, begann in dieser Zeit. Der gebürtige Neckarsulmer ist seit den frühen 1990er Jahren in der extrem rechten Szene aktiv. Bereits im Januar 1995 provozierte er mit anderen Neonazis aus der Region Besucher*innen des soziokulturel-

len Zentrums »Club Alpha« in Schwäbisch Hall und griff dabei eine Frau an. Im Jahr 1998 wurde Brodbeck Kreisvorsitzender der Heilbronner NPD. Seit 1996 engagiert er sich zudem im NPD-Landesvorstand und war dort unter anderem als Landesgeschäftsführer und Landesorganisationsleiter tätig.

Im Zuge der Neuaufstellung der NPD/JN bis Ende der 1990er Jahre und der Einbeziehung von neonazistischen Skinheads konnten sich in der Region Heilbronn funktionierende, aktive und jugendlich ausgeprägte Parteistrukturen ausbilden. Dies ging einher mit einer Zunahme rechter Gewalt. Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Gruppen, die Ende der 1990er Jahre gegen die extreme Rechte in Heilbronn aktiv waren, berichten von Bedrohungen durch NPD/JN-Angehörige auf offener Straße und von körperlichen Übergriffen in Kneipen, wie z. B. im Mai 1998 in der Kneipe »Gartenlaube« im Stadtteil Böckingen.

2000er Jahre: Die NPD verfestigt ihre Strukturen

Auch in den 2000er Jahren gelang es der Heilbronner NPD/JN, ihre Strukturen auszubauen. Während die Parteiarbeit andernorts stagnierte, führten die »Nationaldemokraten« in der Region zahlreich Vortragsveranstaltungen, Infostände, Stammtische, Wanderungen und Feste durch. Dabei bemühten sich die lokalen Kader darum, eine möglichst umfassende extrem rechte Erlebniswelt und Subkultur anzubieten, um damit Nachwuchs zu rekrutieren. Dazu gehörten z. B. »Schlagerabende« der JN Heilbronn in einer Hütte in Untergruppenbach-Oberheinriet in den Jahren 2003 und 2004 sowie am 14. April 2007 in der Dorfkeller in Höblinsülz. Am 17. Juli 2004 organisierten extrem Rechte aus Forchtenberg gemeinsam mit der JN Schwäbisch Hall einen eigenen »Mittelaltermarkt« in Kupferzell im Hohenlohekreis.

Auch auf der Straße fanden Aktionen statt. Am 17. September 2005 marschierten bei einer Demonstration der NPD rund 130 Personen unter dem Motto »Schluss mit der Ausplünderung des deutschen Volkes durch milliardenschwere Ausländerkosten!« vom Heilbronner Finanzamt

5 Der Verein »Junge Deutsche e. V.« (JD) wurde am 25. Mai 1991 unter der Beteiligung von ehemaligen JN-Mitgliedern und anderen extrem Rechten in Ilsfeld gegründet. Vorübergehend verfügte die Organisation auch über Strukturen in Rheinland-Pfalz, die Bundesgeschäftsstelle befand sich in Heilbronn. Im März 1994 lösten sich die JD auf. Im Juni 1994 wurde ein ehemals führendes JD-Mitglied vom Heilbronner Jugendschöffengericht wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt, weil er in Ostdeutschland 18 scharfe Handgranaten gekauft hatte.

6 »Wir bestimmten über Wochen die Gespräche«. Interview mit Steffen E., in: Deutsche Stimme Nr. 12/1999.



JN-AktivistInnen bei einer NPD-Demo in Heilbronn am 17. September 2005. (Foto: Markus Mandalka)

zum Bismarckplatz in der Innenstadt. Bei einer Kundgebungstour am 4. Februar 2006 versammelten sich NPD-AnhängerInnen zunächst auf dem Heilbronner Kiliansplatz, um anschließend in Neckarsulm und auf dem Marktplatz in Weinsberg zu demonstrieren. Gegen den Bau einer Moschee in Neckarsulm initiierte der Heilbronner JN-Stützpunkt im Jahr 2007 eine mehrmonatige Kampagne und forderte, es dürfe »[k]eine Parallelgesellschaft in Neckarsulm« geben. Stolz verkündete die Heilbronner NPD damals, ihr Kreisverband sei »einer der größten im Land« und man werde den »Strukturaufbau« in benachbarten Kreisen unterstützen⁷. Gemeint waren damit vor allem der Hohenlohekreis und der Main-Tauber-Kreis. Dort konnte die JN an rechte oder rechtsoffene Cliquen anknüpfen, die teilweise bis heute existieren. Nicht umsonst hatte der damalige JN-Landesvorsitzende Alexander Neidlein beim JN-Landeskongress in Brackenheim am 9. Oktober 2004 die Regionen Hohenlohe und Main-Tauber neben Pforzheim zu »Hauptschwerpunkten der politischen Arbeit der JN« erklärt⁸.

Hetze gegen die Heilbronner »Kebab-Meile«: Das »Nationale Bündnis Heilbronn« (NBH)

Ein bundesweit beachteter Versuch, in der Heilbronner Kommunalpolitik Fuß zu fassen, scheiterte jedoch. Am 22. Oktober 2004 gründeten Vertreterinnen und Vertreter der NPD, der JN, der »Deutschen Volksunion« (DVU), der »Deutschen Partei« (DP) und der »Freiheitlichen Initiative Heilbronn« (FIH) gemeinsam mit wenigen ehemaligen Mit-

gliedern der »Republikaner« (REP) den Verein »Nationales Bündnis Heilbronn« (NBH). Nach dem Vorbild des 2003 gegründeten »Nationalen Bündnis Dresden« strebte das NBH zwar eine Teilnahme an Kommunalwahlen an. In Erscheinung trat der braune Zusammenschluss aber vor allem mit rassistischen Kampagnen, die sich vorrangig gegen türkische Bürger*innen richteten.

So schrieb das NBH in einem gegen den EU-Beitritt der Türkei gerichteten Flugblatt: »Türkische Stadtviertel, die ein Abbild der Türkei in Deutschland darstellen, drohen uns Deutsche unserem Land weiter zu entfremden!«. Als Beispiel nannte das NBH eine angebliche »Kebab-Meile« in der Frankfurter Straße in Heilbronn.⁹

An abendlichen Vortragsveranstaltungen des Bündnisses nahm das gesamte extrem rechte Spektrum der Heilbronner Region teil. So lauschten am 21. Januar 2005 mehr als 100 Personen den Reden der sächsischen NPD-Politiker Holger Apfel und Peter Marx in einer Sportvereinsgaststätte in Brackenheim. Ein Liederabend des NBH mit dem extrem rechten Liedermacher Frank Renniecke am 25. April 2005 zog auch zahlreiche jüngere Neonazis an. Und am 19. November 2005 referierte der Bundesvorsitzende der »Deutschen Partei« Ulrich Pätzold in einer Gaststätte in Untergruppenbach-Vorhof über die Notwendigkeit einer »vereinigten Rechten«.

Trotz dieser Aktivitäten und obwohl sich das NBH als »Avantgarde eines neuen deutschen Selbstbewusstseins«¹⁰ verstand, scheiterte das Bündnis letztlich an internen Querelen. Am 2. November 2006 wurde der Verein offiziell aufgelöst. Ein Blick ins Vereinsregister zeigt, dass an der Abwicklung des NBH auch ein üblicher Verdächtiger beteiligt war: der NPD-Kreisvorsitzende Matthias Brodbeck.

Seit an Seit mit den Neonazi-Kameradschaften in den 2010er Jahren

Erst in den 2010er Jahren verloren die »Nationaldemokraten« allmählich ihre zentrale Stellung im extrem rechten Lager in der Region. Zunächst zeigten sich die Heil-

7 Eintrag auf der Homepage der »NPD Heilbronn«, 2006 (Letzter Aufruf am 20. August 2006).

8 Eintrag auf der Homepage der »JN Baden-Württemberg«, 2004 (Letzter Aufruf am 28. Februar 2005).

9 Nationales Bündnis Heilbronn: *NEIN zum EU-Beitritt der Türkei!*, Flugblatt, 2004.

10 Eintrag auf der Homepage von »Nationales Bündnis Heilbronn«, 2004 (Letzter Aufruf am 8. April 2005).

bronner NPD und der JN-Stützpunkt noch aktionsfähig. So feierten z. B. am 1. Oktober 2010 rund 200 Personen aus der Region und den angrenzenden Landkreisen bei einem Konzert des Kreisverbandes mit dem in der Szene bekannten Sänger Frank Rennicke in Ellhofen. Auch Vortragsveranstaltungen fanden weiterhin statt.

Doch bereits bei der Organisation der Großdemonstration der süddeutschen Neonaziszene am 1. Mai 2011 in Heilbronn ging die maßgebliche Dynamik von Kameradschafts-Zusammenhängen und nicht mehr von der örtlichen NPD/JN aus. Insbesondere die JN Heilbronn bemühte sich trotzdem immer wieder, lokale Aktionen zu initiieren.¹¹ So startete der NPD-Nachwuchs im Jahr 2013 eine Kampagne unter dem Motto »Nein zur Moschee in Heilbronn! Wir oder Scharia« und marschierte am 23. März 2013 im Rahmen einer »Kaffeefahrt« mit Fahnen und Transparenten vor einer Neckarsulmer Moschee auf. Mit einer Demonstration von 30 bis 50 Personen in Eppingen am 29. Juli 2014 unter dem Titel »Freiheit für Palästina« versuchte die JN zudem, den Nahost-Konflikt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und die antisemitische Kampagne »Israel mordet – Und die Welt schaut zu!« zu bewerben.

Bei fast allen öffentlichkeitswirksamen Aktionen waren die NPD-Jugend und ihre Mutterpartei jedoch auf Unterstützung angewiesen – durch angereiste Parteimitglieder aus angrenzenden Regionen, aber vor allem durch »freie Kräfte«, also nicht in einer Partei organisierte extrem Rechte.

Zeitweise trat die JN Heilbronn z. B. gemeinsam mit den »Freien Nationalisten Heilbronn« (FN Heilbronn) in Erscheinung. Von größerer Bedeutung war die enge Zusammenarbeit mit Neonazis aus dem Enzkreis und aus dem Großraum Stuttgart/Ludwigsburg. Auch mit der Neonazi-Gruppe »Freie Nationalisten Kraichgau« (FN Kraichgau) kooperierte die JN Heilbronn mehrfach. So z. B. bei einem gemeinsamen »Sommerfest« von JN Heilbronn und FN Kraichgau am 18. August 2012 in Sinsheim im Rhein-Neckar-Kreis. Nachdem in Kirchartd eine 59-jährige Frau überfallen worden war, versammelten sich am 20. Oktober 2012 etwa 30 Anhänger beider Gruppen zu einer

Kundgebung unter dem Motto »Deutsche Opfer, fremde Täter« im dortigen Industriegebiet. Und auch für eine Feier zum fünfjährigen Bestehen der FN Kraichgau am 1. August 2015 in Sinsheim warb die JN Heilbronn unter ihren AnhängerInnen. Es gebe ein »tolles Programm«, hieß es am 29. Juli 2015 auf der Facebook-Seite der »Jungen Nationaldemokraten«. Gemeint waren u. a. der Vortrag eines »Zeitzeugen« der SS-Division »Nordland« und ein Auftritt der Rechtsrock-Band »Act of Violence« aus dem Raum Ulm. »Für nähere Infos einfach bei den üblichen Verdächtigen melden«, verkündete die Heilbronner JN¹².

Aus internen Chats geht hervor, dass Neonazis aus der Region auch Aktionen gegen politische Gegner*innen in Erwägung zogen. So wurde in einer WhatsApp-Gruppe darüber diskutiert, ein »antifaschistisches Treffen« im »Sozialen Zentrum Käthe« in Heilbronn zu stören. »Ich bin dabei, wir stürmen mit Anabolika-Spritzen im Arm«, schrieb ein fitnessbegeisterter Neonazi aus Bönningheim den KameradInnen am 11. Februar 2014. Eine Heilbronner Aktivistin mahnte zur Vorsicht: »Wenn, dann muss man da mit zehn, fünfzehn Leuten hin, das ist sonst zu gefährlich«. Auch ein junger extrem Rechter aus Erligheim zögerte: »Als ob mir kurz mal ins Soziale Zentrum reingehn, allein als wir nur davor standen kamen direkt zig Leute raus« (Schreibweise im Original).

Trotz des regen Aktivismus und der guten Kontakte im braunen Milieu gerieten die Heilbronner »Nationaldemokraten« in den späten 2010ern aber immer mehr in die Krise. Der desolate organisatorische und finanzielle Zustand der Bundespartei dürfte dazu ebenso beigetragen haben wie das Erstarken anderer Akteure am rechten Rand. Gleichwohl gelang es der NPD, ihren Kreisverband am Leben zu erhalten.

Rückzug in die Provinz: Die Heilbronner NPD heute

Heute setzt die Partei den bereits in den 2000er Jahren eingeschlagenen Weg fort, ihre Aktivitäten in die ländliche Peripherie zu verlagern. Neben dem Weinsberger Tal und dem Kraichgau sind dies vor allem der Hohenlohekreis und

11 Zeitweise firmierte der JN-Stützpunkt im Internet unter dem Namen »JN Heilbronn-Hohenlohe«.

12 Eintrag auf der Facebook-Seite »JN Heilbronn«, 29. Juli 2015.

der Main-Tauber-Kreis. Statt öffentlicher Auftritte organisiert die NPD dort interne Treffen. So wirbt das Parteiblatt »Deutsche Stimme« bspw. für einen monatlichen »patriotischen Stammtisch« in Bad Mergentheim¹³.

Besonders widmet sich die NPD der Brauchtumspflege. So führt die Partei alljährlich zum Volkstrauertag ein sogenanntes »Heldengedenken« durch. Erinnert wird dabei an die »deutschen Toten der beiden Weltkriege«¹⁴. Am 17. November 2019 fand ein solches »Heldengedenken« an einem Fliegergrab in einem Wald in der Nähe von Vellberg im Landkreis Schwäbisch Hall statt.

Im Stadtseetal in Weinsberg steht der NPD zudem ein größeres privates Gartengrundstück zur Verfügung. Dort finden seit Jahren Veranstaltungen statt, zu denen nur die eigene Anhängerschaft eingeladen wird. Am 18. Juni 2016 versammelten sich etwa der baden-württembergische NPD-Landesverband und der »Ring Nationaler Frauen« (RNF)¹⁵ mit rund 60 Teilnehmenden zur traditionellen Sonnwendfeier. Vor Beginn der eigentlichen Zeremonie wurde durch die »Kultur- und Brauchtumsbeauftragte« Edda Schmidt aus Bisingen (Zollernalbkreis) »über die Bräuche unserer Ahnen aufgeklärt«¹⁶.

Seit dem Spätsommer 2018 verfügt die NPD auf dem Grundstück in Weinsberg außerdem über eine Holzhütte, zu deren Einweihungsfeier der Bundesvorsitzende Frank Franz im September 2018 persönlich anreiste. Dass die »Nationaldemokraten« die Hütte als »Schutzhütte« bezeichnen, wirkt zunächst skurril. Es ist der Versuch, an die sogenannte »Schutzzonen«-Kampagne anzuknüpfen, mit der die NPD bundesweit wieder aktionsfähig werden möchte. Dabei ruft die Partei dazu auf, angesichts der angeblichen »Kapitulation des Rechtsstaates« Rückzugsräume oder Bürgerwehren »für Deutsche« zu schaffen.¹⁷ Während die NPD in einigen anderen Städten versucht, sich mit Bürgerstreifen zu inszenieren, dient die Weinsberger »Schutzhütte« aber lediglich als Unterschlupf und Materiallager für die eigene Anhängerschaft. Bisher ist nicht zu beobachten, dass sich durch den Treffpunkt eine starke Dynamik innerhalb des Kreisverbandes ent-



Wintersonnwendfeier der NPD in Weinsberg am 21. Dezember 2019. (Foto: Sven Ullenbruch)

falten könnte. So beteiligten sich am »Sommerfest« der Heilbronner NPD in Weinsberg am 6. Juli 2019 etwa 25 extrem Rechte – darunter auch Parteikader und SympathisantInnen aus benachbarten Regionen wie dem Rhein-Neckar-Kreis. Ein in Größe und Zusammensetzung vergleichbarer Personenkreis feierte im September 2020 in Weinsberg einen »Schlagerabend«.

Auch die alljährlichen »Wintersonnwendfeiern« der Heilbronner NPD im Weinsberger Stadtseetal folgen einem festen Ritual. Die Teilnehmenden postieren sich nach Einbruch der Dunkelheit mit Fackeln in einem Kreis und entzünden ein Feuer, um dann einer »Feuerrede« zu lauschen. Am 21. Dezember 2019 nahmen an einer solchen Feier etwa 40 Personen teil. Einige der aus dem Landkreis Heilbronn, dem Hohenlohekreis und aus Bayern angereisten Neonazis hatten auch ihre Kinder mit zur Feier nach Weinsberg gebracht.

Für Außenstehende ist die NPD somit kaum noch wahrnehmbar – auch wenn sich ihre Protagonisten in den letzten Jahren mehrfach an Kundgebungen anderer rechter Gruppen beteiligten. So nahmen NPD-Mitglieder etwa an Aktionen der Initiative »Hohenlohe wacht auf« in Öhringen oder an Demonstrationen des »Frauenbündnis Kandel« teil. Am 8. September 2018 fungierte der NPD-Kreisvorsitzende Matthias Brodbeck z. B. bei einer Kundgebung von »Hohenlohe wacht auf« in Öhringen als Ordner. Die NPD-Kader blicken allerdings eher bewun-

13 Siehe den Hinweis in: Deutsche Stimme, Ausgabe März 2020, S. 15.

14 Eintrag auf der Homepage der »NPD Heilbronn«, 19. November 2018.

15 Der »Ring Nationaler Frauen« ist eine 2006 gegründete Unterorganisation der NPD.

16 Eintrag auf der Facebook-Seite »NPD Landesverband Baden-Württemberg«, 19. Juni 2016.

17 Siehe die Homepage der Kampagne »Schafft Schutzzonen« unter www.schutzzonen.de. (Letzter Aufruf am 21. Oktober 2020)

dernd und ratlos auf die Mobilisierungserfolge dieses rechtspopulistischen bis extrem rechten Spektrums und auf Gruppen wie die »Identitäre Bewegung« (IB). Auch die »Alternative für Deutschland« (AfD) scheint eine Faszination auszustrahlen. So nehmen einzelne »Nationaldemokraten« an öffentlichen Veranstaltungen der AfD teil. Etwa am 20. Juli 2018, als der NPD-Kreisvorsitzende Matthias Brodbeck eine Veranstaltung mit der AfD-Politikerin Alice Weidel in der Heilbronner Harmonie besuchte. Sein Begleiter war M. K., der in den 1990er und 2000er Jahren in der JN Heilbronn und der Neonazigruppe »Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft« (BDVG)¹⁸ aktiv gewesen war.

Ein erster Versuch, wieder in der Öffentlichkeit erkennbar Präsenz zu zeigen, war am Abend des 4. Dezember 2018 auf dem Heilbronner Wartberg zu beobachten. Dort versammelten sich NPD-Anhänger und Anhängerinnen gemeinsam mit dem »Freundeskreis Ein Herz für Deutschland« (FHD)¹⁹, um das Gedenken an den verheerenden Bombenangriff auf die Stadt am 4. Dezember 1944²⁰ mit einer Fackel-Mahnwache für ihre Zwecke zu nutzen. Auch zum 75. Jahrestag der Bombardierung am 4. Dezember 2019 postierten sich etwa 50 Neonazis mit Fackeln in den Weinbergen unterhalb des Wartbergs. Die lokale Szene bemüht sich dabei, an die vom FHD seit 1993 in Pforzheim durchgeführten »Mahnwachen« anzuknüpfen, an denen auch Heilbronner NPD-Funktionäre regelmäßig teilnehmen.

Ohnehin sollte der seit Mitte der 2010er Jahre vollzogene Rückzug der NPD aus dem öffentlichen Raum über eines nicht hinweg täuschen: Viele, die sich jahrelang für die »Nationaldemokraten« engagiert haben, sind weiterhin da. Nur einige wenige distanzieren sich heute von der Partei und ihren Inhalten.

Hinzu kommt, dass es sich bei den Köpfen von NPD und JN oft nicht um gesellschaftlich marginalisierte Neonazi-Skinheads handelt. So war der ehemalige stellvertretende NPD-Kreisvorsitzende S. G. aus Brackenheim über viele Jahre als Verwaltungsleiter der Weingärtnergenos-

senschaft Lauffen tätig. Rund 30 Jahre brachte sich G. zudem als Jugendfußballtrainer und zeitweise als erster Vorstand in die Aktivitäten eines Botenheimer Sportvereins ein. »Ich habe stets versucht, meine politischen Auffassungen im kleinen Rahmen zu vermitteln«, ließ sich G. in der Lokalpresse zitieren²¹.

Ein weiteres Beispiel ist I. Z., die ehemalige Leiterin des JN-Stützpunktes Heilbronn. Im November 2014 verlor die heute 30-Jährige wegen ihrer extrem rechten Aktivitäten den Status als Beamtin auf Widerruf und konnte ihr Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl nicht fortsetzen. Bis über ihr extrem rechtes Parallelleben im Internet berichtet worden war, hatte die junge Frau unbehelligt in der Stadtverwaltung in Lauffen am Neckar arbeiten und Artikel für das Gemeindeblatt verfassen können.²²

Eigenständige öffentlichkeitswirksame Mobilisierungen sind allerdings in naher Zukunft nicht zu erwarten. Daran werden auch die bundesweiten Umstrukturierungspläne nichts ändern, die am 30. November und am 1. Dezember 2019 auf dem 37. NPD-Bundesparteitag im sächsischen Riesa beschlossen wurden. Auf dem Parteitreffen, an dem auch Funktionäre des Heilbronner Kreisverbandes teilnahmen, wurden verschiedene Maßnahmen diskutiert, um der eigenen politischen Isolation entgegen zu wirken. Sogar eine Umbenennung der NPD wird mittlerweile in Erwägung gezogen.

Auch wenn die NPD im Moment parlamentarisch irrelevant ist, hat sie vor allem im ländlichen Raum im Laufe der Jahrzehnte ihre Spuren hinterlassen. Mit ihrer Infrastruktur und Ideologie bleibt sie weiterhin eine Option für Neonazis in der Region.

»Die Rechte«

Im Gegensatz zur NPD kann die Neonazi-Partei »Die Rechte« nicht auf eine lange Geschichte zurückblicken. Sie wurde erst im Mai 2012 in Hamburg gegründet und ist in Baden-Württemberg seit August 2013 mit einem

18 Weitere Informationen zur BDVG sind im Kapitel »Braune Kameraden« zu finden.

19 Der »Freundeskreis Ein Herz Für Deutschland« (FHD) ist ein 1989 gegründeter extrem rechter Verein aus Pforzheim.

20 Am Abend des 4. Dezember 1944 wurde die Stadt Heilbronn durch einen Luftangriff der britischen »Royal Air Force« (R.A.F.) fast vollständig zerstört. Dabei starben mehr als 6.500 Menschen. Zur Erinnerung findet jedes Jahr eine offizielle Gedenkfeier auf dem Ehrenfriedhof im Heilbronner Köpftal statt.

21 Kandidatenvorstellung von S. G. (NPD) mit dem Titel *Völkisch und national orientiert*, in: Heilbronner Stimme, 29. August 2005, S. 33.

22 Sven Ullenbruch: *Regierungsinspektorenwärterin, Gesinnung: rechts*, in: Stuttgarter Nachrichten online, 3. Februar 2015.

Landesverband vertreten. Dieser ist vor allem im Raum Karlsruhe, im Kreis Rastatt, im Enzkreis und im Rhein-Neckar-Kreis aktiv.

Im Raum Heilbronn verfügt »Die Rechte« bisher über keine festen Strukturen – auch wenn in den Jahren 2015 und 2016 in sozialen Netzwerken vorübergehend ein »Kreisverband Die Rechte – Eppingen« auftauchte. Allerdings gibt es seit einigen Jahren im westlichen Landkreis Bestrebungen, die Partei dort zu verankern. Dahinter stecken Einzelpersonen aus der regionalen Neonaziszene, die eng mit Gleichgesinnten aus dem Raum Karlsruhe zusammenarbeiten. So fand am 25. November 2015 in Eppingen eine Infoveranstaltung des »Die Rechte«-Landesverbandes statt. Dort wurde der langjährige Neonazi-Aktivist T. H. als Kandidat für die Landtagswahlen 2016 aufgestellt. Der 1983 in Sinsheim geborene H. trat bereits in den 2000er Jahren bei Veranstaltungen und Aufmärschen der extrem rechten Szene in Erscheinung. So nahm H. z. B. am 23. März 2003 an einer internen Schulungsveranstaltung von Neonazis über rechtliche Fragen in Baden-Baden teil. Am 9. April 2005 demonstrierte er in Schwäbisch Hall in Begleitung weiterer Eppinger Neonazis gegen »die Ausplünderung des Deutschen Volkes«. Von Eppingen aus betreibt H. heute das Neonazi-Musiklabel »Freiheit Sound Records« (FS Records). Er war zudem Anhänger der FN Kraichgau. Diese lösten sich im Mai 2016 auf, um den »Kreisverband Die Rechte Rhein-Neckar« ins Leben zu rufen. Auf seiner Homepage gab der Landesverband im November 2015 bekannt, dass »die Region Eppingen [...] zukünftig ganz klar mit uns rechnen [kann]«²³.

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes führte »Die Rechte« am 20. Februar 2016 unter der Leitung von T. H. in Schwaigern und Eppingen Kundgebungen durch, bei denen der nordrhein-westfälische Parteifunktionär Sascha Krolzig als Redner auftrat. Von den etwa 20 Teilnehmenden kam jedoch nur ein Teil aus der Heilbronner Region. Auf ihrer Homepage zeigten sich die Rechten empört darüber, dass sie in Schwaigern von lautstark protestierenden

Bürger*innen umzingelt wurden, obwohl die Veranstaltung nicht öffentlich angekündigt worden war. Aufgrund des Gegenprotestes musste auch der mitgereiste extrem rechte Liedermacher P. T. alias »Reichstrunkenbold« aus Kassel auf seinen Auftritt in Schwaigern verzichten. Die Neonazis drohten: »Die Quittung für dieses Verhalten werden sie eines Tages erhalten, vielleicht noch nicht bei den kommenden Wahlen im März, aber durch das Aufwachen vieler Bürger durch die antideutsche Politik der Etablierten wird sich in diesem Land politisch schon bald kräftig etwas verändern«²⁴. Auf ihren Wahlplakaten, die im März 2016 bundesweit und in Eppingen auftauchten, wurde »Die Rechte« deutlicher. In großen Lettern war darauf zu lesen: »Wir hängen nicht nur Plakate«²⁵.

Auch zur Bundestagswahl 2017 setzte »Die Rechte« den Wahlkreis Heilbronn wieder auf die Karte. Mit Sascha Krolzig stand aber nur ein auswärtiger Parteivertreter als Direktkandidat zur Wahl. Er wurde bei einer kaum öffentlich wahrgenommenen Kundgebung in Eppingen am 10. September 2017 vom damaligen Bundesvorsitzenden Christian Worch als Redner unterstützt. Im Wahlkreis Rastatt stellte sich zur Bundestagswahl 2017 ein extrem rechter Aktivist aus Gemmingen der Partei als Kandidat zur Verfügung: M. B. Der gebürtige Heilbronner gehört zu denjenigen lokalen Neonazis, die auch bundesweit unterwegs sind, um an Demonstrationen teilzunehmen. So beteiligte sich B. z. B. am 4. Juni 2016 am »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ) in Dortmund und am 2. Juni 2018 an der gleichnamigen Veranstaltung im niedersächsischen Goslar.

Zuletzt trat »Die Rechte« vor der Europawahl 2019 in Erscheinung, zu der die Partei die mehrfach verurteilte und zum Wahlzeitpunkt inhaftierte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck als Spitzenkandidatin ins Rennen schickte. Um Stimmen warb »Die Rechte« in Eppingen unter anderem mit Plakaten mit der antisemitischen Parole »Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück! Schluss damit!«²⁶. Am 22. Mai 2019 führten die Neonazis in Eppingen zudem eine »Lautsprecherfahrt« durch

23 Eintrag auf der Homepage von »Die Rechte Landesverband Baden-Württemberg«, 26. November 2015.

24 Eintrag auf der Homepage von »Die Rechte Landesverband Baden-Württemberg«, 22. Februar 2016.

25 Die strafrechtliche Relevanz der Parole ist umstritten. In Sachsen-Anhalt lehnte die Magdeburger Staatsanwaltschaft strafrechtliche Ermittlungen gegen die Partei aufgrund der »Mehrdeutigkeit« der Parole ab, vgl. Pressemitteilung der StA Magdeburg vom 4. März 2016 (Nr.003/2016). Das OLG Karlsruhe entschied im März 2020, dass eine Staatsanwaltschaft im Zweifel zumindest Ermittlungen einleiten muss, vgl. Beschluss v. 26.02.2020, Az. 1 Ws 285/19.

26 Der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus empfahl Kommunen während des Wahlkampfes ein Abhängen der Plakate; vgl. 1. Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus, 1. Juli 2019, S. 30.



Wahlplakat von »Die Rechte« in Eppingen im Europawahlkampf 2019. Der Beauftragte gegen Antisemitismus des Landes Baden-Württemberg spricht sich für ein »mutige[*s*] Einschreiten kommunaler Behörden« aus. (Foto: Sven Ullenbruch)

und tauchten dabei nach eigenen Angaben auch vor einer örtlichen Unterkunft von Geflüchteten auf.

Die überschaubaren Aktivitäten der Partei schlugen sich auch in Wahlergebnissen von 0,1% in der Region nieder. Die Enttäuschung darüber dürfte jedoch nicht allzu groß gewesen sein. Die öffentliche Präsenz mit Plakaten, Kundgebungen und Werbespots ermöglicht es der Partei »Die Rechte«, ihre rassistischen und antisemitischen Botschaften über ihre Kernklientel hinaus zu präsentieren.

»Der III. Weg«

Auch »Der III. Weg« gehört zu den neuen Parteien im neonazistischen Spektrum. Programmatisch und in ihrer Außendarstellung macht die Partei keinen Hehl aus ihrer neonationalsozialistischen Gesinnung. Sie tritt in der Öffentlichkeit martialisch auf und versteht sich als weltanschauliche Elite im extrem rechten Spektrum. Obwohl die Gründung der Partei im September 2013 nach eigenen Angaben in Heidelberg stattfand, ist sie bisher in Baden-Württemberg nur schwach aufgestellt. Ein im

Oktober 2015 gegründeter »Stützpunkt Württemberg« tritt seit November 2017 nicht mehr in Erscheinung. Auch im Raum Heilbronn sind keine festen Strukturen des »III. Wegs« erkennbar.

Allerdings wird die Region immer wieder von der Partei thematisiert. So kommentierte »Der III. Weg« auf seiner Homepage den Brandanschlag auf eine im Bau befindliche Unterkunft für Geflüchtete in Neuenstein im Januar 2017 einen Tag nach der Tat. Der Brand verhindere »vorerst den Einzug von art- und kulturfremden Ausländern«²⁷. Im Oktober 2017 griffen die Neonazis in einem Beitrag mit dem Titel »Überfremdung total: Sind Baden-Württembergs Grundschulen am Ende?« eine Namensliste von Erstklässler*innen der Heilbronner Dammgrundschule auf, die von Unbekannten auf rechten Internetseiten verbreitet wurde²⁸: »Auch Gutmenschenromantiker mußten erkennen, daß es sich hier zu 100% um Menschen mit einem Migrationshintergrund handelte«²⁹ (Schreibweise im Original).

Immer wieder versucht »Der III. Weg« mit Flugblattverteilungen in Heilbronn-Böckingen, Heilbronn-Sontheim und in Schwaigern-Massenbach auf sich aufmerksam zu machen.³⁰ Mit Forderungen wie »Zeitarbeit abschaffen!« oder »für eine Europäische Eidgenossenschaft statt EU-Diktatur« möchte die Partei an Diskussionen anknüpfen, die auch abseits des Neonazispektrums geführt werden. In den dazugehörigen Aktionsberichten auf ihrer Homepage trifft man auf klar rassistische Beschreibungen, wenn es etwa heißt, in Sontheim treffe man »babylonische Zustände« an und erlebe »einen bunten Brei verschiedener Ethnien und Kulturen«³¹. Auch vor der Europawahl 2019 wurden laut eigenen Angaben Flugblätter im Stadtteil »Schanz« in Heilbronn-Böckingen, in Schwaigern-Massenbach und Heilbronn-Sontheim verteilt³².

Der Zerstörung der Stadt Heilbronn durch Bomber der britischen »Royal Air Force« (R.A.F.) am 4. Dezember

27 Eintrag auf der Homepage von »Der III. Weg«, 21. Januar 2017.

28 Vgl. Adrian Hoffmann: *Missbrauch von Namensliste sorgt für Ärger*, in: Heilbronner Stimme, 29. September 2017.

29 Eintrag auf der Homepage von »Der III. Weg«, 20. Oktober 2017.

30 Auf der Homepage von »Der III. Weg« werden folgende Verteilaktionen aufgezählt: Am letzten Oktoberwochenende 2017 in HN-Böckingen (Artikel vom 1.11.2017), am 8. Dezember 2017 in HN-Sontheim (12.12.2017), am 22. April 2018 in HN-Böckingen (22.04.2018), im Juni 2018 in HN-Böckingen (24.06.2018) und Anfang November 2018 in Schwaigern-Massenbach (06.11.2018).

31 Eintrag auf der Homepage von »Der III. Weg«, 24. Juni 2018.

32 Einträge auf der Homepage von »Der III. Weg«, 26. März 2019 und 22. Mai 2019.

1944 widmete »Der III. Weg« im Dezember 2018 einen dreiteiligen Beitrag auf seiner Homepage, in dem die sogenannte »Operation Sawfish«³³ als »eiskalt geplanter Massenmord« bezeichnet wird³⁴. Zum Volkstrauertag am 17. November 2019 hielten Anhänger des »III. Wegs« an einem historischen Denkmal für gefallene Soldaten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges in Schwaigern ein sogenanntes »Heldengedenken« ab. Die ehemaligen deutschen Soldaten stünden als »Brüder im Geiste« mitten in den Reihen derer, »die wie sie für Deutschland und ihr geliebtes Volk dem Joch der Knechtschaft den Kampf angesagt haben«, hieß es auf der Homepage des »III. Wegs«³⁵.

Der sich dahinter verbergende »Geist« ist alles andere als demokratisch. »Der III. Weg« arrangiert sich zwar mit den Vorgaben einer Parteiendemokratie, macht aber gleichzeitig klar, dass es »keinen Frieden mit dem System geben kann« und man »diese Strukturen als Bühne [nutze] für den Kampf um die Wahrheit und das Überleben unseres Volkes«.³⁶ Auch in dem Aufruf zu einer Demonstration am 1. Mai 2021 in Zwickau präsentierte sich die Partei kämpferisch. Als »nationalrevolutionäre Bewegung« fordere man den »Deutschen Sozialismus«, hieß es dort.³⁷ Heilbronn war eine von fünf Städten in Baden-Württemberg, aus denen laut »Der III. Weg« Aktive zur Demonstration anreisen wollten.³⁸

ParlamentarierInnen am rechten Rand: Von den »Republikanern« und »Pro Heilbronn« zur AfD

Die drei bisher genannten Parteien orientieren sich offen an der Ideologie des Nationalsozialismus. Es gibt am rechten Rand aber auch Parteien, die sich inhaltlich vom Neonazismus abgrenzen und sich auf parlamentarische Mitgestaltung hin orientieren. Seit einigen Jahren macht in der Region vor allem die »Alternative für Deutschland« (AfD) von sich reden. Die Geschichte rechter Wahlparteien jenseits eines bürgerlichen Konservatismus reicht aber deutlich länger zurück.

Einstige Hochburg der »Republikaner« (REP)

Mit den 1983 von abtrünnigen CSU-Mitgliedern gegründeten »Republikanern« (REP) schaffte in den Jahren 1992 und 1996 eine dezidiert rassistische und nationalistische Partei den Einzug in den baden-württembergischen Landtag. In der Region Heilbronn erzielten die REP damals beachtliche Erfolge. Im Wahlkreis Heilbronn erreichten die »Republikaner« am 5. April 1992 mit Parolen wie »Das Boot ist voll! Schluss mit Asylbetrug« 14,2 Prozent der Stimmen. Auch im Wahlkreis Neckarsulm mit 13,7 Prozent und im Wahlkreis Eppingen mit 14,8 Prozent waren die Ergebnisse überdurchschnittlich. Am 24. März 1996 gehörten die Wahlkreise in der Region zu denjenigen, in denen die REP mit rund 13 Prozent vor der FDP und den Grünen drittstärkste Kraft wurden³⁹. Auch bei Europawahlen erreichten die REP vor allem in einzelnen Wahlbezirken Spitzenergebnisse. So wählten bei der Europawahl 1994 im Heilbronner Industriegebiet 26,1 Prozent der Wahlberechtigten die Rechtsaußen-Partei. Bereits bei den Kommunalwahlen am 22. Oktober 1989 hatten die »Republikaner« außerdem den Einzug von vier Mitgliedern in den Heilbronner Gemeinderat (10,8 Prozent) und von drei Mitgliedern in den Kreistag (4,8 Prozent) feiern können. In den 1990er Jahren war die selbsternannte »patriotische Alternative«⁴⁰ im Gemeinderat durchgehend in Fraktionsstärke vertreten. Dort versuchten die Heilbronner Republikaner, sich mit eigenen Vorschlägen zur Stadtentwicklung und mit einer kritischen Kommentierung der Stadtverwaltung zu profilieren. Gleichzeitig nutzten die REP die Kommunalpolitik immer wieder, um einen angeblichen »Asylmissbrauch« anzuprangern. Schon im Juli 1991 hatte sich der Heilbronner Kreisverband mit einem Schreiben an den damaligen Oberbürgermeister Dr. Manfred Weinmann gewandt und die Unterbringung von »Asylschwindlern« in der Stadt angeprangert. Eine multikulturelle Gesellschaft sei nichts anderes als eine »multikriminelle Gesellschaft«, hieß es in dem Brief an das Stadtoberhaupt⁴¹.

33 Das Wort »Sawfish« (»Sägefisch«) diente der »Royal Air Force« (R.A.F.) beim Luftangriff am 4. Dezember 1944 als Codewort für die Stadt Heilbronn.

34 Einträge auf der Homepage von »Der III. Weg«, 3. Dezember 2018, 4. Dezember 2018 und 5. Dezember 2018.

35 Eintrag auf der Homepage von »Der III. Weg«, 18. November 2019.

36 Siehe den Eintrag *Über die Positionierung zum Staat* auf der Homepage von »Der III. Weg«, 4. April 2017.

37 Eintrag auf der Homepage von »Der III. Weg«, 1. März 2021.

38 Telegram-Kanal von »Der III. Weg«, Eintrag vom 13. April 2021.

39 Die REP erreichten 13,1 Prozent im Wahlkreis Heilbronn, 13,2 Prozent im Wahlkreis Neckarsulm und 12,7 Prozent im Wahlkreis Eppingen.

40 Werbeanzeige von »Die Republikaner Kreisverband Heilbronn«, am 21. Juni 1989 in der »Heilbronner Stimme« veröffentlicht.

41 Die Republikaner Kreisverband Heilbronn: *Schreiben an den Oberbürgermeister Dr. Manfred Weinmann*, 14. Juli 1991.

In den 2000er Jahren konnten die REP allerdings nicht an diese Erfolge anknüpfen⁴². Nach internen Auseinandersetzungen näherten sich einige ehemalige »Republikaner« der in Baden-Württemberg kaum aktiven Kleinstpartei »Deutsche Partei – Die Freiheitlichen« (DP) an oder beteiligten sich am NPD-nahen »Nationalen Bündnis Heilbronn«. So wurde die ehemalige REP-Funktionärin J. R. aus Abstatt bereits im August 2003 zur DP-Landesvorsitzenden gewählt. Vereinzelt kam es auch zu größeren Veranstaltungen der DP, z. B. am 1. Oktober 2004 in einer Gaststätte in Neckarsulm. Innerhalb der extrem rechten Szene und erst recht darüber hinaus blieb die »Deutsche Partei« aber bedeutungslos.

»Pro Heilbronn« (PRO): Abgrenzung nach rechts außen?

Auch bei den verbliebenen Heilbronner »Republikanern« blieb der Zoff nicht aus: Nach einem zweijährigen Verfahren wurde der langjährige REP-Stadtrat A. D. im April 2008 durch das Bundesschiedsgericht von der Partei ausgeschlossen. Der Gärtnermeister aus Heilbronn-Böckingen saß von 1996 bis 2001 im baden-württembergischen Landtag und galt als führender Kopf der Heilbronner REP. Noch vor seinem Rauswurf hatte er am 25. April 2006 den Verein »Bürgerbewegung Pro Heilbronn« (PRO) gegründet. Mit dem Entschluss von D. und seinem Schwiegersohn H. A., ihre Arbeit für »Pro Heilbronn« fortzusetzen, zerbrach im April 2009 die REP-Fraktion im Heilbronner Gemeinderat. Nach 20 Jahren der Zugehörigkeit gelang es den »Republikanern« nicht mehr, in den Heilbronner Gemeinderat einzuziehen. Dagegen erlangte »Pro Heilbronn« bei der Kommunalwahl 2009 mit 4,8 Prozent der Stimmen zwei Mandate. Seit den Kommunalwahlen 2014 bekommt PRO jedoch die Konkurrenz durch die AfD zu spüren und sitzt seither nur noch mit A. D. als alleinigem Vertreter des Vereins im Gemeinderat⁴³.

A. D. grenzt sich immer wieder gegen extrem rechte Gruppen ab und ist mit Teilen der Szene seit Mitte der 1990er Jahre verfeindet. Ehemals Beteiligte berichten, dass bereits damals in kleinen Zirkeln diskutiert wurde, den REP-Kreisverband zu unterwandern, um D. als Vorsitzenden abzusetzen und durch den Brackensteiner REP-Politiker M. H. zu ersetzen. Das NBH teilte in einem Rundschreiben 2004 seinen AnhängerInnen mit, den »Republikanern« würden eigene Erfolge »über die Sache, nämlich Deutschland, gehen«⁴⁴. Auch als sich D. im Februar 2011 einer Resolution des Gemeinderates gegen die bevorstehende Neonazidemonstration am 1. Mai anschloss, erntete er Spott von den Organisatoren des Aufmarsches: »Herr [D.] stellt sich damit auf die Seite von Interessensgruppen, welche Überfremdung, die Invasion von Fremdarbeitern und Islamisierung befürworten [...]«⁴⁵. »Pro Heilbronn« hingegen betont stets, man komme »aus dem bürgerlichen Lager« und verstehe sich im Gegensatz zu nationalistischen Rechten als »Patrioten«⁴⁶. Die Gruppe um A. D. sieht sich als »Garant gegen Filz und Schlamperei«⁴⁷ und wendet sich mit zahlreichen Anfragen zu Themen der städtischen Infrastruktur an die Stadtverwaltung. Dabei geht es z. B. um Lärmbelästigung, leerstehende Wohnungen, Umgehungsstraßen oder Toilettenanlagen. Sicherheitspolitisch knüpft PRO durchaus an Positionen an, die bereits die »Republikaner« vertreten hatten. So wird entgegen der Polizeilichen Kriminalstatistik⁴⁸ eine »rapide ansteigende Kriminalität«⁴⁹ beklagt. Im selben Atemzug wird die Stationierung eines Einsatzzuges der Bereitschaftspolizei gefordert, um »die auf Grund der Merkel'schen Asylpolitik erhöhte Drogen-, Diebstahl- und Ausländerkriminalität einzudämmen«⁵⁰.

Gleichzeitig bekommt das gemäßigte Selbstverständnis von »Pro Heilbronn« immer wieder Risse. So referierte am 27. Januar 2010 der radikale Anti-Islam-Blogger Karl Michael Merkle alias »Michael Mannheimer« auf Einla-

42 Bei den Landtagswahlen am 25. März 2001 erreichten die REP im Wahlkreis Heilbronn noch 7,7 Prozent, im Wahlkreis Eppingen 6,2 Prozent und im Wahlkreis Neckarsulm 6,4 Prozent. Damit lagen die Ergebnisse in der Region noch über dem Gesamtergebnis der REP in Baden-Württemberg von 4,4 Prozent. Bei den Heilbronner Gemeinderatswahlen am 13. Juni 2004 konnten die REP mit 8,0 Prozent ihren Fraktionsstatus halten.

43 2014 erhielt »Pro Heilbronn« noch 3,7 Prozent der Stimmen bei der Kommunalwahl. 2019 schrumpfte der Anteil auf 2,7 Prozent.

44 Nationales Bündnis Heilbronn, erstes Rundschreiben 2004.

45 Eintrag auf der Homepage vom »Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis 1. Mai«, 9. Februar 2011.

46 Infoblatt »Pro Heilbronn«: »Auf ein Wort, meine Herrn«, Interview mit A. D. vor der Gemeinderatswahl 2009.

47 »Pro Heilbronn«: Für unsere Stadt, Flugblatt zur Kommunalwahl 2019.

48 Vgl. Stadt Heilbronn Ordnungsamt: *Sicherheitsbericht Heilbronn 2019*, S. 9 ff.

49 »Pro Heilbronn«: *Für unsere Stadt*. Flugblatt zur Kommunalwahl 2019.

50 ebd.

derung von »Pro Heilbronn« unter dem Motto »Eurabia – Die Kapitulation Europas vor dem Islam« im Bürgerhaus in Heilbronn-Böckingen. Auch wiesen PRO-Kandidaten für politische Ämter in den vergangenen Jahren Bezüge zur extrem rechten Szene auf. So nahmen K.-H. M. und R. B., die im Mai 2019 bei der Heilbronner Gemeinderatswahl antraten, an Treffen des extrem rechten Aktivisten Michael Dangel teil. K.-H. M. war zudem mehrfach Redner bei der von extrem Rechten organisierten Kundgebung »Hohenlohe wacht auf« in Öhringen. Zuletzt zitierte er dort im Mai 2019 ausgiebig aus einem Flugblatt der extrem rechten »Unabhängigen Nachrichten« (UN)⁵¹.

A. D. war außerdem stellvertretender Bundesvorsitzender der mittlerweile aufgelösten »Bürgerbewegung Pro Deutschland« (PRO D). Auch der ehemalige »Republikaner« F. S. engagierte sich neben seiner Tätigkeit bei »Pro Heilbronn« im Bundesvorstand von PRO D: er leitete dort das Referat Öffentlichkeitsarbeit. Über PRO D waren die Heilbronner mit Funktionärinnen und Funktionären der extrem rechten »Bürgerbewegung Pro Köln« verbunden – darunter Manfred Rouhs, der eine Vergangenheit bei der NPD-Jugendorganisation und der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH)⁵² hat⁵³.

»Alternative für Deutschland« (AfD): »Republikaner 2.0«?

Während »Pro Heilbronn« aufgrund des hohen lokalen Bekanntheitsgrades seiner Protagonisten eine rechtspopulistische Nische besetzen kann, ist von den »Republikanern« kaum etwas übrig geblieben. Eine Kundgebung im Rahmen des Landtagswahlkampfes am 10. März 2016 auf dem Heilbronner Kiliansplatz wurde von auswärtigen Mitgliedern durchgeführt und fand vor

Ort keinen Widerhall. Die Ergebnisse der REP bei der Landtagswahl 2016 unterstreichen ihre Bedeutungslosigkeit⁵⁴. Mit der Annäherung der letzten bekannten ehemaligen REP-Landesfunktionäre Dr. Rolf Schlierer (Stuttgart) und Ulrich Deuschle (Notzingen) an die AfD wird sich dieser Trend weiter fortsetzen⁵⁵.

Auch zwischen »Pro Heilbronn« und der AfD zeichnet sich eine Annäherung ab. Am 20. Januar 2020 trat der PRO-Stadtrat A. D. der AfD-Fraktion im Heilbronner Gemeinderat bei. D. erklärte dazu, er sei einer Einladung der AfD-Fraktion gefolgt, werde aber weiterhin ohne Parteimitgliedschaft Vorsitzender von »Pro Heilbronn« bleiben⁵⁶.

Ohnehin hat sich die »Alternative für Deutschland« in der Region Heilbronn längst als maßgebliche parlamentarische Kraft rechts von der CDU etabliert. Der Kreisverband Heilbronn wurde bereits wenige Wochen nach dem AfD-Gründungsparteitag im Juni 2013 ins Leben gerufen. Im Zuge des AfD-Bundesparteitages im Juli 2015⁵⁷ kam es im Heilbronner Kreisverband zu massiven Umgruppierungen und Austritten. Auch die beiden im Mai 2014 mit 4,1 Prozent für die AfD in den Gemeinderat gewählten StadträtInnen wandten sich im Juli 2015 von der Partei ab. Sie schlossen sich später den »Freien Wählern« bzw. den »Liberal-Konservativen Reformern« (LKR) an, weil sie den als »Rechtsruck« empfundenen Kurs- und Personalwechsel in der AfD nicht mittragen wollten.⁵⁸

Ungeachtet dessen feierte die AfD in der Region Heilbronn in den vergangenen Jahren Erfolge, die auch landes- und bundesweit für Erstaunen sorgten. Während die AfD bei der Landtagswahl 2016 landesweit ein Ergebnis von 15,1 Prozent erzielte, lag der Zuspruch in der Region

51 Die »Unabhängigen Nachrichten« (UN) sind eine extrem rechte Monatszeitschrift, die vom Verein »Freundeskreise Unabhängige Nachrichten e. V.« in Oberhausen (Nordrhein-Westfalen) herausgegeben wird.

52 Die »Deutsche Liga für Volk und Heimat« (DLVH) ist eine 1991 gegründete extrem rechte Organisation, die heute kaum noch aktiv ist.

53 Zur Einordnung von PRO D siehe Jürgen Peters/Tomas Sager/Alexander Häusler: *PRO NRW und PRO D – Entwicklung, Struktur und Methodik*, in: Alexander Häusler (Hrsg.): *Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«*, Wiesbaden 2008, S. 72 ff.

54 Die »Republikaner« erreichten im Wahlkreis Heilbronn 0,3 Prozent sowie in den Wahlkreisen Neckarsulm und Eppingen jeweils 0,4 Prozent.

55 Der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer trat zur Gemeinderatswahl 2019 in Stuttgart auf der Liste der AfD an. Laut einer Pressemitteilung der AfD-Landtagsabgeordneten Dr. Rainer Podeswa und Emil Sänze vom 29. Januar 2019 wurde Schlierer außerdem als Berater des AfD-Fraktionsvorsitzenden Bernd Gögel im Landtag angestellt. Der REP-Landesvorsitzende Ulrich Deuschle kündigte im November 2018 an, auf der AfD-Liste bei der Kommunalwahl 2019 für den Esslinger Kreistag kandidieren zu wollen (Stuttgarter Zeitung, 17. November 2018). Deuschle trat dann aber doch wieder für die REP an.

56 Eintrag auf der Homepage von »Pro Heilbronn«, 24. Januar 2020.

57 Auf dem außerordentlichen AfD-Bundesparteitag in Essen am 4. und 5. Juli 2015 setzte sich Frauke Petry in einer Kampfabstimmung um den Parteivorsitz gegen Bernd Lucke durch, der als Vertreter des wirtschaftsliberalen Flügels galt. Lucke und zahlreiche andere Mitglieder traten daraufhin aus der AfD aus.

58 Vgl. Kilian Krauth/Reto Bosch: *AfD-Stadträte kehren ihrer Partei den Rücken*, in: Heilbronner Stimme, 8. Juli 2015.

Heilbronn bei über 18 Prozent⁵⁹. In einigen Kommunen im Landkreis fuhr die AfD Ergebnisse ein, die an ostdeutsche Verhältnisse erinnern. So wurde die AfD z. B. in Möckmühl mit 24,3 Prozent stärkste und in Zaberfeld mit 25,4 Prozent zweitstärkste Partei.

Bei den Bundestagswahlen am 24. September 2017 setzte sich der Durchmarsch der AfD fort. Nirgendwo in Baden-Württemberg gaben mehr Menschen der Partei ihre Zweitstimme als im Wahlkreis Heilbronn mit 16,4 Prozent. In den Gemeinden Möckmühl und Kirchardt knackte die rechte Alternative die 20-Prozent-Marke. In einem Böckinger Wahllokal auf der Schanz kam sie gar auf 31,6 Prozent der Stimmen. »Städte in Angst« titelte die »ZEIT« daraufhin und widmete dem Phänomen eine dreiseitige Hintergrundgeschichte⁶⁰.

Am 26. Mai 2019 erreichte die AfD bei den Europawahlen mit 13,0 Prozent ein weiteres überdurchschnittliches Ergebnis⁶¹. Bei der am selben Tag stattfindenden Kommunalwahl wurden mit einem Stimmenanteil von 9,7 Prozent vier VertreterInnen der AfD in den Heilbronner Gemeinderat gewählt.

Die Landtagswahl im März 2021 bescherte der AfD im Wahlkreis Heilbronn zwar deutliche Verluste. Mit 12,0 Prozent lag die Partei aber weiterhin über dem landesweiten Ergebnis (9,7 Prozent). Das gilt auch für die Wahlkreise Neckarsulm und Eppingen, in denen die AfD drittstärkste Kraft wurde⁶². Dabei stechen zum Teil einzelne Wahlbezirke hervor. So erreichte die AfD in einem Wahlbezirk in Bad Friedrichshall 41 Prozent der Stimmen.

Außerdem wird seit dem Sommer 2018 der Aufbau des Heilbronner Kreisverbandes mit der Gründung von Ortsverbänden in Eppingen, Neckarsulm, Lauffen, Ilsfeld, im Unteren Jagsttal, im Zabergäu und im Leintal intensiviert. Bislang ist allerdings kein geschlossenes ideologisches Weltbild der Heilbronner AfD zu erkennen. Von einer pauschalen Gleichsetzung der Partei oder ihrer Wählerschaft mit extrem Rechten oder Neonazis ist daher

Abstand zu nehmen. Teile der Partei weisen jedoch Berührungspunkte auf.

So trat z. B. bei den Kommunalwahlen im Mai 2019 M. F. als Kandidat für den Heilbronner Kreistag im Wahlkreis Schwaigern auf Platz drei an. Laut der Homepage des AfD-Kreisverbandes ist F. zudem stellvertretender Vorsitzender des AfD-Ortsverbandes Neckarsulm. Der 49-Jährige ist ein langjähriger Vertrauter des extrem rechten Aktivisten Michael Dangel und nahm am Stammtisch von dessen Initiative WIR teil. Unter dem vermeintlichen Schutz eines Pseudonyms schreibt F. bei Facebook regelmäßig Kommentare und kommuniziert mit anderen Szeneangehörigen. Im Jahr 2015 plante er offenbar, die extrem rechte »Identäre Bewegung« in Heilbronn zu verankern. »Heilbronn wird identitär«, schrieb der spätere AfD-Kandidat in der Heilbronner »Pegida«-Facebookgruppe. Dazu teilte er das Foto eines Heilbronner Ortsschildes mit einem angebrachten IB-Aufkleber. Unterstützer seien »herzlich willkommen«, kommentierte F. weiter. Und als Michael Dangel mit der Parole »Heilbronn bleibt deutsch!« antwortete, mahnte F.: »ja werter Herr Dangel dann sollten wir endlich mal in die Puschen kommen...wer zu spät kommt ...wird bekanntlich bestraft!«⁶³ (Schreibweise im Original). Auch andere Personen aus dem WIR-Zirkel suchen die Nähe der AfD. So waren z. B. zwei Teilnehmer der WIR-Stammtische Teil einer Besuchergruppe der Heilbronner AfD im Stuttgarter Landtag am 19. Juli 2018.

D. S., der im Mai 2019 für die AfD in den Heilbronner Gemeinderat gewählt wurde, nimmt bei Facebook kein Blatt vor den Mund. Über Politiker*innen des Deutschen Bundestags schrieb er am 16. April 2016: »Dieses dreckige korrupte Rattenpack zerstört jegliche Lebensgrundlage unserer Kinder«⁶⁴. Einen Zeitungsartikel über eine Initiative des SPD-Außenministers Heiko Maas für Proteste gegen Rechts kommentierte S. am 23. Juni 2019 wortlos mit einem Foto, das den SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann während seines Prozesses 1961 in Jerusalem zeigt⁶⁵.

59 Im Wahlkreis Heilbronn erlangte die AfD 18,1 Prozent, im Wahlkreis Neckarsulm 18,7 Prozent und im Wahlkreis Eppingen 18,3 Prozent der Stimmen.

60 Nicola Meier/Tanja Stelzer/Björn Stephan: *Städte in Angst*, in: DIE ZEIT, 5. Oktober 2017. S. 13-15.

61 In Baden-Württemberg erreichte die AfD bei der Europawahl 2019 insgesamt 10,0 Prozent der Stimmen.

62 Im Wahlkreis Neckarsulm erreichte die AfD 13,9 Prozent und im Wahlkreis Eppingen 13,7 Prozent der Stimmen.

63 Eintrag auf der Facebook-Seite »Pegida Heilbronn«, 27. Mai 2015.

64 Eintrag auf der Facebook-Seite von »D. S.«, 16. April 2016.

Am 30. Mai 2017 teilte D. einen Beitrag der extrem rechten »Identitären Bewegung Österreich«⁶⁶. Ein Video des ARD-Magazins »Kontraste«, welches verharmlosende und relativierende Äußerungen von Pegida-DemonstrantInnen zum Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke – durch einen Neonazi – dokumentiert, verbreitete S. in Facebook am 6. Juli 2019 mit den Worten: »Leider jedes Wort wahr«⁶⁷. Unter anderem bezeichnet ein Demonstrant das Mordopfer in dem Filmbeitrag als »Volksverräter«. Ein anderer Pegida-Anhänger äußert in dem Video, der Mord sei »ja eigentlich bald eine menschliche Reaktion«⁶⁸.

Des Weiteren gehört die Beilsteiner AfD-Landtagsabgeordnete Carola Wolle zu den UnterstützerInnen der »Erfurter Resolution« vom März 2015, die als konstitutiv für die völkische Sammlungsbewegung »Der Flügel« um den Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke gilt. Das Politikkonzept des »Flügels« ist laut Verfassungsschutz »auf die Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern, Migranten, insbesondere Muslimen, und politisch Andersdenkenden gerichtet«⁶⁹.

Bei Facebook unterstützte Carola Wolle im September 2018 laut eines Gutachtens des Bundesamtes für Verfassungsschutz die mit extrem Rechten verwobene Cottbusser Initiative »Zukunft Heimat«⁷⁰. Ausweislich ihres Facebook-Auftrittes teilte Wolle einen Flyer für eine Demonstration in Köthen am 16. September 2018, der u. a. von »Zukunft Heimat«, dem neurechten Verein »Ein Prozent« und PEGIDA unterzeichnet ist⁷¹.

Auch der Ortsverband Unteres Jagsttal zeigte sich offen für Positionen des rechten Parteirandes. Dort lud man den damals noch in der AfD aktiven sachsen-anhaltinischen

Landtagsabgeordneten und »Flügel«-Mitbegründer André Poggenburg als Redner zu einer Veranstaltung am 31. Oktober 2018 in die Möckmühler Stadthalle ein. Wenige Monate zuvor hatte Poggenburg bei einer Rede zum Politischen Aschermittwoch in Sachsen in Deutschland lebende Türk*innen als »Kümmelhändler« und »Kameltreiber« bezeichnet⁷². In Möckmühl ertete Poggenburg Beifall, als er erklärte, man habe »der illegalen Masseneinwanderung, der Messermigration, der Islamisierung und dem Linksextremismus ganz entschlossen den Kampf angesagt, um unsere deutsche Identität und unser deutsches Vaterland zu beschützen und zu bewahren, im Vermächtnis unserer Ahnen und in Verantwortung unserer Kinder und kommender deutscher Generationen«⁷³.

Zuletzt machte die Heilbronner AfD mit der Einladung des brandenburgischen AfD-Politikers Andreas Kalbitz als Gastredner des Neujahresempfangs der Partei am 7. Januar 2020 in Neckarsulm deutlich, dass der Kreisverband offenbar keinerlei Abgrenzungsbedürfnis gegenüber dem Rechtsaußen-Rand der Partei verspürt. Kalbitz, der in der Vergangenheit an Neonazi-Veranstaltungen teilnahm und zum völkischen »Flügel« der AfD gehört⁷⁴, musste seinen Auftritt in der Neckarsulmer Ballei aber aufgrund einer Terminkollision absagen.

Insgesamt bleibt abzuwarten, ob sich der völkische Kurs des »Flügels«⁷⁵ innerhalb der baden-württembergischen AfD durchsetzt. Solange die Mehrheit der Partei sich nicht deutlich von ihren demokratiefeindlichen Teilen distanziert, wird sie aber auch in Heilbronn damit leben müssen, in einem Atemzug mit NPD und Co. genannt zu werden.

65 Adolf Eichmann war einer der Hauptorganisatoren des Holocaust und wurde im Jerusalemer Prozess 1961 zum Tode verurteilt und 1962 hingerichtet.

66 Eintrag auf der Facebook-Seite von »D. S.«, 30. Mai 2017.

67 Eintrag auf der Facebook-Seite von »D. S.«, 6. Juli 2019.

68 Siehe den Beitrag Kontraste: *Hass und Häme - Pegida und der Mord an Walter Lübcke* auf dem youtube-Kanal »ARD«, 5. Juli 2019.

69 Bundesamt für Verfassungsschutz, Pressemitteilung vom 15. Januar 2019.

70 Andre Meister/ Anna Biselli/ Markus Reuter: *Wir veröffentlichen das Verfassungsschutz-Gutachten zur AfD*, in: netzpolitik.org, 28. Januar 2019.

71 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Carola Wolle«, 12. September 2018.

72 Christoph Richter: *Entsetzen über Poggenburgs Rede*, in: Deutschlandfunk, 15. Februar 2018.

73 Siehe das Video der Rede von André Poggenburg unter dem Titel *AFD Ortsverband Unteres Jagsttal mit André Poggenburg in Möckmühl 31.10.2018* auf dem YouTube-Kanal des Ortsverbands-Vorsitzenden »Gordon Stotz«, hochgeladen am 4. November 2018.

74 Markus Balsler [u. a.]: *AFD-Rechtsaußen unter Druck*, in: Süddeutsche Zeitung online, 13.05.2020.

75 Ende April 2020 hat sich der »Flügel« innerhalb der AfD formal aufgelöst. Beobachter*innen bezweifeln jedoch, dass damit der Einfluss dieses parteiinternen Netzwerks schwindet.

LEUCHTLINIE

Beratung für Betroffene von rechter Gewalt
in Baden-Württemberg

Du bist **betroffen** von rechter Gewalt?

Für alle, die von rechter Gewalt betroffen sind oder Zeugin und Zeuge einer solchen Tat werden, gibt es jetzt in Baden-Württemberg die Beratungs- und Anlaufstellen **LEUCHTLINIE!**

Wir beraten anonym, kostenlos, vertraulich – auch in Deiner Nähe.

Beratung und Auskunft:
0711 / 888 999 33

E-Mail: kontakt@leuchtlinie.de
www.leuchtlinie.de



LEUCHTLINIE ist eine Fachstelle im

DEMOKRATIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Gefördert durch


Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

und


Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Trägerin der
Fachstelle LEUCHTLINIE


Türkische Gemeinde in
Baden-Württemberg e.V.

Braune Kameraden und Kameradinnen: Neonazis in der Region Heilbronn

Nur ein Teil der extremen Rechten, die sich direkt oder indirekt auf den Nationalsozialismus beziehen, schließt sich einer Partei an. Auch wenn die NPD/JN, »Die Rechte« und »Der III. Weg« zu Recht als Sammelbecken für Neonazis gelten, gibt es jenseits davon ein braunes Milieu – auch in der Region Heilbronn. Dort sind verschiedene Personen mit unterschiedlichen Motivationen zu finden. Einige haben schlicht keine Lust, sich in einer Partei zu organisieren. Andere empfinden die politische Programmatik der NPD als zu soft. Und ein großer Teil sieht zur Durchsetzung der eigenen Ziele Gewalt als legitimes Mittel an.

Die regionale Neonaziszene hat sich in den letzten Jahren stark verändert und insgesamt an Substanz verloren. Um zu einer realistischen Einschätzung dieses Milieus zu kommen, ist deshalb eine differenzierte Betrachtung erforderlich.

Ein abgeschlossenes Kapitel: Die »Bewegung deutsche Volksgemeinschaft« (BDVG)

Der letzte Versuch, im Raum Heilbronn eine größere und parteiunabhängige neonazistische Organisation zu etablieren, liegt bereits etliche Jahre zurück. Im Juni 1999 verließen Funktionäre aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Streit die JN und gründeten das »Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft«, das wenig später in »Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft« (BDVG) umbenannt wurde. In Abgrenzung zur JN sah die BDVG von Beginn an in der »Förderung der Elitenbildung im nationalen Lager« ihre wichtigste Aufgabe⁷⁶. Schon im Gründungsprozess wurde der extrem völkische und rassistische Kurs der Organisation deutlich. So forderte die BDVG in ihrem Grundsatzprogramm die »Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht nach dem Prinzip der Abstammung«, die »Wiedereingliederung der völkerrechtswidrig abgetrennten deutschen Gebiete« und die »stufenweise Rückführung der Fremdarbeiter und deren Familien in ihre Heimatländer«⁷⁷. Ab dem Jahr 2000 befand sich der Bundessitz der BDVG in Heilbronn. Bundesleiter wurde

der ehemalige Heilbronner JN-Aktivist L. K., der bereits die Gründung maßgeblich mitgestaltet hatte. In seinen Händen lagen zudem die im April 2000 zum ersten Mal erschienene BDVG-eigene Zeitschrift »Volk in Bewegung« (ViB) und ein gleichnamiger Verlag.

Die BDVG führte gemeinsam mit anderen Neonazi-Gruppen zahlreiche Rednerveranstaltungen und Demonstrationen im süddeutschen Raum und in Ostdeutschland durch. Als in Schwäbisch Hall ab Ende Mai 2003 die zweite Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialfor-



Fahne der BDVG bei einer Neonazi-Demo in Schwäbisch Hall am 6. März 2004. (Foto: Markus Mandalka)

76 BDVG: *Informationen für Interessenten*, 1999.

77 Grundsatzprogramm der BDVG, beschlossen am 5. Juni 1999.

schung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht⁷⁸ gastierte, begann eine Serie von rund einem Dutzend Demonstrationen und Kundgebungen in der Kocherstadt unter K.s Leitung. Unterstützt wurde die BDVG bei ihren Aktionen von Freien Kameradschaften⁷⁹ und durch den bundesweit bekannten Neonazi-Kader Christian Worch. Auch der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub trat mehrfach bei Demonstrationen und Veranstaltungen als Redner auf.

In Heilbronn versuchte eine BDVG-Gruppe um den ehemaligen JNler M. K., die Bevölkerung mit rassistischen Phrasen aufzustacheln. Nichtdeutsche würden in einigen Stadtteilen »in wenigen Jahren die Mehrheit stellen und die einheimische Bevölkerung verdrängen bzw. dominieren«, hieß es in einem Flugblatt.⁸⁰ In einem an die Schüler*innenvertretungen von Heilbronner Schulen verschickten Schreiben wurden diese aufgefordert, »das Tabu in der Ausländerfrage zu brechen!«⁸¹. Die von L. K. im Verbund mit anderen extrem rechten Gruppen organisierten Sommersonnwendfeiern auf einem Grundstück in Ilsfeld-Schozach wurden zum Anziehungspunkt für Neonazis aus ganz Baden-Württemberg. So nahmen z. B. an einer solchen Feier am 23. Juni 2001 rund 200 Neonazis teil.

Trotzdem zog sich L. K. im Sommer 2004 nach Gerüchten über ein bevorstehendes Verbot aus der BDVG zurück und rief in Heilbronn eine »Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland« ins Leben. Unter diesem Label organisierte er z. B. am 26. März 2005 eine Saalveranstaltung in den Räumlichkeiten des Heilbronner Ruderclubs unter dem Motto »Die Türken kommen! Ist Deutschland noch zu retten?«. Er wandte sich außerdem wieder der NPD zu, für die der gebürtige Esslinger als parteifreier Kandidat bei der Bundestagswahl 2005 und bei der Landtagswahl 2006 antrat. Die BDVG zerfiel nach K.s Rückzug.

Mit seinem Online-Versand »Weltnetzladen« versorgte der gelernte Großhandelskaufmann von Neckarwestheim aus die Neonaziszene mit Büchern, Musik, Devotionalien

und Kleidung. Inzwischen ist der Versand allerdings im thüringischen Fretterode beheimatet. Dort wird er von dem bundesweit bekannten Neonazi Thorsten Heise und dessen Ehefrau betrieben. Bereits seit 2011 wird auch die einstige BDVG-Postille »Volk in Bewegung« von Heises »Nordland-Verlag« in Fretterode herausgegeben. Im Gespräch ist die Zeitschrift immer wieder, weil der Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke dort unter dem Pseudonym »Landolf Ladig« zwei Artikel verfasst haben soll⁸².

Heute hat sich L. K. aus dem öffentlichen Raum weitgehend zurückgezogen. Zuletzt nahm er am 7. Februar 2016 an einer rechten Kundgebung russlanddeutscher Kreise unter dem Motto »Heilbronn wach auf« teil. Auf dem Heilbronner Kiliansplatz unterhielt er sich angeregt mit anderen Szeneangehörigen. Unter denen war auch der ehemalige Heilbronner BDVG-Aktivist M. K. Wie viele extrem Rechte aus der Region interessiert sich der 44-Jährige heute für die AfD. So nahm K. in den vergangenen Jahren an öffentlichen Veranstaltungen der Partei in Heilbronn und Stuttgart teil.

Die Kameradschaftsszene

Die Gründung komplexer und ideologisch ausgefeilter Organisationen wie der BDVG ist jedoch eher eine Seltenheit. Weitaus häufiger schließen sich Neonazis in »Kameradschaften« zusammen, die vor allem lokal agieren. Ihre Strukturen sind lockerer, kurzlebiger und von außen schwerer zu durchschauen. Ein Modell, das bereits Mitte der 1990er Jahre entwickelt wurde – als Antwort des »nationalen Widerstands« auf die Verbote einiger neonazistischer Parteien und Organisationen.

»Furchtlos & Treu« (F&T)

Die Kameradschaft »Furchtlos & Treu« (F&T) wurde vor mehr als zwanzig Jahren gegründet. Anders als in den 2000er Jahren präsentiert sie sich aber nicht mehr in der Öffentlichkeit. Kopf der Gruppe war M. F. aus Kirchheim am Neckar. Der heute 51-jährige Deutsch-Kroate trägt

78 Die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944« wurde zwischen November 2001 und März 2004 an elf Orten in Deutschland gezeigt. Dagegen regte sich Protest aus konservativen und extrem rechten Kreisen, da das Bild der »sauberen Wehrmacht« mit der Ausstellung öffentlich als Mythos entlarvt wurde.

79 Mit dem Begriff »Freie Kameradschaft« werden parteiunabhängige Zusammenschlüsse von Neonazis bezeichnet.

80 BDVG Heilbronn: *Wieviel Zukunft hat unser Heilbronn eigentlich noch?*, Flugschrift, 2000.

81 Schreiben der BDVG-Vorfeldorganisation »Junge Deutsche – Bundesweite Aktion«, November 2002.

82 Siehe die Recherchen des Soziologen Andreas Kemper: *Landolf Ladig, NS-Verherrlicher*, Artikel vom 9. Januar 2016 auf der Homepage von Andreas Kemper.

den tätowierten Schriftzug »Adolf Hitler« auf seinem Bauch. Seine Wohnung schmückt er mit Hakenkreuzfahnen und SS-Stahlhelmen.⁸³ In den 1990er Jahren war F. Leiter der »Sektion Württemberg« des internationalen Neonazi-Netzwerks »Blood & Honour« (B&H). Noch bevor das Bundesinnenministerium im September 2000 B&H in Deutschland verbot, hatte F. im Juli 1999 die Kameradschaft »Furchtlos & Treu« gegründet. Laut eigener Darstellung soll es sich deshalb nicht um eine Nachfolgeorganisation von B&H handeln – auch wenn F&T inhaltlich und konzeptionell nahtlos an B&H anknüpfte.

Die Gründer bezeichneten sich selbst als »reine Skinhead-Bewegung mit fester Struktur und gemeinsamen Zielen«. Mitglied werden könne »jeder weiße, männliche Skinhead mit vollendetem 21. Lebensjahr«⁸⁴. Um »jugendlichen Skinheads einen gefestigten Halt zu geben und diese von der Straße zu holen«, wurde 2001 sogar eine eigene Jugendorganisation ins Leben gerufen.⁸⁵

Tonangebend war bei F&T von Anfang an die »Sektion Württemberg«, in der sich rechte Skinheads aus dem Heilbronner und dem Ludwigsburger Raum sammeln. In der »Sektion Baden« übernahm zunächst der Sinsheimer Neonazi M. H. S. das Ruder, der bereits in den 1980er Jahren in den extrem rechten Wehrsportgruppen »Werwolf Baden, 2. Sturm Sinsheim« und »Werwolf 21« aktiv gewesen war.

In den ersten Jahren schmückte sich F&T damit, auch über eine »Sektion Schlesien« aus dem Raum Hoyerswerda, eine »Sektion Pfalz« und eine »Division Kroatien« zu verfügen. Die Ableger außerhalb Baden-Württembergs erwiesen sich allerdings nicht als langlebig. Im Kern handelte es sich bei »Furchtlos & Treu« deshalb um eine rein regionale Neonazi-Kameradschaft für den nordwürttembergischen Raum mit einzelnen Mitgliedern im Badischen.

Im Gewinn »Spitzäcker« in Brackenheim-Meimsheim nutzten die Skinheads eine alte Scheune als »Clubhaus« für Veranstaltungen und Feiern, bis die Lokalität am 20. Januar 2003 durch einen Brand zerstört wurde. In den 2000er Jahren trat F&T auch öffentlich in Erscheinung –

oft gemeinsam mit der im Enzkreis aktiven Kameradschaft »Stallhaus Germania«. So tauchten am 16. November 2003 z. B. 50 Neonazis von F&T und »Stallhaus Germania« auf der »Götzenburg« in Jagsthausen auf und legten dort Kränze an einem Gedenkstein der 17. SS-Panzer Grenadier-Division »Götz von Berlichingen« nieder. »Furchtlos und Treu gedenkt der Helden« war auf einem abgelegten Kranz zu lesen. Mehrfach lud die Gruppe zu Fußballturnieren auf einem Sportplatz in Brackenheim-Haberschlacht ein. Dort kickten z. B. am 28. August 2004 bei einem gemeinsamen Turnier von F&T und »Stallhaus Germania« rund 120 Neonazis um die Wette. Mitglieder von F&T nahmen zudem an Veranstaltungen des »Nationalen Bündnis Heilbronn« (NBH) und an Demonstrationen der NPD in Heilbronn und Schwäbisch Hall teil, bei denen sie teilweise als Ordner fungierten.

Die seit Mitte der 2000er Jahre voranschreitende Krise der extrem rechten Skinhead-Subkultur macht sich allerdings auch bei F&T bemerkbar. Viele jüngere Neonazis können mit den Riten, der Musik und dem Stil der Glatzköpfe nichts mehr anfangen. Es mangelt deshalb an Nachwuchs. Der verbliebene Kreis von Mitgliedern aus den Regionen Heilbronn und Ludwigsburg traf sich zuletzt nur noch im Verborgenen. Dazu diente in den letzten Jahren unter anderem ein Gartengrundstück in Ilsfeld-Schozach, das sich im Eigentum des F&T-Mitglieds A. H. S. befindet. Der 51-Jährige ist seit den 1990er Jahren in der Neonaziszene aktiv, ohne sich ins Licht der Öffentlichkeit zu begeben. Auf seinem Grundstück fanden mehrfach Grillpartys und Feiern von F&T statt, zu denen stets nur intern über SMS oder WhatsApp eingeladen wird. Ungebetene Gäste müssen sich auf rabiate Ansagen einstellen. Als Beamte des Weinsberger Polizeireviers S. am 31. März 2012 in der Nähe seines Grundstücks kontrollieren wollten, drohte er einem Polizisten: »Lass mich los oder ich schlag Dir den Kopf runter«.

Auch bei der Durchführung von Neonazikonzerten spielte das Netzwerk von »Furchtlos & Treu« immer wieder eine Rolle. So fand in Ilsfeld-Schozach z. B. am 22. Mai 2010 ein Jubiläumskonzert der Kameradschaft »Stallhaus Germania« mit den Rechtsrock-Bands »Angry Bootboys« (Nordrhein-Westfalen) und »Last Man Standing« (Thüringen)

83 Landtag von Baden-Württemberg, Untersuchungsausschuss »Rechtsterrorismus/NSU BW II«, Protokoll der 21. Sitzung am 16. April 2018, S. 48 f.

84 Eintrag auf der Homepage von »Furchtlos & Treu«: *Information*, 2003 (Letzter Aufruf am 10. Juli 2004).

85 Eintrag auf der Homepage von »Furchtlos & Treu«: *Jugendbewegung Furchtlos und Treu*, 2003 (Letzter Aufruf am 10. Juli 2004).

und rund 120 Gästen statt. Am 17. Mai 2014 spielten auf dem Gartengrundstück in Ilsfeld-Schozach die Bands »Kommando 192«, »Feindbild Deutsch« (beide Baden-Württemberg) und »Untergrundwehr« (Bayern) vor etwa 80 Besucherinnen und Besuchern. »Nur intern weiterleiten, kein FB oder sonstiges«, hieß es in SMS-Nachrichten in der Szene. Ähnlich konspirativ wurden auch Feiern mit Live-Musik am 16. Mai 2015 und am 30. Mai 2015 in Ilsfeld-Schozach beworben.

Immer wieder wird F&T außerdem mit Waffen in Verbindung gebracht. So posierte der Brackheimer Neonazi-Skinhead P. W. auf Fotos mit einem Gewehr im Anschlag. Ähnliche Bilder von einem Tschechien-Aufenthalt anderer F&T-Mitglieder führten bereits vor sechzehn Jahren zu Ermittlungen wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz. Im Rahmen von Hausdurchsuchungen fanden Polizisten am 15. Januar 2004 bei Anhängern der »F&T Sektion Schlesien« u. a. 500g formbaren Sprengstoff, 5m Sprengschnur, 2.500 Schuss Munition und Übungshandgranaten. In der Garage von M. F. stießen Ermittler damals aber nur auf ein Plastikgewehr und einen durchbohrten Gewehrlauf mit Abzugssystem, dessen Besitz nicht strafbar ist. Elf Jahre später wurde F. am 7. Januar 2015 in einem Auto am kroatisch-slowenischen Grenzübergang Gruskovje kontrolliert. Slowenische Beamt*innen fanden auf dem Rücksitz ein Zielfernrohr mit elektronischem Lichtverstärker und einer Vorrichtung zur Befestigung an einem Leichteraketenwerfer vom Typ RPG-7, eine Übungsgranate vom Typ BTKM M68 und zwei Bajonette. Der F&T-Chef erklärte hierzu, er sei lediglich ein »Sammeler« und habe die Gegenstände geschenkt bekommen.⁸⁶

Und tatsächlich ist das Sammeln von Militaria und Dekorationswaffen in der Kameradschaftsszene weit verbreitet. Als Gründe kommen sowohl die dort vorherrschende NS-Nostalgie als auch individuelle Gewaltphantasien und ein archaisches Männlichkeitsbild in Frage.

Als militante Neonazis geben sich viele Mitglieder aber zweifellos zu erkennen. Auf einer Feier kroatischer FaschistInnen im österreichischen Bleiburg präsentierten sich M. F., A. H. S. und weitere Kameraden in T-Shirts mit

dem Aufdruck »Deutsch Kroatische Waffenbrüder«. Auch der Heilbronner F&T-Neonazi T. H. trug vor einigen Jahren auf einem Foto seine Gesinnung zur Schau: »Combat 18« prangt in weißen Lettern auf dem T-Shirt des heute 40-Jährigen. Der Name bedeutet »Kampftruppe Adolf Hitler« und wird von rechtsterroristischen Gruppen in verschiedenen europäischen Ländern verwendet⁸⁷.

Der 1. Mai 2011: 750 Neonazis marschieren durch Heilbronn

»Fremdarbeiterinvasion stoppen – Arbeit zuerst für Deutsche!«. Unter diesem Motto demonstrierten am 1. Mai 2011 rund 750 Neonazis vom Heilbronner Hauptbahnhof zum Rosenberg-Hochhaus und wieder zurück. »Nationaler Sozialismus« war auf einem ihrer Transparente zu lesen. Andere Banner forderten: »Europa erwake«, »Den Volkstod abwenden« oder »Für eine raumorientierte Volkswirtschaft«. Es war der wohl größte Aufmarsch von Anhängerinnen und Anhängern des Nationalsozialismus, den die Stadt seit dem Zweiten Weltkrieg erlebte. Zur bitteren Ironie der Geschichte gehört, dass der von 3.900 Polizist*innen abgesicherte Demonstrationszug mit Fahnen und Parolen ausgerechnet an der Theresienwiese vorbeizog. Nur vier Jahre zuvor war dort am 25. April 2007 die Polizeimeisterin Michèle Kiesewetter von Mitgliedern des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) erschossen und ihr junger Kollege schwer verletzt worden.

Hinter dem Aufmarsch steckte das »Nationale und soziale Aktionsbündnis 1. Mai«, das in den Jahren zuvor vergleichbare Aktionen in Ulm (2009) und Schweinfurt (2010) durchgeführt hatte. Wie ein im Vorfeld der Demonstration bekannt gewordenes internes Dokument der Neonazis zeigte, hatte sich das Bündnis Heilbronn gezielt als Aktionsort herausgesucht. Insgesamt riefen mehr als 60 Organisationen und Parteigliederungen dazu auf, in der Stadt am Neckar »den Volkszorn auf die Straße zu tragen«⁸⁸.

Neben den NPD- und JN-Landesverbänden Baden Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Hessen unterschrieben auch einige ausländische Organisationen wie

86 Landtag von Baden-Württemberg, Untersuchungsausschuss »Rechtsterrorismus/NSU BW II«, Protokoll der 21. Sitzung am 16. April 2018, S. 49.

87 Die Vereinigung »Combat 18 Deutschland« wurde am 23. Januar 2020 durch das Bundesinnenministerium verboten.

88 »Nationales und soziales Aktionsbündnis 1. Mai«, Flugblatt zur Demonstration am 1. Mai 2011.

die ungarische »Nationalrevolutionäre Partei« (Nemzeti Forradalmi Párt), die ungarische »Arrabona NS-Crew«, die »Partei National Orientierter Schweizer« (PNOS) und die tschechische »Dělnická strana sociální spravedlnost« (DSSS) den Aufruf.

Vor allem aber war das 1. Mai-Bündnis ein Projekt der süddeutschen Kameradschaftsszene. Die Anmeldung der Demonstration hatte R. R.-T. vom Kameradschaftszusammenschluss »Aktionsbüro Rhein-Neckar« (AB Rhein-Neckar) übernommen. R.-T. und seine MitstreiterInnen kannten die Verhältnisse vor Ort, weil sie bereits in den 2000er Jahren mit der lokalen Szene kooperiert und sich an Demonstrationen in Heilbronn beteiligt hatten. Auch die Kameradschaften »Karlsruher Netzwerk«, »AG Schwaben« und »NS Rastatt« rührten die Werbetrommel. Einen wesentlichen Teil der Mobilisierung stemmte das organisationserfahrene »Freie Netz Süd« (FNS) aus Bayern.

Neben diesen Gruppen reihten sich am 1. Mai 2011 in Heilbronn auch prominente Neonazis ein, darunter die NPD-Funktionärin Edda Schmidt, der seit Jahrzehnten aktive Dortmunder Siegfried Borchardt und der wegen eines 2003 geplanten Anschlags auf das Jüdische Gemeindezentrum in München als Rechtsterrorist verurteilte M. W.. Als Redner traten der stellvertretende hessische NPD-Landesvorsitzende D. K., M. K. vom NPD-Landesverband Baden-Württemberg, der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Karl Richter aus München, Philippe Eglin von der schweizerischen PNOS, der extrem rechte Dan Eriksson aus Schweden und der »Nationalrevolutionär« J. S. ans Mikrofon. Ziel des »Nationalen und sozialen Aktionsbündnisses« war es allerdings nicht nur, eine Aufsehen erregende Demonstration im Heilbronner Bahnhofsviertel durchzuführen. Vielmehr war der Aufmarsch am 1. Mai 2011 eingebettet in eine mehrmonatige Kampagne. So führten die Neonazis bereits am 2. April 2011 in verschiedenen Städten in Süddeutschland eine Serie von kleineren Kundgebungen durch, für die nur über interne SMS-Ketten geworben und die mit angemieteten Bussen gemeinsam angefahren wurden. Eine solche Aktion fand z. B. in Bad Rappenau statt. Zum Abschluss dieser »Kundgebungstour« versammelten sich insgesamt 150 Neonazis auf dem Berliner Platz in Heilbronn.



Die »Aktionsgruppe Heilbronn« bei einer Neonazi-Demonstration in Heilbronn am 1. Mai 2011. (Foto: Robert Andreasch)

»Aktionsgruppe Heilbronn«

Von dieser langfristig angelegten Kampagnenstimmung versuchte auch die lokale extrem rechte Szene zu profitieren. So gründete sich im Vorfeld des 1. Mai 2011 eine Neonazi-Kameradschaft, die »Aktionsgruppe Heilbronn« (AG Heilbronn). Diese verortete sich im Spektrum der »Autonomen Nationalisten« (AN). Die Strömung der AN stellt eine »spezifische, jugendkulturell modernisierte Ausdrucksform der neonazistischen Szene dar, die seit dem Jahr 2002 Eingang in das Netzwerk so genannter »Kameradschaften« gefunden hat«⁸⁹. AN orientieren sich »in Kleidung und Symbolik bis ins Detail an den linksradikalen Autonomen, spielen mit deren Codes, adaptieren in ihren Stilpraxen selektiv allerdings nur jene Elemente, die ihrem Selbstverständnis von einer rebellischen, militanten aber eben auch neonazistischen Jugendbewegung entsprechen«⁹⁰.

In Heilbronn war dieses Phänomen in den Monaten vor und nach dem 1. Mai 2011 zu beobachten. Auf Facebook posierten Mitglieder der AG Heilbronn mit schwarzen Kapuzenpullis und Sonnenbrillen vermommt beim Überkleben antifaschistischer Plakate. Als die Grüne Jugend und die Jusos am 29. April 2011 ein »Rock gegen Rechts« im Heilbronner Deutschhofkeller veranstalteten, versuchten Anhänger der AG Heilbronn das Konzert zu stören. Zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus brachten die jungen Neonazis in der Heilbronner Innenstadt ein Transparent an. Mit der Aufschrift »8. Mai 2011 – Wann werden wir befreit?« deuteten sie den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus zum Tag einer angeblich im-

.....

89 Häusler, Alexander/Schedler, Jan: *Autonome Nationalisten – Neonazismus in Bewegung*, Wiesbaden 2011, S. 307.

90 Ebd., S. 320.

mer noch andauernden Besatzung um und machten so die Täter zu Opfern. Und auch bundesweit tauchten die Heilbronner Aktivisten auf. Auf einem Gedenkmarsch für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß am 30. Juli 2011 im oberfränkischen Wunsiedel präsentierte sich die AG Heilbronn mit einem eigenen Transparent, ebenso bei einem »Trauermarsch« am 24. November 2012 im rheinland-pfälzischen Remagen. Sie gedachten den dort ab April 1945 inhaftierten Wehrmachtssoldaten. Auf ihrer Homepage verbreitete die Gruppe außerdem einen Beitrag, in dem die Ermittlungen der Polizei zu den Morden des NSU als »Geschichten aus Tausendundeiner Nacht« und »Schwachsinn« verhöhnt wurden⁹¹.

Wirklich modernisieren konnte der Heilbronner AN-Ableger die lokale Szene jedoch nicht. Zum einen konnte sich die AG Heilbronn trotz ihrer »autonomen« Ästhetik nicht wirklich von der NPD und ihrer Jugendorganisation JN lösen. Bereits bei der »Gründungsfeier« der AG am 11. Juni 2011 waren neben befreundeten Kameradschaften auch eine Delegation der NPD/JN anwesend⁹². Die enge Verknüpfung mit der NPD/JN zeigte sich auch bei einer Demonstration von Neonazis im niedersächsischen Bad Nenndorf am 4. August 2012. Dort wurde das Transparent der Heilbronner Aktionsgruppe u. a. von dem JN-Aktivisten M. K. getragen. K. stammt ursprünglich aus dem sächsischen Oppach, zählt aber bereits seit den 2000er Jahren zur extrem rechten Szene in der Heilbronner Region.

Zum anderen gehörten zum Dunstkreis der Gruppe Personen, die weiterhin im »traditionellen« Neonazimilieu verhaftet blieben. Unter ihnen war z. B. K. U. S. aus Ilsfeld. Der heute 32-jährige Skinhead schmückt seinen Körper mit Hakenkreuz-Tattoos und anderen NS-Symbolen. Bereits als 18-Jähriger hatte S. in den frühen Morgenstunden des 28. Oktober 2007 in Abstatt-Happenbach einen Molotow-Cocktail auf einen türkischstämmigen Ilsfelder und dessen Begleiter geworfen.

Auch R. G., den die Polizei am 17. August 2011 in der Heil-

bronner Innenstadt beim Sprühen von Konterfeis von Rudolf Heß erwischte, gehört bereits seit den 2000er Jahren zur lokalen Szene und war unter anderem bei Demonstrationen des Neonazis L. K. als Ordner eingesetzt. Mit D. Z. engagierte sich außerdem ein Urgestein der Heilbronner Neonazi-Szene für die AG Heilbronn. Der heute 49-jährige war Ende der 1980er Jahre von Bottrop nach Untergruppenbach gekommen. Z. gehörte ab Mitte der 1990er Jahre zur »Freiheitlichen Initiative Heilbronn« (FIH) um Michael Dangel und 2004 zu den Mitbegründern des NBH, dessen letzter Vorsitzender er war. Im November 2007 erregte Z. Aufsehen, als er an den Heilbronner Oberbürgermeister, zwei örtliche Pfarrer und die Heilbronner Staatsanwaltschaft eine Schrift des Holocaustleugners Germar Rudolf versandte und sich selbst anzeigte⁹³.

Für die Heilbronner AktivistInnen versuchte Z. bundesweit Kontakte zu knüpfen. So nahm er z. B. im Jahr 2012 an Kameradschaftstreffen »Autonomer Nationalisten« im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld teil. Dort beansprucht eine starke Neonaziszene den Stadtteil seit einigen Jahren offensiv als »ihren Kiez«.

Trotz solcher Vorbilder gelang es der Heilbronner »Aktionsgruppe« aber nicht, ein eigenständiges Profil zu entwickeln und sich als Kameradschaft vor Ort zu verfestigen. Zwei Jahre nach dem 1. Mai 2011 war die Gruppe von der Bildfläche verschwunden. Mindestens ein führendes Mitglied dürfte den Zerfall mit seinem Wegzug beschleunigt haben: der heute 30-jährige F. P. verließ die Region und wurde einer der Köpfe der Dortmunder Neonaziszene.

Andere Neonazis aus dem Umfeld der AG Heilbronn mussten sich mit juristischen Konsequenzen auseinandersetzen. Der Ilsfelder Skinhead K. U. S. landete mehrfach vor Gericht. Am 26. September 2012 wurde er wegen unerlaubten Besitzes einer Schusswaffe und Munition in Tateinheit mit vorsätzlichem Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen vom Heilbronner Amtsgericht zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Am 26.

91 Eintrag auf der Homepage der »Aktionsgruppe Heilbronn«: *Wer soll Euch diesen Schwachsinn glauben? Wir sind keine Terroristen*, 15. November 2011.

92 Nach eigenen Angaben beteiligten sich an der »Gründungsfeier« der AG Heilbronn etwa 40 Personen, darunter als Redner der NPD-Funktionär M. K., der extrem rechte Schweizer Philippe Eglin (PNOS) und der Neonazi D. Z. Am Abend soll laut Homepage der AG Heilbronn ein Auftritt der extrem rechten Liedermacher »Ragnar« und »Zwei für Deutschland« stattgefunden haben.

93 Z. wurde aufgrund der Selbstanzeige am 23. Oktober 2009 vom Amtsgericht Heilbronn wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Am 7. Oktober 2010 verwarf das Heilbronner Landgericht die Berufung von Z.; mit Beschluss vom 11. Mai 2011 hob das Oberlandesgericht Stuttgart die Urteile auf und Z. wurde freigesprochen; vgl. OLG Stuttgart 2 Ss 4/11.

April 2016 verurteilte eine Richterin am Amtsgericht S. erneut zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Polizisten hatten bei S. u. a. ein zur scharfen Waffe umgebautes russisches Repetiergewehr und einen Schalldämpfer aus Aluminium gefunden. Zudem hatte S. über seinen Account im russischen Sozialen Netzwerk vk.com Hakenkreuzbilder und weitere nationalsozialistische Symbole verbreitet.

»Deutsch-Militant-National«: Die »Standarte Württemberg«

Ins Visier des Landeskriminalamts gerieten Neonazis aus der Region außerdem im Rahmen von Ermittlungen zur militanten Kameradschaft »Standarte Württemberg« (SW). Das Motto der im Sommer 2010 im Raum Backnang zunächst als »Division Germania« gegründeten Gruppe war unmissverständlich: »Deutsch-Militant-National« Als Hauptziel galt die Vertreibung von Migrant*innen aus Deutschland. Aber auch über die »Ausrottung der Juden«, Raubüberfälle und Sprengstoffanschläge gegen vermeintliche politische Gegner*innen, etwa gegen ein Jugendzentrum in Bietigheim-Bissingen, wurde diskutiert. Zu diesen Zwecken strebten die Neonazis an, sich mit anderen Kameradschaften zusammen zu schließen und sich über verschiedene Personen Waffen zu besorgen. Dabei verfolgte die SW ein hierarchisches Konzept. Wie auf einem Schachbrett sollten die Mitglieder als »Könige«, »Türme«, »Springer« und »Bauern« unterschiedliche Arbeiten ausführen. Ähnlich wie in Rockerclubs wollte sich die Kameradschaft außerdem einen Kreis von »Supportern« aufbauen. Als Erkennungszeichen wurden eigene T-Shirts, Pullover und Ringe hergestellt. Interne Treffen fanden unter anderem in Gaststätten im Rems-Murr-Kreis und in einem Waldstück bei Brackenheim statt.

Gestoppt wurde die Gruppe, als das Stuttgarter LKA im Juli 2011 insgesamt 21 Wohnungen und Grundstücke von extrem Rechten durchsuchte. Neben Propagandamaterialien wurden dabei eine Pistole, mehr als 100 Schuss Munition und mehrere Messer sicherge-

stellt⁹⁴. Als Führungsperson der »Standarte Württemberg« identifizierten die Ermittler*innen u. a. den heute 34-jährigen Neonazi M. F. S. aus Brackenheim-Meimsheim. Der IIsfelder Waffennarr K. U. S. gehörte den Ermittlungen zufolge nicht zur »Standarte«, pflegte aber Kontakt zu einigen Mitgliedern.



Anhänger der »Standarte Württemberg« bei einer Neonazi-Demo in Heilbronn am 1. Mai 2011. (Foto: Robert Andreasch)

»Freie Nationalisten Heilbronn«

Nachdem die Organisierung der »Aktionsgruppe Heilbronn« ebenso gescheitert war wie der Aufbau der »Standarte Württemberg«, gab es wenig später einen weiteren Versuch, eine Kameradschaft zu etablieren. Am 6. Januar 2014 verkündeten die »Freien Nationalisten Heilbronn« (FN Heilbronn), dass sie einen Twitter-Account eingerichtet haben⁹⁵. Im Internet mobilisierte die Initiative zu Kundgebungen und Demonstrationen. Dabei versuchten die »Freien Nationalisten« immer wieder, den Politikstil linker Gruppen zu kopieren. So verbreiteten die FN Aufrufe des »Antikapitalistischen Kollektivs«⁹⁶ und unterstützten eine »Kampagne gegen Berufsverbote«. Inhaltlich blieben die FN Heilbronn aber ein klassischer Neonazitrupp. »NS-JETZT« forderten sie am 15. März 2014 bei Twitter⁹⁷. Zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai 2014 posierten FN und JN Heilbronn gemeinsam mit einem Transparent mit der Aufschrift »Wir feiern nicht – Besatzer raus«⁹⁸. Um die eigenen Leute vor Gesprächen

94 dpa/lsw: *Schlag gegen rechtsextreme Szene*, Stuttgarter Zeitung online, 27. Juli 2011.

95 Eintrag auf dem twitter-Account der »FN Heilbronn«, 6. Januar 2014.

96 Unter dem Namen »Antikapitalistisches Kollektiv« (AKK) sammelten sich in den Jahren 2015 und 2016 bundesweit Neonazis, die auf einigen Demonstrationen als militanter »Schwarzer Block« auftraten. Sie vertraten eine völkische Kapitalismuskritik. In Baden-Württemberg trat das AKK u. a. im Juli 2016 mit einem Zeltlager auf einem Privatgrundstück in Mühlacker in Erscheinung.

mit Ermittlungsbehörden zu warnen, verkündeten die FN Heilbronn am 25. März 2015: »Wir reden nicht mit den Bullen!«⁹⁹. Insgesamt wirkte die Gruppe jedoch eher wie ein Projekt aus dem Umfeld der kriselnden NPD-Jugend mit dem Ziel, durch Verbalradikalismus anschlussfähiger für junge extrem Rechte zu werden. Dafür sprechen auch die engen persönlichen Verbindungen zu JN-AktivistInnen aus Heilbronn und dem Enzkreis, darunter der damalige JN-Landesvorsitzende M. R. Das Projekt scheiterte letztlich: Seit dem Mai 2016 sind keine Aktivitäten der FN Heilbronn mehr bekannt geworden.

Auch eine von einem ähnlichen Spektrum getragene »Aktionsgruppe Südwest« (AG-SW) konnte in Heilbronn keine dauerhaften Strukturen aufbauen. Es blieb bei einzelnen Plakataktionen. So wurden z. B. am 26. Mai 2016 im Raum Heilbronn neongelbe Plakate mit dem Aufdruck »NS Area« verklebt. Damit wurde nicht nur versucht, ein eigenes Revier zu markieren, sondern auch Bezug auf die nationalsozialistische Ideologie genommen, zu deren wesentlichen Bestandteilen die Anwendung von Gewalt gehört. In Heilbronn und im Umland kam es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen durch Neonazis, die mitunter auch den Tod von Menschen in Kauf nahmen.

Gewalttätige Neonazicliquen: Hotspot Kraichgau

Am Bahnhof in Eppingen erinnert nichts mehr daran, was hier in der Nacht vom 19. auf den 20. Juli 1996 geschehen ist. Aus einer Gruppe von zehn jungen Leuten im Alter zwischen 15 und 23 Jahren heraus schlugen und traten damals mehrere Neonazi-Skinheads auf einen 44-jährigen Elektriker ein. Sie hörten erst auf, als Werner Weickum blutend vor ihnen lag. Anschließend stülpten die Täter dem Schwerverletzten eine Plastiktüte über den Kopf, woran Weickum starb¹⁰⁰. Erst zwei Tage später wurde seine aller Wertgegenstände beraubte Leiche im Gewann Schloßberg in den Weinbergen bei Brackenheim-Neipperg gefunden.

Zwei der Angeklagten wurden im Juli 1997 zu lebenslangen Freiheitsstrafen und acht weitere zu langjährigen Jugendstrafen verurteilt. »Sieben der Tatverdächtigen waren dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg mit Randerkenntnissen bekannt gewesen«, kommentierte das Landesamt für Verfassungsschutz damals das Verfahren gegen die Skinheads. Diese würden »keineswegs zu den führenden Personen« in der Szene gehören und seien »in den letzten Jahren in politisch-extremistischer Hinsicht kaum auffällig geworden«¹⁰¹. Bereits im Juli 1994 hatten die in Eppingen als »Bahnhofsclique« bekannten Neonazis in einem Jugendzentrum und beim Abschlussfest des örtlichen Gymnasiums randaliert und dabei einen Abiturienten mit einem Messer verletzt. »Wir können kein Fest mehr machen, ohne dass welche von denen auftauchen«, meldeten sich Schüler*innen zu Wort¹⁰². Eine Lehrerin des Gymnasiums beklagte, »dass sich auch in Eppingen und der Umgebung Gruppen von gewalttätigen rechtsradikalen Jugendlichen gebildet haben, die eine Atmosphäre von Bedrohung und Angst schaffen und Mitbürger systematisch terrorisieren«¹⁰³. Noch kurz vor dem Mord an Werner Weickum hatten einige der Eppinger Neonazis für Schlagzeilen gesorgt, als sie im Juni 1996 einen Aussteiger brutal misshandelten. Im Mai 1998 wurden zwei Männer auch für diesen Gewaltexzess zu Jugendstrafen verurteilt¹⁰⁴.

Ende der 1990er Jahre beruhigte sich die Situation in Eppingen zwar. Bis heute haben Neonazis aus der Stadt und aus kleineren Gemeinden im Kraichgau in der Kameradschaftsszene aber immer wieder eine Rolle gespielt.

So ist die heute 37-jährige J. M. aus Zaberfeld mit dem harten Kern der baden-württembergischen Neonaziszene bestens vernetzt. In den 2000er Jahren bewegte sie sich im engen Dunstkreis der verbotenen Organisation »Blood & Honour«. M. mietete damals z. B. als Strohfrau für ihren ehemaligen Lebensgefährten, den Karlsruher Neonazi H. B., eine Konzerthalle an. Auch der heute 36-jährige D. S. aus Zaberfeld-Ochsenburg trat im Rah-

97 Eintrag auf dem twitter-Account der »FN Heilbronn«, 15. März 2014.

98 Eintrag auf dem twitter-Account der »FN Heilbronn«, 8. Mai 2014.

99 Eintrag auf dem twitter-Account der »FN Heilbronn«, 25. März 2014.

100 Beate Flemming: *Der Typ muss richtig weg*, Taz, 22. Juli 1997, S. 9.

101 Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht* 1996, S. 29.

102 Peter Boxheimer: *Ist Randalie nur die Spitze eines Eisbergs?*, Heilbronner Stimme, 6. Juli 1994.

103 Leserbrief in der »Heilbronner Stimme«, 11. Juli 1994.

104 Franziska Feinäugle: *Die Eppinger Skinheads, Folge zwei*, Heilbronner Stimme, 29. Mai 1998.

men von Ermittlungen zu Nachfolgebestrebungen des verbotenen B&H-Netzwerks in Erscheinung. Er trägt als Tätowierung das Kürzel B&H auf seinem Schädel und die Selbstbezeichnung »Skinhead« auf dem Bauch. Seit den späten 1990er Jahren gehört S. zur baden-württembergischen Neonaziszene, präsentiert sich auf Fotos aber auch in Lederkutte als Sympathisant des Rockerclubs »Hells Angels«.

Außerdem verfügte die im Dezember 2005 gegründete Kameradschaft »Weiße Rebellion« (WR) über einen Treffpunkt in der Eppinger Altstadt. Die von ehemaligen Mitgliedern der Neonazi-Gruppe »Sturm Baden« ins Leben gerufene WR präsentierte sich mit einheitlich bestickten schwarzen Kapuzenpullis und Bomberjacken als Kameradschaft von Skinheads aus verschiedenen Städten. Neben Personen aus Sinsheim, Wiesloch und Bretten gehörten auch militante Neonazis aus Eppingen zu den Anhängern der WR. So war der heute 39-jährige J. K. aus Eppingen einer der Drahtzieher der Gruppe. Am 17. April 2011 war K. mit zwei weiteren WR-Mitgliedern an einem Übergriff am Sinsheimer Bahnhof beteiligt, bei dem zwei Personen durch Schläge und Tritte verletzt wurden. Wie viele Neonazis versuchte J. K. später, seine Gewalterfahrungen zu Geld zu machen: als Mitarbeiter eines Security-Unternehmens, das gleichfalls von einem Neonazi aus der Region betrieben wurde.

Auch bei den »Freien Nationalisten Kraichgau« (FN Kraichgau) waren Personen aus dem westlichen Landkreis Heilbronn aktiv – obwohl die Gruppe in erster Linie mit Aktionen in Sinsheim von sich reden machte. Die Kooperation zwischen FN Kraichgau und der »Weißen Rebellion« scheint dabei besonders eng gewesen zu sein. So traten FN Kraichgau und WR z. B. bei einer Kundgebung in Sinsheim am 18. März 2011 mit einem gemeinsamen Transparent und den Logos beider Gruppen auf. 15 Jahre nach seinem Tod wurde auch Werner Weickum für die Kraichgauer Neonazis wieder zum Thema: am 19. Juli 2011 versuchten Mitglieder und SympathisantInnen von WR, FN Kraichgau und der AG Heilbronn, eine Gedenkveranstaltung für Weickum am Eppinger Bahnhof zu stören. Die Neonazis wurden von der Polizei jedoch ab-

gedrängt und erhielten Platzverweise.

Am 27. Mai 2016 gaben die FN Kraichgau bekannt, sich aufzulösen und einen Kreisverband der Partei »Die Rechte« zu gründen. Man habe sich »nach langem Hin und Her« dazu entschlossen, die »Arbeit von Grund auf umzustrukturieren«¹⁰⁵. Das Innenministerium vermutet dahinter »taktische Gründe«, denn neben einer personellen und strukturellen Unterstützung bieten Parteien einen höheren Schutz gegen mögliche Verbotsverfahren¹⁰⁶.

Ein Aktivist, der den »Freien Nationalisten Kraichgau« nahe stand und inzwischen für die Neonazi-Partei »Die Rechte« aktiv ist, ist T. H. aus Eppingen. Von hier aus betreibt der seit vielen Jahren in der Szene verwurzelte H. das Label »Freiheit Sound Records« (FS Records). FS Records vertreibt Produkte zahlreicher bekannter Neonazi-Bands aus dem In- und Ausland. H. produziert auch selbst Musikalben, etwa von der schwedischen Rechtsrockband »We want war« oder vom extrem rechten Liedermacher »Sadko« aus Russland. Im Sortiment des Mitte 2020 offensichtlich aufgegebenen Online-Shops fanden sich außerdem Aufnäher mit dem Ku-Klux-Klan-Logo oder dem Schriftzug »88«¹⁰⁷ sowie weitere Devotionalien.

Wie sich im Kraichgau die militante Kameradschaftsszene mit extrem rechten Parteiangehörigen mischt, war auch am 16. November 2016 vor dem Heilbronner Amtsgericht zu verfolgen. Dort musste sich der heute 58-jährige W. M. Z. aus Ittlingen verantworten. Er hatte im Auftrag des Anführers der Kameradschaft »Standarte Württemberg« aus Blei gegossene Aschenbecher mit Hakenkreuz-Emblemen und 27 silberne Ringe mit SS-Totenkopf hergestellt. Bei einer Hausdurchsuchung waren Polizeibeamt*innen zudem auf eine Pistole mit mehr als 100 Patronen gestoßen. Fünf Jahre zuvor hatte sich Z. noch um einen Sitz im baden-württembergischen Landtag beworben – als Kandidat der NPD im Wahlkreis Heilbronn.

KameradInnen im Hinterland: Main-Tauber-Kreis und Hohenlohe

Aber nicht nur im Kraichgau tummeln sich Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum. Im Windschatten der

105 Eintrag auf der Facebook-Seite der Gruppe »Freie Nationalisten Kraichgau (FN Kraichgau)«, 27. Mai 2016.

106 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/2019, S. 5.

107 Die »88« steht in der extrem rechten Szene als Code für die verbotene Formel »Heil Hitler«. Das H ist der achte Buchstabe des Alphabets.

NPD/JN, die seit Jahren im Main-Tauber-Kreis und im Hohenlohekreis auftritt, werden dort immer wieder braune KameradInnen ohne Parteibuch aktiv. Bereits Mitte der 2000er Jahre tauchte im Internet ein Forum mit dem Namen »Nationalisten Hohenlohe« auf, in dem ein Administrator aus Neuenstein Nutzer mit »Heil Dir« begrüßte¹⁰⁸. Das Projekt blieb aber ohne Resonanz.

Ab dem Sommer 2011 war zu beobachten, dass sich junge Neonazis unter dem Label »Kameradschaft Hohenlohe« sammelten. So fielen im August 2011 auf einem Dorffest in Lana-Völlan in Südtirol mehrere Personen auf, die extrem rechte Parolen grölten und T-Shirts der »Kameradschaft Hohenlohe« trugen. Dahinter steckte offensichtlich eine Clique aus Bad Mergentheim, deren Mitglieder sowohl mit der NPD/JN als auch mit weiteren Neonazis vernetzt waren.

Aus dem Umfeld der Kameradschaft wurde auch ein Konzert der Neonazi-Bands »Codex Frei«, »Hard as Nails«, »Kommando 192« und »Faustrecht« am 26. Oktober 2013 organisiert. Das Konzert wurde zunächst für den »Raum Hohenlohe/Franken« angekündigt. Ein extrem Rechter aus dem Main-Tauber-Kreis hatte geplant, einen Grillplatz in Niederstetten-Pfizingen als Veranstaltungsort zu nutzen. Weil das nicht klappte, fand das Konzert schließlich im überregionalen Szenetreff »Rössle« in Rheinmünster-Söllingen (Landkreis Rastatt) statt.

Zumindest für einen Teil der Hohenloher Kameradschaft dürfte in erster Linie diese subkulturelle Erlebniswelt aus Musik und alkoholreichen Feiern verbindend gewesen sein. Dazu gehörten auch gemeinsame Reisebusfahrten zu Konzerten der Rechtsrock-Band »Kategorie C – Hungrige Wölfe«. Am 24. Oktober 2014 trat die vor allem in der rechten Hooliganszene verehrte Band aus Bremen zudem bei einem Konzert in Bad Mergentheim auf.

Im Sommer 2015 traten junge Männer aus der Bad Mergentheimer Neonazi-Szene unter einem neuen Namen in Erscheinung. »Kameradschaft Main-Tauber« prangte nun auf ihren Kapuzenpullis. Am 29. August 2015 organisierte

die Gruppe ein Treffen in Bad Mergentheim mit rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern¹⁰⁹. Gemeinsam mit anderen Neonazis und NPD-AnhängerInnen führen die Mitglieder der Kameradschaft am 31. Oktober 2015 zu einer asylfeindlichen Kundgebung von »Hohenlohe wacht auf« in Öhringen.

Einige Jahre später ist ein solcher Aktivismus zumindest öffentlich nicht mehr sichtbar, auch wenn Neonazis aus dem Main-Tauber-Kreis und dem Hohenlohekreis hin und wieder bei Rechtsrockkonzerten auftauchen. So nahmen z. B. Angehörige der »Kameradschaft Main-Tauber« am Neonazi-Konzert »Rock gegen Überfremdung« am 29. Juli 2017 in Themar (Thüringen) teil. In einer für die Kameradschaftsszene typischen Art und Weise ändern sich die Konstellationen und Freundeskreise, wenn einzelne Personen wegziehen oder Familien gründen.

Wie viele parteiunabhängige Neonazi-Strukturen entpuppte sich aber auch die »Kameradschaft Main-Tauber« als eher kurzlebiges Projekt. Ähnlich könnte es einer Gruppe ergehen, die zum ersten Mal im Sommer 2020 unter dem Namen »Nord Württemberg Sturm« in Erscheinung trat. Der Zusammenschluss junger Neonazis inszenierte sich in Sozialen Medien als dynamische und aktionsfähige Kameradschaft. So trafen sich nach eigenen Angaben am 5. September 2020 etwa 30 Anhänger der Gruppe zu einer Wanderung in der Nähe von Satteldorf. Auf Instagram präsentierte der »Nord Württemberg Sturm« anschließend Fotos seiner fast ausschließlich männlichen Wandergruppe. Um Vernetzung mit Neonazis aus anderen Regionen und Bundesländern bemühte sich die Gruppe im Rahmen des Projektes »Junge Revolution« (JR).¹¹⁰ Als die Polizei am 18. Juli 2020 in Stützerbach (Ilm-Kreis/Thüringen) ein »Sportlager« der JR auflöste, wurden unter den Teilnehmenden auch fünf Männer aus Baden-Württemberg festgestellt – drei von ihnen stammten aus dem Landkreis Hohenlohe.¹¹¹ Auch das Video einer Aktion im Dezember 2020 wurde über die Kanäle der JR verbreitet. »Migration tötet« stand auf einem Transparent, mit dem mehrere Männer auf einem Parkdeck in Osterburken posierten. Im Januar 2021 durchsuchte die Polizei deshalb die Wohnungen von fünf Beschuldigten

108 Eintrag auf der Homepage der »Nationalisten Hohenlohe«, 21. März 2007.

109 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/1462, S. 11.

110 Die »Junge Revolution« (JR) ist ein Medien- und Vernetzungsprojekt innerhalb der rechtsextremen Szene. Als federführend gilt S. K., der früher in der Zwickauer Neonaziszene und bei der Partei »Der Dritte Weg« aktiv war und inzwischen in Thüringen lebt.

111 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/9929, S. 5.

im Hohenlohekreis, dem Landkreis Schwäbisch Hall und im Neckar-Odenwald-Kreis.¹¹² Die »Junge Revolution« reagierte prompt: »Wir machen weiter, wir lassen uns nicht einschüchtern! Die ganze JR steht ihren Kameraden im Süden bei!«¹¹³. Ob der »Nord Württemberg Sturm« als Struktur langfristig für Aufsehen sorgen wird, ist aber fraglich. In der Kameradschaftsszene ändern sich die Konstellationen schnell, wenn einzelne Personen ihren Aktivismus drosseln oder ganz aussteigen.

Auch wenn die Neonazis – wie im Kraichgau – nicht eine feste, die Jahre überdauernde Struktur formen, bleibt ihre Ideologie aber auch im Main-Tauber-Kreis und im Hohenlohekreis virulent. Das wurde nicht zuletzt durch eine Welle rassistisch motivierter Gewalt in den vergangenen Jahren deutlich. Dabei zerstörten z. B. Unbekannte in der Nacht zum 20. September 2015 mit einem Brandanschlag eine geplante Notunterkunft für Geflüchtete in einer Turnhalle in Wertheim-Reinhardshof¹¹⁴. Eine Container-Unterkunft für Geflüchtete in Assamstadt wurde zwischen dem 29. Dezember 2015 und dem 2. Januar 2016 mehrfach von Unbekannten angegriffen. Laut Polizei wurden dabei rassistische Parolen gerufen, Steine geworfen und ein Hakenkreuz geschmiert¹¹⁵. Auch islamische Einrichtungen wurden zum Ziel, als z. B. in der Nacht zum 4. Dezember 2016 auf dem Zaun vor der Öhringer Akşemseddin-Moschee ein Schweinskopf aufgespießt wurde. Und in der Nacht auf den 20. Januar 2017 zündeten zwei Neonazis in Neuenstein zwei noch unbewohnte Häuser an, in denen Geflüchtete untergebracht werden sollten. Ungeklärt blieb der Hintergrund eines Brandanschlags auf eine Geflüchtetenunterkunft in der Nacht zum 17. November 2016 in der Kirchgasse in Pfedelbach. Das Gebäude musste nach der Attacke abgerissen werden. Eine Ermittlungsgruppe des Landeskriminalamts löste sich ohne Ergebnisse auf¹¹⁶.

Einsame Wölfe

Nicht alle Neonazis streben allerdings danach, sich mit Gleichgesinnten in Kameradschaften zu organisieren.

Auch in der Region Heilbronn ziehen es einige vor, ihre Ideologie in einem individuellen Rahmen auszuleben. Teile der Sicherheitsbehörden und der Politik richten ihren Fokus zwar weiterhin auf feste Strukturen und Szenetreffpunkte. Spätestens seit dem Mord an dem hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke am 2. Juni 2019, dem rassistisch und antisemitisch motivierten Anschlag am 9. Oktober 2019 in Halle mit zwei Toten und dem rassistischen Anschlag am 19. Februar 2020 in Hanau mit zehn Toten wird aber auch intensiv auf die Gefahren hingewiesen, die von sogenannten »einsamen Wölfen« ausgehen können. Diese »lone wolves« werden »nicht mehr über die Zugehörigkeit zu einer festen Gruppe radikalisiert, sondern bewirken ihre Radikalisierung selbst, oft über Propaganda im Internet«¹¹⁷. Insbesondere die Täter von Halle und Hanau stehen für diesen Typus. Das Phänomen steht in Zusammenhang mit dem Konzept des »führerlosen Widerstands« (Leaderless Resistance), das unter extrem Rechten schon seit Jahrzehnten diskutiert wird¹¹⁸.

Insofern ist es bemerkenswert, dass im April 2016 in der Heilbronner Innenstadt diverse Hakenkreuz-Sprühereien und Sprühschablonen mit dem Spruch »Antifa must burn« auftauchten, die keiner Gruppierung zugeordnet werden konnten. Sie waren unterschrieben mit einer Signatur, mit der sich der Heilbronner Sprüher offensichtlich auf den 21-jährigen Südstaatler Dylann Roof bezog. Roof hatte am 17. Juni 2015 in der »Mother Emanuel AME Church« in Charleston (South Carolina, USA) neun Menschen erschossen, weil er sich ihnen als Weißer überlegen zu sein glaubte.

Zu denken gibt auch eine Hütte an einem idyllisch bewaldeten Hang in Stein am Kocher. Dort hat sich ein junger Neonazi-Skinhead eingerichtet – mit Deutschland-Fahnen an der Decke, einem Porträt von Adolf Hitler an der Wand und einer Reichskriegsflagge am Fahnenmast. »Terrorzelle 88« steht in dicken Lettern über der Eingangstüre. Auch wenn die Hütte bisher vor allem als Treffpunkt zum Alkoholkonsum diente, macht ihr Verwalter aus seiner Gesinnung kei-

112 Gemeinsame Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Mosbach und des Polizeipräsidiums Heilbronn, 28. Januar 2021.

113 Junge Revolution, Telegram-Eintrag vom 28. Januar 2021.

114 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/6559, S. 15.

115 Polizeipräsidium Heilbronn, Pressemitteilung vom 11. Januar 2016. Deutscher Bundestag Drucksache 18/9324, S. 4.

116 SWR: *Brandanschlag in Pfedelbach ungeklärt*, 5. Dezember 2017.

117 Frank Neubacher: *Kriminologie*, 3. Aufl. Baden-Baden 2017, S. 22.

118 Vgl. Florian Hartleb: *Der Einsame-Wolf-Terrorist. Eine neue Herausforderung für die innere Sicherheit*, Die Kriminalpolizei 1/2013, S. 6.

nen Hehl: auf Facebook bewirbt er das Album »Mein Leib in Heimat Erde« der Neonazi-Band »Sturmrebell« mit Titeln wie »Die letzten Krieger« und »Deutscher Soldat«. Auch seinem Wochenenddomizil hat er einen passenden Namen gegeben: »Terrorzelle Stein am Kocher«.

Auch J. L. pflegt seine neonazistische Gesinnung in einem abgeschotteten privaten Bereich. »Reichsschutzgebiet« nennt der ehemalige Seemann sein Gartengrundstück im Raum Heilbronn, auf dem er die schwarz-weiß-rote Fahne hisst. Auf Facebook zeigt sich der Tätowierer als Bewunderer von Adolf Hitler und der Wehrmacht. »Deutschland ist ein Land im ewigen Krieg, wir müssen kämpfen«, teilt L. im Oktober 2018 mit¹¹⁹. Auf einem Foto legt er sich in Tarnkleidung mit ausgestreckten Mittelfingern in eine selbst ausgehobene Grube und kommentiert: »Zur Probe liebe Grüße an alle Deutschland Verräter«¹²⁰ (Schreibweise im Original).

Andere extrem rechte Einzelpersonen aus der Region suchten in der Vergangenheit Anschluss an groß anmutende, geheimbündlerische Organisationen wie den rassistischen »Ku-Klux-Klan«¹²¹. So fand die Polizei am 15. November 2012 in der Wohnung des heute 46-jährigen M. S. in Löwenstein mehrere Schreckschusswaffen, einen Schlagring und drei mit Schwarzpulver gefüllte zylinderförmige, feste Körper mit Zündschnur. Die Beamt*innen stießen außerdem auf eine Mitgliedsurkunde und eine veraltete »Membership Card« der »International Knights of the Ku Klux Klan«, die ihm den Rang eines einfachen »Klansman« zuwies. Auch ein Liederbuch der Hitler-Jugend und eine Hakenkreuzflagge bewahrte S. in seiner Wohnung auf.

Nach eigenen Angaben war der Löwensteiner durch seinen in Massachusetts (USA) geborenen Onkel P. E. zum rassistischen Klan gekommen¹²². Der heute 69-jährige E. wohnte zunächst in Möckmühl und später in Widdern und war seit den 1990er Jahren als »Grand Dragon« Chef

der »International Knights of the Ku Klux Klan«, die an die »Vorherrschaft der weißen Rasse« glaubten. Es ist aber nicht bekannt, dass die Kapuzenträger im Raum Heilbronn abgesehen von internen Schulungen und Feiern oder Kreuzverbrennungen Aktivitäten entfalteten oder eine bedeutende Rolle in der Szene spielten.¹²³

Wie gefährlich nicht-organisierte extrem Rechte werden können, zeigte sich am Abend des 21. August 2016 in der Heilbronner Innenstadt. Am Marra-Haus griff der damals 48-jährige M. K. einen türkeistämmigen Familienvater mit einem Klappmesser an und versuchte diesen an Kopf und Hals zu treffen. Dabei rief er rassistische Parolen. Der Attackierte wurde an der Hand verletzt, als er die Stiche abwehrte. Nach der Tat prahlte K. in einer Gaststätte in der Heilbronner Gerberstraße damit »fast einen Türken abgestochen zu haben«¹²⁴. Seine Gesinnung stellt K. auf seiner Haut zur Schau.

Neben einer Wolfsangel¹²⁵ und einem Reichsadler trägt er die Germanische Leistungsrune der Waffen-SS und die Abbildung eines Wehrmachtssoldaten als Tätowierung. Bei Facebook hat er mehrere NPD-Seiten und andere extrem rechte Initiativen mit einem »Gefällt mir« markiert. Ein halbes Jahr vor dem Messerangriff am Marra-Haus schrieb K.: »Wo ist nur der Deutsche Stolz von einst sind



Links: Die Wolfsangel ist eine in der rechten Szene häufig verwendete Rune. Rechts: Die Germanische Leistungsrune besteht aus einem Hakenkreuz und der doppelten Sig-Rune. Die Leistungsrune steht nach § 86a StGB unter Strafe, ebenso die Wolfsangel, wenn sie in einem extrem rechten Zusammenhang verwendet wird. (Foto: Luftfahrtmuseum Wien; wikimedia Creative Commons 3.0)

119 Eintrag auf der Facebook-Seite von »J. L.«, 29. Oktober 2018.

120 Eintrag auf der Facebook-Seite von »J. L.«, 29. Oktober 2018.

121 Der »Ku-Klux-Klan« (KKK) wurde erstmals nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs 1865 in den USA ins Leben gerufen. Sein Kerngedanke ist die vermeintliche »Überlegenheit der weißen Rasse«. Der KKK ist rassistisch, antisemitisch, anti-katholisch und betrachtet Gewalt und Terror als legitime Mittel. Betroffen davon sind insbesondere Menschen schwarzer Hautfarbe.

122 Landtag von Baden-Württemberg, Untersuchungsausschuss »Rechtsterrorismus/NSU BW«, Protokoll der 25. Sitzung am 24. Juli 2015, S. 118.

123 Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/5250, S. 979 f.

124 Adrian Hoffmann: *Fremdenhass Motiv für Messer-Attacke?*, Heilbronner Stimme, 24. August 2016.

125 Bei der Wolfsangel handelt es sich ursprünglich um ein Jagdgerät aus dem Mittelalter. In extrem rechten Kreisen wird sie als Symbol für Wehrhaftigkeit verwendet. Im Zusammenhang mit der extremen Rechten ist das Symbol strafbar. Die Verwendung in Stadt- oder Vereinswappen ist hingegen straffrei.

denn alle so Blind oder was keine Ahnung was los ist es macht mich nur noch Traurig aber wenn ihr alle noch zu-frieden seit dann noch viel Spaß ihr Helden haha danke Angelika...«¹²⁶ (Schreibweise im Original). Ende Juni 2017 wurde der Messerstecher, der bei der Tat unter Alkohol- und Drogeneinfluss stand, u. a. wegen versuchtem Tot-schlag zu einer fünfjährigen Haftstrafe mit anschließen-der Sicherungsverwahrung verurteilt.¹²⁷

Für Betroffene rechter Gewalt können solche Angriffe langwierige psychische, körperliche und auch finanzielle Folgen verursachen. Rassistische, antisemitische und auch andere Gewalt mit menschenfeindlichem Hintergrund fun-giert außerdem als Botschaftstat. Nicht die oder der An-gegriffene als Person steht im Fokus des Täters oder der Täterin, sondern die oder der Angegriffene als (vermeint-liche*r) Angehörige*r einer Gruppe. Damit hat der Angriff Auswirkungen auf alle Gruppenangehörigen und zielt auf ein Klima der Einschüchterung und Angst.

Umso schwerer wiegt, dass Teile der Heilbronner Poli-zei dieses Spektrum in der Vergangenheit offenbar nicht ernst nahmen. So kritisiert der erste NSU-Untersu-chungsausschuss im baden-württembergischen Landtag in seinem Abschlussbericht, dass Beamt*innen des Heil-bronner Staatsschutzes »rechtsextremistische Tenden-zen in Heilbronn verharmlost haben«¹²⁸. Von einer »nicht akzeptablen Art der Relativierung rechtsextremistischer Tendenzen« ist einige Zeilen weiter zu lesen¹²⁹. Unter anderem hatte K. B., der Staatsschutz-Leiter der Heil-bronner Kriminalpolizei, über einen Brandanschlag auf ein CDU-Gebäude in Heilbronn im Jahr 2008 berichtet: »Das waren auch Personen, die – möchte ich mal sagen – mit-unter auch rechtes Gedankengut in sich tragen und aus dem Alkoholrausch heraus wohl spontan den Entschluss gefasst haben, dorthin zu gehen, um was anzuzünden«¹³⁰. Der damalige Brandstifter C. S. macht jedoch bis heute aus seiner Gesinnung keinen Hehl. Er trägt die »Wolfsan-

gel« als Tätowierung auf dem rechten Unterarm und sym-pathisiert in sozialen Netzwerken mit der NPD und Face-book-Seiten wie dem »Widerstand Deutsches Reich«. Im Gefängnis ließ sich S. von der inzwischen verbotenen Neonazi-Organisation »Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige« (HNG) be-treuen. In einem Brief an die HNG schrieb der Heilbronner, er werde von diesem »von Parasiten verseuchten System das sich brd nennt« seiner Freiheit beraubt und signierte »mit volkstreuen Grüßen«¹³¹ (Schreibweise im Original).

Der NSU-Untersuchungsausschussbericht nennt auch ein weiteres Beispiel für die Verharmlosung extrem rechter Tendenzen durch den Heilbronner Staatsschüt-zer. So hatte der Kriminalhauptkommissar im Landtag geäußert, in Heilbronn gebe es keine extrem rechte Sze-ne, sondern nur Personen aus dem »rechtspopulisti-schen Spektrum«. Als Beispiel ging er auf ein Foto ein, auf dem mehrere alkoholisierte Personen in Heilbronn vor einer Hakenkreuzfahne posierten¹³². Die Empörung des Ausschusses über einen anderen Staatsschutzpoli-zisten war beinahe noch größer. Der Beamte hatte dem Gremium derart einsilbige Antworten über die extrem rechte Szene gegeben, dass sich Abgeordnete anschlie-ßend über das »Gebaren« des Mannes beschwerten und befürchteten, durch den öffentlichen Auftritt des Heil-bronnens könnte »die polizeiliche Arbeit in Baden-Würt-temberg insgesamt diskreditiert werden«.¹³³

Diesen Verfehlungen steht allerdings die Arbeit vieler engagierter Polizist*innen gegenüber, die ihren Teil zur Verhinderung und Verfolgung rechter Gewalttaten bei-tragen möchten. In einer Zeit, in der Neonazis und extre-me Rechte sich neu formieren, sind sie dabei ebenso wie die Zivilgesellschaft auf sachliche Analysen angewiesen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die neona-zistische Szene vor allem in den 1990er und 2000er Jah-ren in der Region Heilbronn für baden-württembergische

126 Eintrag auf der Facebook-Seite von »M. K. «, 21. Februar 2016.

127 SWR: Urteil vor dem Landgericht Heilbronn. Mit Messer auf Hundebesitzer los, SWR online, 1. Juli 2017.

128 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/8000, S. 951.

129 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/8000, S. 952.

130 Landtag von Baden-Württemberg, Untersuchungsausschuss »Rechtsterrorismus/NSU BW«, Protokoll der 15. Sitzung am 13. April 2015, S. 111.

131 HNG-Nachrichten Nr. 321, S. 9. In einem anderen Brief dankte S. der HNG für den »guten Kontakt mit Kameraden, außerhalb von ZOG's Mauern« [ZOG steht für »Zionist Occupied Government« und ist eine Chiffre für die antisemitische Verschwörungsideologie einer Weltregierung] und schrieb, »alle hier in Heilbronn ein-sitzenden Kameraden« würden der HNG »ein erfolgreiches Kampfsjahr« wünschen. Siehe HNG-Nachrichten Nr. 324, S. 7.

132 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/8000, S. 951.

133 Sven Ullenbruch: Streit um Heilbronns rechte Szene, Stuttgarter Nachrichten, 11. Februar 2016.

Verhältnisse sehr aktiv und bundesweit vernetzt war. Sie fiel durch Demonstrationen, Konzerte, Feiern, aber auch mit gewaltsamen Übergriffen auf. Ab den 2010er Jahren ist jedoch ein schrittweiser Rückgang der Aktivitäten zu verzeichnen. Auch das Aufkommen der Fluchtthematik ab 2015 konnte die Szene nicht für sich nutzen. Stattdessen hat sich ein neues rechtes Milieu etabliert, welches sich zu großen Teilen ausdrücklich nicht auf den historischen Nationalsozialismus bezieht. Gleichwohl werden in diesem Spektrum von Wutbürgerinnen und Wutbürgern rassistische, antifeministische und antidemokratische Ideen vertreten, die auch Neonazis den Anschluss ermöglichen.

Wütende BürgerInnen: Zwischen Facebook und der Straße

Im Oktober 2014 begann ein neues Kapitel in der Geschichte rechter Mobilisierungen in der Bundesrepublik. Mit den »Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) betrat in Dresden eine Gruppierung die Bühne, an deren Kundgebungen sich im Laufe der folgenden Jahre bis zu 15.000 Menschen beteiligten. Die gegen die deutsche Asylpolitik gerichteten Aktionen wurden zum Synonym für die Zusammenarbeit von verunsicherten und verärgerten Bürger*innen und AkteurInnen der extremen Rechten. Auch eine andere rechte Aktionsgruppe, die »Hooligans gegen Salafismus« (HoGeSa), machte in den vergangenen Jahren auf der Straße von sich reden. Am 26. Oktober 2014 kam es bei einem HoGeSa-Aufmarsch in Köln zu Randalen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. Für mediales Aufsehen sorgten vor allem Demonstrationen im August und September 2018 nach einer tödlichen Messerattacke auf einen Mann in Chemnitz. Dort gingen bislang unpolitische Bürger*innen gemeinsam mit rechten Hooligans, Neonazis und Teilen der AfD auf die Straße. Trotz dieser rechten Mobilisierungserfolge und obwohl die Strahlkraft von Pegida bis in den Süden reichte, kam diese rechte Mobilisierungswelle in der Region Heilbronn bisher nur vereinzelt an. Es gibt allerdings immer wieder Bemühungen, das zu ändern. Diese Bemühungen, einen breiten rechten Straßenaktivismus in der Region Heilbronn zu etablieren, sollen im Folgenden geschildert werden. Eine besondere Berücksichtigung findet dabei auch die Rolle der Vernetzung über Soziale Medien.

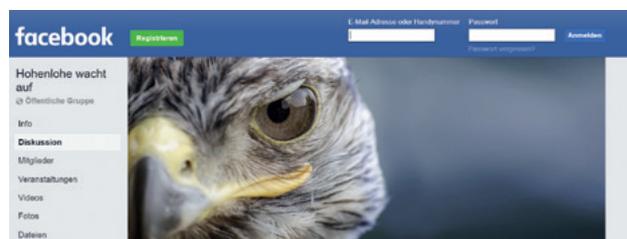
»Hohenlohe wacht auf«: Extrem rechtes Sammelbecken in Öhringen

»Öhringen – das gallische Dorf im Südwesten« titelte das bundesweit bekannte islamfeindliche Blog »Politically Incorrect« (PI-News) im November 2015. Die Stadt im Hohenlohekreis leistete »heftigen Widerstand« gegen den »Willkommens-Wahn«¹³⁴. Tatsächlich sorgte Öhringen im Herbst 2015 mit einer Serie von Kundgebungen

für Aufsehen, die bis ins Jahr 2019 andauerte – auch wenn nur ein kleiner verschworener Kreis übrig blieb.

Kundgebungen gegen die angebliche »Flüchtlingsinvasion«

Den Auftakt bildete ein Aufruf der Facebook-Seite »Gegen die deutsche Asylpolitik Öhringen und Hohenlohe«, die wenig später in »Hohenlohe wacht auf« umbenannt wurde. Darin hieß es: »Eltern haben mittlerweile Angst um ihre Kinder, weil es immer wieder zu Vorfällen kommt, über welche die Medien aber nicht berichten dürfen aus Angst, es könnte zu Ausschreitungen kommen!«. Außerdem wurde behauptet: »Ladendiebstähle, Einbrüche, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Körperverletzungen sind doch schon an der Tagesordnung. Unsere Polizei ist schon längst mit der Situation restlos überfordert«¹³⁵. Zu einer nicht angemeldeten Kundgebung am 10. Oktober 2015 erschienen daraufhin etwa 100 Menschen auf dem Öhringer Marktplatz. An die Bundeskanzlerin gerichtet stand auf einem Schild: »Frau Merkel, Deutschland ist nicht ihr Land. Es gehört den Deutschen«. »Stopp! Keine Flüchtlingsheime an Kindereinrichtungen«, forderte eine junge Frau auf ihrem Banner. Vier Wochen später waren es mehr als 300 Personen, die sich zum »Bürgerprotest« an der Alten Turnhalle versammelten.



Facebook-Seite »Hohenlohe wacht auf«.
(Screenshot: Facebook, 27.07.2020)

134 Eintrag auf dem Blog »Politically Incorrect«: »Öhringen – das gallische Dorf im Südwesten«, 18. November 2015.

135 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Gegen die deutsche Asylpolitik Öhringen und Hohenlohe« vom 10. Oktober 2015.

Obwohl der »Orga-Kreis« von »Hohenlohe wacht auf« auf Flyern behauptete, von »radikalen Gruppierungen« Abstand zu halten, war die Initiative von Anfang an mit der extrem rechten Szene vernetzt. Bereits in ihrer Gründungsphase verbreitete die Gruppe Videos mit rassistischem, antisemitischem oder geschichtsrevisionistischem Inhalt, etwa über die angebliche »verbotene Wahrheit über den 2. Weltkrieg!«¹³⁶ sowie solche des NPD-nahen Liedermachers Frank Rennicke¹³⁷ oder des NPD-Politikers Udo Pastörs¹³⁸.

Die Kundgebungen wurden von der gesamten extrem rechten Szene in der Region mit Begeisterung aufgenommen. So beteiligten sich VertreterInnen der NPD/JN mehrfach an den Aktionen, darunter der Heilbronner NPD-Kreisvorsitzende Matthias Brodbeck und sein Parteikamerad F. E. aus Eppingen. Auch Michael Dangel aus Heilbronn erschien in Öhringen und rief im Internet zur Unterstützung auf. Mit dem ehemaligen JN-Aktivisten M. G. war am 7. November 2015 außerdem ein rechter Burschenschafter anwesend, der später als Mitarbeiter von zwei AfD-Abgeordneten im Landtag arbeitete. Dazu gesellten sich Mitglieder der »Kameradschaft Main-Tauber« und Personen aus dem Rocker- und Hooliganmilieu.

Als RednerInnen traten zum einen Teilnehmende aus der Region ans Mikrofon. Sie empörten sich in oftmals improvisiert wirkenden Beiträgen über eine angebliche »Flüchtlingsinvasion«.

Zum anderen ergriffen ideologisch gefestigte RednerInnen das Wort. So beklagte der unter seinem Pseudonym »Michael Mannheimer« bekannte Islamhasser Karl-Michael Merkle aus Heilbronn in seiner Rede am 14. November 2015 einen »Völkermord an uns Deutschen«. »Merkel und das politische System muss weg, wir werden die Macht erobern!« rief Merkle der Menge entgegen¹³⁹. Der Heilbronner H.-J. Sch. versuchte, dem Öhringer Protest eine nationalrevolutionäre Note zu verleihen und prangerte die »soziale Schiefelage« an. Die »Profiteu-

re der Völkerwanderung« säßen in den »Chefetagen der bunten Republik, die kein Deutschland mehr wollen und die die Deutschen als überflüssig erachten«. Auch wenn Sch. gegen »Spekulanten« und Banken wettete, war er sich mit den anderen TeilnehmerInnen einig: Die »Invasion Kontinent-fremder Menschen nach Deutschland« müsse beendet werden.

Schon vor 25 Jahren hing Sch. solchen Thesen an. Damals verbreitete er in Heilbronn das mit Schreibmaschine selbst hergestellte Blättchen »Die Lupe«. Darin wurde bereits 1993 gegen »algerisches Diebsgesindel« gehetzt und festgestellt: »Neunmalkluger behaupten, Deutschland sei längst Einwanderungsland. Denen sei gesagt, daß nicht alles so bleiben muß, wie es ist«¹⁴⁰. Sch. blieb seiner Gesinnung stets treu: im Oktober 2004 wohnte er der Gründungsveranstaltung des extrem rechten »Nationalen Bündnis Heilbronn« (NBH) als Gast bei.

Mit dem »Bund für Gotterkenntnis« für »freie Völker«

Bei den Kundgebungen in Öhringen trat auch ein Verein in Erscheinung, der das Licht der Öffentlichkeit ansonsten scheut: der »Bund für Gotterkenntnis« (BfG). Die AnhängerInnen des völkisch-antisemitischen Bundes orientieren sich an der Philosophie von Mathilde Ludendorff¹⁴¹. Dazu gehört auch die Vorstellung, dass eine »Rassenmischung« unvermeidlich zum »Volkstod« führe. Im Weiler Herboldshausen bei Kirchberg an der Jagst verfügt der BfG seit 1972 über einen umgebauten ehemaligen Bauernhof. Dort, im »Jugendheim Hohenlohe«, finden immer wieder interne Wochenendtagungen, Feiern und Ferienlager statt. So lud der Bund z. B. zur »Herbstkulturtagung« vom 30. September bis zum 2. Oktober 2016 nach Herboldshausen. Zweimal jährlich führen die Ludendorff-AnhängerInnen zudem Sommer- bzw. Wintersonnwendfeiern in Herboldshausen durch, z. B. am 23. Juni 2018 und am 8. Dezember 2018¹⁴².

136 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Gegen die deutsche Asylpolitik Öhringen und Hohenlohe« vom 11. Oktober 2015.

137 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Gegen die deutsche Asylpolitik Öhringen und Hohenlohe« vom 10. Oktober 2015.

138 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Gegen die deutsche Asylpolitik Öhringen und Hohenlohe« vom 14. Oktober 2015.

139 Youtube-Kanal »Radix«: *Öhringen, Michael Mannheimer*, 14.11.15, 17. November 2015.

140 Flugblatt »Die Lupe«, Nr. 1, Juni 1993, S. 2.

141 Mathilde Ludendorff (1877-1966) war die Ehefrau des Generals Erich Ludendorff, der 1923 am Hitler-Putsch beteiligt gewesen war.

142 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/6347, S. 5.

Bei den Kundgebungen von »Hohenlohe wacht auf« nahm die Ingelfinger BfG-Aktivistin Sonnhild Sawallisch zeitweise die Rolle der Moderatorin ein. Ihre Eltern fungierten schon 2002 als Ansprechpersonen der Behörden für die Belange der Ludendorffer-Tagungsstätte in Herboldshausen¹⁴³.

In ihrer ersten Rede in Öhringen am 21. November 2015 forderte Sonnhild Sawallisch, man müsse auch den Zugewanderten klar machen, dass »sie nicht die Gewinner sind, sondern, dass sie auch die Verlierer sind«. Sie machte den Kerngedanken des völkischen Denkens deutlich: »Denn wir wollen freie Völker und selbständige Völker, die in ihrer jeweiligen Heimat friedlich und selbstbestimmt leben können und keine Sklaven der Konzerne, der Gewerkschaften und der Hochfinanz«¹⁴⁴. Bereits am 15. September 2015 hatte Sawallisch in einem »Offenen Brief« kundgetan: »Das Überleben unseres Volkes als Deutsche und auch das Überleben der anderen europäischen Völker in ihrer jeweiligen Art steht auf dem Spiel. Die Erhaltung jeden Volkes schließt ein, daß jedes Volk einen Raum braucht, indem es sich entfalten und als Gruppe leben kann«¹⁴⁵ (Schreibweise im Original). Hier klingt die »Blut und Boden«-Ideologie des Nationalsozialismus an. Sie basiert auf der Vorstellung, dass jedes Volk¹⁴⁶ über eine vermeintlich eindeutige Abstammung mit einem dazugehörigen »natürlichen« Siedlungsgebiet verbunden ist. Mit dieser Einheit einher gehe dabei auch eine von der »Natur« bestimmte körperliche, geistige, seelische und mentale Prägung der Individuen eines Volkes. Diese Art der Verbindung von einem Volk und seinem angestammten »Lebensraum« stelle dabei die Grundlage für einen »gesunden Staat« dar¹⁴⁷.

Spaltungsprodukt: »Baden-Württemberg wacht auf«

Schon im Februar 2016 kam es allerdings zu Spaltungsprozessen bei »Hohenlohe wacht auf«. Ein Teil der Gruppe scherte aus und veranstaltete unter dem Motto »Widerstand Baden-Württemberg« Kundgebungen in Künzelsau am 13. Februar 2016 und am 27. Februar 2016. Die Abtrünnigen rüsteten verbal auf. So verkündete der »Widerstand Baden-Württemberg« nach den islamistischen Terroranschlägen in Brüssel am 22. März 2016 bei Facebook: »Keiner tut was; die Demos an sich bringen nichts mehr!!! Es müssen alle auf die Straße aber nicht zum friedlichen Demonstrieren sondern zur Revolution!!!!«¹⁴⁸ (Schreibweise im Original). Der Versuch dieses Personenkreises, sich im Herbst 2016 in einem Heilbronner Ableger des extrem rechten »Bündnis Deutscher Patrioten« (BDP) zu sammeln, verlief jedoch im Sande.

Auch Sonnhild Sawallisch zog sich von »Hohenlohe wacht auf« zurück. Stattdessen trat sie im März und im Juli 2016 als Gastrednerin bei »Pegida Nürnberg« auf. Sie zeichnete zudem für die Initiative »Baden-Württemberg wacht auf« verantwortlich. Als Impressum der Gruppe wurde im Internet das Postfach von Sawallisch in Ingelfingen angegeben¹⁴⁹. In einer Resolution von »Baden-Württemberg wacht auf« hieß es: »Integration in dem Sinne, dass aus Ausländern Deutsche werden sollen, ist Völkermord an beiden Völkern«¹⁵⁰. Die Facebook-Seite wies sich als Unterstützerin der extrem rechten Vernetzungsplattform »Ein Prozent« aus und verbreitete Beiträge der NPD und des rechten AfD-Flügels. Im Oktober 2018 präsentierte »Baden-Württemberg wacht auf« Fotos des Heilbronner NPD-Kreisvorsitzenden Matthias Brodbeck beim Verteilen von Flyern. Man habe in Öhringen und Ingelfingen »um die 1000 Flugblätter« verteilt, hieß es dazu¹⁵¹. Heute ist Sonnhild Sawallisch Geschäftsführerin des rechten »Lühe-Verlags«, der auch Bücher der Ludendorff-Anhänger vertreibt.

143 Ralf Garmatter: *Bund für Gotterkenntnis – Baueinstellung vom Tisch*, in: Hohenloher Tagblatt, 12. Dezember 2002.

144 Youtube-Kanal »Unsere Heimat«: *Demonstration gegen die Asylpolitik 21.11.2015*, 21. November 2015.

145 Sonnhild Sawallisch: *Offener Brief vom 15. September 2015*, S. 8.

146 Zur Zeit des Nationalsozialismus wurde in diesem Zusammenhang vorrangig der Rassebegriff verwendet, welcher hier aber aus rassismuskritischen Überlegungen heraus und, weil er heute auch in Teilen der extremen Rechten durch den Volksbegriff ersetzt wird, vermieden wird.

147 Siehe den Eintrag »Blut und Boden« im Glossar auf der Homepage der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

148 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Widerstand Baden-Württemberg« vom 22. März 2016.

149 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Baden-Württemberg wacht auf«, Facebook-Impressum (Letzter Aufruf am 31. März 2016).

150 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Baden-Württemberg wacht auf«, Resolution Dezember 2016 (Letzter Aufruf am 19. Februar 2019).

151 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Baden-Württemberg wacht auf« vom 13. Oktober 2018.

Neuensteiner Brandstifter mit Maschinenpistolen

Eine weitere Abspaltung hatte sich schon im Laufe des Jahres 2016 vollzogen. Eine Clique militanter Neonazikapselte sich von »Hohenlohe wacht auf« ab. Im kleinen Kreis trafen sie sich zu eigenen Partys, planten Aktionen und fuhren gemeinsam zu Rechtsrock-Konzerten. In der Nacht auf den 20. Januar 2017 beschlossen zwei der Neonazis, der damals 33-jährige Mechaniker W. K. und der 24-jährige Lagerarbeiter S. D., ihre Ideologie in die Tat umzusetzen. In der Bahnhofstraße in Neuenstein setzten sie das Dämm-Material an der rückseitigen Außenfassade von zwei Häusern in Brand. Die Rohbauten, in die erst kurz zuvor Fenster eingebaut worden waren, waren als Unterkünfte für Geflüchtete geplant.¹⁵² Ein am Brandort vergessenes Handy führte das Ermittlungsteam bereits am nächsten Tag zu den Tätern: das Mobiltelefon gehörte dem dreifachen Familienvater K. aus Neuenstein. Der räumte die Tat ein und nannte der Polizei seinen jüngeren Mittäter. Im Prozess vor dem Heilbronner Landgericht erklärten die Männer, sie hätten mit dem Brandanschlag verhindern wollen, dass Geflüchtete nach Neuenstein kommen.

Ein Motiv, das die Täter zuvor auch bei den asylfeindlichen Kundgebungen von »Hohenlohe wacht auf« verfolgt hatten. Beide hatten zeitweise zu deren Organisationskreis gehört. W. K. war schon bei den ersten Versammlungen in Öhringen als Ordner aufgetreten. Demonstrationserfahrung hatte er bereits zehn Jahre vorher gesammelt. Fotos zeigen ihn z. B. als Skinhead mit dunkelblauer Bomberjacke bei einem Neonaziaufmarsch in Schwäbisch Hall im April 2005.

Die Ermittlungen der Polizei brachten außerdem zu Tage, dass sich W. K. und S. D. mit Waffen eingedeckt hatten. Bei Durchsuchungen stieß die Kriminalpolizei neben NS-Devotionalien u. a. auf einen Vorderlader, zwei zu scharfen Waffen umgebaute Deko-Maschinenpistolen vom Typ Skorpion 61 Browning und zwei Kisten mit Revolvern, Gewehren, einem Schalldämpfer, einem Laser-Zielgerät und mehr als 1.500 Schuss Munition. Die beiden Neonazis wurden deshalb am 7. November 2017 nicht nur wegen der Brandstiftung in Neuenstein, sondern auch wegen Verstoßes gegen das Waffen- bzw. Kriegswaf-

fengesetz zu Freiheitsstrafen von vier Jahren und zehn Monaten bzw. vier Jahren und sieben Monaten verurteilt. Bereits im Juli 2017 waren in einem gesonderten Verfahren ein 38-jähriger und ein 29-jähriger Mittäter vom Öhringer Amtsgericht wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt worden. Sie hatten sich am Umbau der Skorpion-Maschinenpistolen beteiligt, die später beim Brandstifter W. K. gefunden wurden¹⁵³.

Verhindern konnten die Hohenloher Neonazis den Einzug von Geflüchteten in die Neuensteiner Bahnhofstraße allerdings nicht. Anfang Oktober 2017 wurde die dortige Gemeinschaftsunterkunft offiziell eingeweiht.

Hohenloher Kleingruppe vernetzt sich weiter

Trotz der verschiedenen Abspaltungen setzt die Gruppe »Hohenlohe wacht auf« ihre Aktivitäten weiter fort. Die Kundgebungen in Öhringen hatten sich jedoch schon im Jahr 2016 zu einem Stelldichein der immer gleichen 10-15 Personen entwickelt. Auch für Protestaktionen ließen sich nur noch wenige AnhängerInnen mobilisieren – z. B. beim Besuch der Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Klausurtagung der Landes-CDU im Kloster Schöntal am 21. Januar 2017.

Die übriggebliebenen Gruppenmitglieder suchen seitdem verstärkt die Vernetzung mit anderen Initiativen und beteiligen sich an Aktionen im gesamten Bundesgebiet. So nahm eine Delegation von »Hohenlohe wacht auf« um die Aktivistin H. F. aus Kupferzell bereits am 12. November 2016 an einem Aufmarsch von Neonazis in Remagen teil. Am 18. August 2018 demonstrierte sie mit dem extrem rechten »Bürgerbündnis Franken« in Nürnberg. Auch bei Demonstrationen rechter Gruppen in Kandel waren Personen von »Hohenlohe wacht auf« mit von der Partie, z. B. am 6. Oktober 2018. Am 15. Februar 2020 beteiligte sich F. mit weiteren Gleichgesinnten aus Hohenlohe an einer Neonazidemonstration in Dresden. In Heilbronn tauchten Mitglieder der Gruppe bei Stammtischen der extrem rechten Initiative WIR auf.

Anknüpfungspunkt für die bundesweite Vernetzung ist dabei auch das Projekt »Die Leine des Grauens«. Dabei handelt es sich um eine Installation, bei der an einer lan-

.....

152 Polizeipräsidium Heilbronn, Pressemitteilung vom 20. Januar 2017.

153 SWR: Urteil in Öhringer Gerichtsprozess: Kleinmaschinenpistolen gebastelt, SWR online, 27. Juli 2017.

gen Wäscheleine Hunderte Zettel mit Texten über vermeintliche oder tatsächliche Gewalttaten von Migranten präsentiert werden. Hinter der Aktion steckt R. E. V. aus Schwäbisch Hall. Der 55-Jährige war bei den Kundgebungen von »Hohenlohe wacht auf« regelmäßig als Redner aufgetreten und reist mittlerweile mit der »Leine des Grauens« durch Deutschland. V. ist davon überzeugt, sich in »einer Art asymmetrischen Bürgerkrieg«¹⁵⁴ zwischen der politischen Elite und den angeblich durch sie nach Deutschland gebrachten Migrant*innen auf der einen Seite und der einheimischen deutschen Bevölkerung auf der anderen Seite zu befinden. Am 19. Januar 2019 trat er – unterstützt von H. F. – vor dem Bundeskanzleramt in Berlin auf. Dort sprach er bei einer Kundgebung zu Gleichgesinnten: »Was glaubt ihr, was würden unsere Ahnen über uns sagen, die für uns gekämpft haben, die für uns ihr Blut vergossen, die für unsere Zukunft gestorben sind? Was würden sie über die Opfer in diesem neuen Krieg denken?«. Zum Abschluss grölte V.: »Lasst uns dafür kämpfen, dass Deutschland wieder Deutschland wird!«. An seiner Seite stand der als »Volkslehrer« bekannt gewordene extrem rechte YouTuber Nikolai Nerling, der auch selbst das Wort ergriff¹⁵⁵. Im Anschluss an die Aktion der »Leine des Grauens« lud Nerling zu einer eigenen Kundgebung nur wenige hundert Meter weiter ein. Die Redner dort: Gerhard Ittner und Bernhard Schaub, zwei bekennende Holocaustleugner.

Auch die »Hohenlohe wacht auf«-Protagonistin H. F. verspürt keinerlei Abgrenzungsbedürfnis zur Neonaziszene. Bei einer Kundgebung in Öhringen am 18. Mai 2019 kündigte sie öffentlich an, bei der Europawahl die Neonazi-Partei »Die Rechte« zu wählen, die als Spitzenkandidatin die inhaftierte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck aufgestellt hatte. »Freiheit für Ursula!« rief daraufhin ein Kundgebungsteilnehmer¹⁵⁶.

Virtuelle Protestkultur in Heilbronn

Während sich in Öhringen die migrationsfeindliche Initiative »Hohenlohe wacht auf« verankern konnte, blieben vergleichbare Phänomene in Heilbronn weitgehend aus.

Zumindest auf der Straße. Im Internet vernetzen sich jedoch zahlreiche Personen aus der Region. Sie verbreiten Inhalte, in denen Geflüchtete – aber auch Migrant*innen allgemein und Muslim*innen im Besonderen – als Sicherheitsrisiko und Feindbild auftauchen. Eine apokalyptische Stimmung wird heraufbeschworen und daraus die Vorstellung abgeleitet, sich als Deutsche endlich zur Wehr setzen zu müssen – auf Demonstrationen auf der Straße und darüber hinaus.

Michael Mannheimer: »Greift zu den Waffen, wenn es keine anderen Mittel gibt!«

Ein bekannter Vertreter solcher Gedanken ist der Heilbronner Karl-Michael Merkle, der unter dem Pseudonym »Michael Mannheimer« agiert. In der Vergangenheit trat Merkle in Baden-Württemberg und bundesweit bei zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen als Redner auf. So beklagte er z. B. bei einer Kundgebung des Berliner Pegida-Ablegers »Bärgida« am 7. Dezember 2015 eine »Merkelsche Unterdrückerrepublik« und forderte eine »zweijährige Volksdiktatur«¹⁵⁷. Das »Verbot des Islam« und ein »Asylverbot für alle Muslime« forderte Merkle als Redner einer Pegida-Demonstration in Köln am 9. Januar 2016¹⁵⁸.

Seit etwa drei Jahren konzentriert sich Merkle allerdings auf den Betrieb seines Blogs, auf dem er nahezu täglich Beiträge veröffentlicht. Diese werden regelmäßig von zahlreichen Einzelpersonen und Initiativen über soziale Medien verbreitet.

Bereits im April 2011 veröffentlichte Merkle einen »Aufruf zum allgemeinen Widerstand des deutschen Volkes gemäß Art. 20 Abs.4 GG«. Darin behauptete er: »In Deutschland und dem übrigen Europa arbeiten Muslime seit Jahrzehnten beharrlich und mit immer größerem Erfolg an der Übernahme unseres Kontinents«. Das »gesamte deutsche Establishment« kollaboriere mit dem Islam, hieß es darin weiter. Da die »Ent-Ethnisierung der deutschen Bevölkerung« bereits im Gange sei, forderte Merkle: »Organisiert Euch! Erhebt euch von euren Sofas!

154 Youtube-Kanal »DerNuernbergerHerold«: 19.01.2019 - *Die komplette Leine des Grauens vor dem Kanzleramt in Berlin*, 21. Januar 2019.

155 Ebd.

156 Youtube-Kanal »Hohenlohe-Wacht-Auf Oehringen«: *Kein Vertrauen zu Meuthen*, 2019 - 18. Mai, 18. Mai 2019.

157 Youtube-Kanal »Jüdisches Forum«: *„Michael Mannheimer“ bei Bärgida-Aufmarsch in Berlin*, 9. Dezember 2015.

158 Youtube-Kanal »Andreas Hirsch«: *Merkel muss weg Rede „Pegida Köln 09.01.2016“* Rede, 9. Januar 2016.

Geht auf die Straßen! Greift zu den Waffen, wenn es keine anderen Mittel gibt!«. ¹⁵⁹

Sieben Jahre später, im April 2018, bekräftigte »Michael Mannheimer« seine Phantasien vom »Kampf mit allen Mitteln zur Rettung Deutschlands«. Man müsse Politiker*innen »jagen und wirkungslos machen«. Auch »Tyrrannenmord« sei juristisch möglich. ¹⁶⁰

Neben dem Islam richtet sich die Abneigung des selbsternannten Journalisten in zunehmendem Maße auch gegen andere Bevölkerungsgruppen und lässt ein von antisemitischen Verschwörungstheorien geprägtes Weltbild erkennen. So schrieb Merkle im August 2018, »der Sozialismus, der Islam und Teile des orthodoxen Talmud-Judentums« hätten »zum finalen Angriff auf die weiße Rasse geblasen« ¹⁶¹. Im Februar 2019 behauptete er: »Medienkontrolle war schon immer das Primat der Strategie der jüdischen Weltherrschaft« ¹⁶². Merkle leugnet auch die Verantwortlichkeit des historischen Nationalsozialismus für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und verortet diese bei den Juden selbst.

Gegenwärtig ist Merkle, der bereits wegen Beleidigung verurteilt wurde, für solche Äußerungen allerdings nicht mehr strafrechtlich zu belangen. Er wurde vom Heilbronner Einwohnermeldeamt schon vor einiger Zeit als »unbekannt verzogen« registriert und soll sich in Osteuropa aufhalten. Ein Spendenkonto auf dem »Michael Mannheimer Blog« verweist auf eine Bank im ungarischen Budapest.

»Heilbronn wach auf«: Deutsche Asylpolitik als Feindbild

Während »Michael Mannheimer« seinen Kampf seit Jahren im digitalen Outback führt, wollen andere Kräfte das Internet verstärkt dazu nutzen, um sich auch im realen

Leben zu vernetzen. Wie das aussehen kann, zeigte sich am 7. Februar 2016 auf dem Heilbronner Kiliansplatz. Dort versammelten sich fast 400 Personen, nachdem in Sozialen Medien und WhatsApp-Gruppen unter dem Motto »Heilbronn wach auf« mobilisiert worden war. In dem knappen Aufruf hieß es, man wolle gegen die »zunehmende Gewalt in unserem Land« und für »härtere Strafen bei Vergewaltigung« demonstrieren. Anlass war die angebliche Entführung und Vergewaltigung der 13-jährigen »Lisa« durch Geflüchtete in Berlin. Später stellte sich heraus, dass die Tochter einer russlanddeutschen Familie die Geschichte erfunden hatte.

Auf dem Kiliansplatz war ohnehin ersichtlich, dass es um mehr als nur den Fall »Lisa« ging. In Redebeiträgen wurde immer wieder die deutsche Asylpolitik kritisiert. Mit Blick auf die Versorgung von Geflüchteten hieß es auf Schildern: »Unsere Steuern werden vom deutschen Volk benötigt!!!«. Währenddessen skandierte die Menge: »Merkel muss weg!«. Unter die Demonstrierenden mischten sich rechte Fußballfans und Kampfsporttreibende ebenso wie Angehörige von »Pro Heilbronn« und der extrem rechten Initiative WIR. Die hatte bereits im Vorfeld angekündigt, eine »Zusammenarbeit mit den Initiatoren« anzustreben ¹⁶³. Auch der Neonazi L. K., der ehemalige JN- und BDVG ¹⁶⁴-Aktivist M. K. und Karl-Michael Merkle alias »Michael Mannheimer« nahmen an der Kundgebung teil. »In den Farben getrennt, in der Sache vereint«, bilanzierte einige Tage später ein anonymer Sympathisant des extrem rechten »Widerstand Baden-Württemberg« ¹⁶⁵. Die Kundgebung war in der Gesamtschau allerdings kein homogener extrem rechter Aufmarsch. Im Hintergrund zog die über Städtegrenzen hinweg vernetzte »Deutsch-Russische Bruderschaft« ¹⁶⁶ die Strippen. Deren Aufruf war ein Teil der lokalen russlanddeutschen Community gefolgt, der die Masse der Teilnehmenden stellte.

159 Eintrag auf dem »Michael Mannheimer Blog«: *Michael Mannheimers Aufruf zum allgemeinen Widerstand des deutschen Volkes gemäß Art. 20 Abs.4 GG*, 9. April 2011.

160 Eintrag auf dem »Michael Mannheimer Blog«: *Nun geht selbst PI auf Distanz zum friedlichen Widerstand: »Allein mit demokratischen Mitteln wird es wohl nicht mehr gehen!«*, 14. April 2018.

161 Eintrag auf dem »Michael Mannheimer Blog«: *Ober-Rabbiner von Moskau: »Moslems und Juden sind die natürlichen Verbündeten in Europa«*, 24. August 2018.

162 Eintrag auf dem »Michael Mannheimer Blog«: *Von der »New York Times« bis zur »Süddeutschen Zeitung«: Juden beherrschen die wichtigsten Medien der Welt*, 6. Februar 2019.

163 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *WIR beginnt sich politisch und organisatorisch aufzustellen*, 30. Januar 2016.

164 Die »Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft« (BDVG) war eine 1999 gegründete Neonazi-Organisation, die ihren Bundessitz in Heilbronn hatte.

165 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Widerstand Baden-Württemberg« vom 15. Februar 2016.

166 Die »Deutsch-Russische Bruderschaft« bezeichnet sich auf ihrer Facebook-Infoleiste als »Verbund aus Patrioten«, deren Charakter der »Bezug zum Deutschtum und zum Russentum« kennzeichne.

Obwohl »Heilbronn wach auf« eine Eintagsfliege blieb, wurde etwas mehr als zwei Jahre später deutlich, welche verheerende Auswirkungen die in einigen russlanddeutschen Kreisen verbreitete Stimmungsmache haben kann. Am Abend des 17. Februar 2018 stach der aus Kasachstan stammende 70-jährige Rentner W. B. vor der Heilbronner Kilianskirche mit einem Küchenmesser auf einen 25-jährigen irakischen Geflüchteten ein und bohrte ihm die 19 cm lange Klinge in den Unterarm. Anschließend packte der deutsche und russische Staatsbürger einen 17-jährigen aus Afghanistan Geflüchteten von hinten an der Schulter und stach ihm das Messer in den Bauch. Auch einen 19-jährigen Syrer verletzte B. mit einem Stich in den Bauch. Zwei der Opfer schilderten im Prozess vor dem Heilbronner Landgericht im Oktober 2018, auch Monate nach der Tat noch unter Angststörungen und Panikattacken zu leiden. Samer A., dem W. B. bei der Messerattacke einen Ulnaris-Nerv durchtrennte und der deshalb seine Tätigkeit als Bäcker aufgeben musste, sagte: »Ich wollte eigentlich dem deutschen Staat nicht auf der Tasche liegen und mein eigenes Geld verdienen«. Und weiter: »Er hat mein Leben zerstört«.



W. B., der in der Heilbronner Innenstadt drei Flüchtlinge mit einem Messer angriff, berät sich am 31. Oktober 2018 vor dem Landgericht mit seiner Anwältin. (Foto: Sven Ullenbruch)

Der Täter W. B. beteuerte in der mehrtägigen Hauptverhandlung vor dem Heilbronner Landgericht zwar, »unpolitisch« zu sein und verwies auf persönliche Probleme. Im Februar 2016 hatte er allerdings zu den Teilnehmenden der »Heilbronn wach auf«-Kundgebung auf dem Kiliansplatz gehört. Noch am Tatort hatte B. zudem gegenüber der Polizei geäußert, mit der Messerattacke ein »Zeichen gegen diese Politik« setzen zu wollen. »Das können Sie der Angela Merkel sagen, ja das möchte ich ihr sagen«, hatte B. kurz nach der Tat erklärt¹⁶⁷. Darin erkannte schließlich auch das Landgericht die Motivation des zur Tatzeit alkoholisierten W. B. und verurteilte den Mann am 31. Oktober 2018 wegen versuchten Mordes in drei tat einheitlichen Fällen zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren. In seiner Urteilsbegründung verwies der Vorsitzende Richter Roland Kleinschroth auf »Hetztiraden« und die »menschenverachtende Sprache« von »Schreiberlingen« im Internet, die sich selbst »nicht die Hände schmutzig machen«. »Die Tat ist nichts anderes als ein Spiegelbild unserer Gesellschaft in einer Zeit, in der Werte mit Füßen getreten werden«, bilanzierte der Jurist. Auch die Sicherheitsbehörden erkannten die politische Dimension der Tat. Der Mordversuch wurde dem Bundeskriminalamt im Phänomenbereich »Politisch motivierte Kriminalität-rechts« gemeldet¹⁶⁸ und im Jahresbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz als »Beispiel für eine rechtsextremistisch motivierte Gewalttat«¹⁶⁹ genannt. Der Heilbronner AfD-Landtagsabgeordnete Dr. Rainer Podeswa jedoch bezweifelte trotz alledem in einer Kleinen Anfrage im Juli 2019 den politischen Charakter des Messerangriffs. Darin spekulierte der AfD-Politiker, ob es dem Täter »nur um Aufmerksamkeit« gegangen sei und ob es sich um einen »typischen Einzelfall für Jemand zweifeltes« handle, »der im betrunkenen Zustand ausgetickt ist«¹⁷⁰. Das Innenministerium bekräftigte in einem Antwortschreiben vom 29. Juli 2019 jedoch die Einschätzung des Verfassungsschutzes, dass die Tatmotivation von W. B. als »fremdenfeindlich und rechtsextremistisch« einzuordnen sei¹⁷¹.

167 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/6457, S. 4.

168 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/7379, S. 3.

169 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg: *Verfassungsschutzbericht 2018*, S. 135.

170 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/6457, S. 4.

171 Ebd., S. 3.

»Heilbronn wehrt sich«: Online-Hetze ohne feste Struktur

Während die Initiative »Heilbronn wach auf« nur von kurzer Dauer war, machte die Facebook-Seite »Heilbronn wehrt sich« über Jahre hinweg die Migration in die Bundesrepublik zum Thema. Die Initiative verbreitete Meldungen und Demotermine und träumte von einer Rechtsaußen-Opposition auf den Straßen der Region. Der Diskurs über Zuwanderung diente dabei nur als Aufhänger: »Gegen die Flüchtlingspolitik können wir eine Gemeinschaft bilden und diese dann auf alles ausweiten«, so wird die Strategie beschrieben¹⁷². Es sei Zeit zu handeln: »Merkt euch diese Zeit, ihr erlebt gerade die Vernichtung der Deutschen auf Deutschem Boden, 10 nach 12 und ihr tut nichts«¹⁷³ (Schreibweise im Original).

»Heilbronn wehrt sich« spiegelt ein kaum organisiertes Milieu wider, in dem verschiedene Ideologiefragmente der extremen Rechten zusammengewürfelt und zu einer kruden Weltsicht verschmolzen werden. Um gegen den UN-Migrationspakt zu agitieren, beschwor man im Dezember 2018 – inspiriert von der französischen Gelbwesten-Bewegung – einen Dialog über eine Gesellschaft, »die wieder lebenswert für alle ist«: »Egal ob Rechts oder Links«¹⁷⁴. Gleichzeitig zeigte sich auf der Facebook-Seite eine Begeisterung für die extrem rechte »Identitäre Bewegung« (IB). Die Seite trug zunächst den Namen »Identitäre Bewegung Heilbronn«, bis sie im November 2016 umbenannt wurde. Beiträge der IB wurden aber weiterhin geteilt. Aber auch Videos der Holocaustleugnerin und Neonazistin Ursula Haverbeck wurden verbreitet¹⁷⁵ – teilweise mit den Worten: »Diese Frau als Vorbild!«¹⁷⁶. Über den Nationalsozialismus hieß es, dieser sei zwar ein »falsches System« gewesen, aber »für damals die einzige Chance sich abzugrenzen um überhaupt nochmal Gegenwehr zu leisten«¹⁷⁷.

Eine nennenswerte Struktur verbirgt sich hinter »Heilbronn wehrt sich« jedoch nicht. Der Schritt aus der virtuellen Welt heraus gelingt nur ansatzweise.

So mischte die Initiative beim Versuch mehrerer extrem rechter Gruppen mit, den Auftritt der Bundeskanzlerin Angela Merkel am 16. August 2017 auf dem Kiliansplatz in Heilbronn zu stören. »Hau ab!«, »Merkel muss weg« und »Lügner« riefen die etwa 20 Rechten immer wieder. Die Lokalpresse bezeichnete sie fälschlicherweise als »Linke«¹⁷⁸.

Einzelpersonen aus dem Umfeld von »Heilbronn wehrt sich« planten außerdem, eine Mahnwache gegen rechte Gewalt auf dem Heilbronner Marktplatz am 23. Februar 2018 zu stören, die sich aufgrund der rassistischen Messerattacke auf drei Geflüchtete zusammengefunden hatte. Ein selbstgebasteltes Schild, in dem die Teilnehmer*innen der Mahnwache als »Heuchler« betitelt wurden, behielten die am Rande stehenden Rechten dann aber doch unter dem Arm. Den Messerangriff selbst hatte »Heilbronn wehrt sich« bereits am Tag der Tat kommentiert: »Genug ist einfach genug!!! Oder Geschichten über...wenn man an die falschen gerät«¹⁷⁹ (Schreibweise im Original).

Das Dilemma der rechten Internet-Bewegungen in der Region beschrieb »Heilbronn wehrt sich« am 8. Juli 2018: »Unsere Stadt wird früher oder später fähige und mutige Menschen brauchen, die sich trauen Gesicht zu zeigen und bereit sind aktiv sich ein zu setzen. Der Killiansplatz verträgt ja locker 2000 Leute das Problem ist das zu viele noch zu träge sind und zu wenige bereit gemeinsam etwas zu erreichen. Ohne unsere Proteste ob 2015 in Öhringen schon oder mittlerweile überall in der BRD wäre nichts passiert, Menschen reißen sich dafür den A auf seit Jahren auch die AFD hat davon natürlich profitiert hat aber auch viel zurück gegeben«¹⁸⁰ (Schreibweise im Original).

172 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Heilbronn wehrt sich« vom 8. Juli 2018.
173 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Heilbronn wehrt sich« vom 7. November 2018.
174 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Heilbronn wehrt sich« vom 11. Dezember 2018.
175 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Heilbronn wehrt sich« vom 8. Oktober 2017.
176 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Heilbronn wehrt sich« vom 27. Oktober 2017.
177 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Heilbronn wehrt sich« vom 29. Mai 2018.
178 Joachim Friedl: *7000 Menschen bei Kundgebung der Kanzlerin*, Heilbronner Stimme online, 17. August 2017.
179 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Heilbronn wehrt sich« vom 18. Februar 2018.
180 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Heilbronn wehrt sich« vom 8. Juli 2018.

Diffuser Straßenaktivismus: Von der Bürgerwehr zur Gelbweste

Weil sich eine rechte Straßenbewegung mit politischem Profil derzeit nicht abzeichnet, setzen einige AkteurInnen aus der Region ihre Hoffnung auf Projekte, die anschlussfähiger zu sein scheinen. Mit Begeisterung reagierten Teile der Szene z. B. auf die Gruppe »Spaziergang Heilbronn«, die sich im August 2016 bei Facebook zusammenfand. Bis zu hundert Personen liefen – teils mit einheitlichen T-Shirts bekleidet – durch die Heilbronner Innenstadt, um dort für mehr »Sicherheit« zu sorgen. Es gehe darum »ein Zeichen für Recht und Ordnung zu setzen«, lobte der Heilbronner Rechtsextremist Michael Dangel die Aktion¹⁸¹. Er beteiligte sich auch selbst an einem »Spaziergang«. »Der anfang ist gemacht und ich hoffe das es mehr und mehr werden...«¹⁸² (Schreibweise im Original) kommentierte T. H. von der Neonazipartei »Die Rechte«. Trotz dieser Vereinnahmungsversuche handelte es sich beim »Spaziergang Heilbronn« aber nicht um eine homogene politische Gruppe mit extrem rechter Agenda. Hinter der Aktion steckten vielmehr Personen mit Verbindungen zur Rockerszene, die vor allem ihr eigenes soziales Umfeld mobilisierten und sich als eine Art »Bürgerwehr« betrachteten. Eine Nähe zu rechten Kreisen stellte die inzwischen aufgelöste Gruppe allerdings her, indem sie sich bei Facebook mit einem



Bei einer »Gelbwesten«-Demo in Heilbronn am 4. Mai 2019 wird die »Leine des Grauens« präsentiert. (Foto: Sven Ullenbruch)

Motiv des Hooligan-Netzwerks HoGeSa schmückte. Ein ehemaliges Mitglied berichtete zudem, dass es nach einiger Zeit nur noch um Geflüchtete gegangen sei.¹⁸³ Die Gefahr sogenannter »Bürgerwehren« ergibt sich aus der dahinter stehenden Vorstellung, der Staat sei nicht mehr fähig oder gewillt, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sicherzustellen, weshalb sich Bürger*innen zusammenschließen und gemeinsam selbst dafür sorgen müssten. Den Akteur*innen gelingt es dadurch, sich als Beschützernde und Machende zu inszenieren. Gleichzeitig werden der Staat und sein Handeln delegitimiert und ihre Feindgruppen, wie etwa Geflüchtete, und politische Gegner*innen durch deren Präsenz eingeschüchtert, unter dem Deckmantel einer angeblichen Selbstverteidigung abgewertet und im schlimmsten Fall angegriffen¹⁸⁴.

Zwei Jahre später versuchte ein ähnliches Spektrum mit dem Projekt »Klare Kante für Heilbronn« erneut, einen Diskurs über die Sicherheit auf den Heilbronner Straßen zu entfachen. Am 3. August 2018 war bei Facebook zu lesen: »Unsere Innenstädte werden zu no go Areas, es wird Zeit das wir Deutschen Männer uns wieder vereint in der Stadt aufhalten. Und dem Asyl treiben auf Unseren Straßen Parole bieten!«. Und weiter: »Wir müssen mehr Patrioten Gruppen auf die Straße bringen! Verabredet euch mit mehr Freunden in der Stadt, geht nur noch mit ca. 6-10 Mann Gruppen Abends weg, wir müssen mehr Gruppendynamik aufbauen«¹⁸⁵ (Schreibweise im Original). Es kam allerdings nur zu einigen wenigen Treffen in der Heilbronner Innenstadt. Dort versammelte sich derselbe Personenkreis aus der Kampfsportszene und dem Rockermilieu, der sich bereits an der »Spaziergang«-Gruppe beteiligt hatte. Auch in diesem Zusammenschluss zeigten sich die extrem rechten Einstellungen der Aktiven deutlich. So verbreitete der Heilbronner Boxtrainer G. M. im Oktober 2018 bei Facebook einen Flyer gegen den UN-Migrationspakt, für den der Kopf der extrem rechten »Identitären Bewegung Österreich« (IBÖ), Martin Sellner, verantwortlich zeichnete¹⁸⁶. F. M., der in der Vergangenheit auch an Kundgebungen von »Hohenlohe wacht auf« teilnahm, berichtete am 4. März 2018 von seinem Be-

181 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Initiative "Spaziergang Heilbronn"*, 13. August 2016.

182 Eintrag auf der Facebook-Seite von »T. H.« vom 16. August 2016.

183 Adrian Hoffmann: *Keine „Spaziergänge“ mehr*, Heilbronner Stimme online, 18. November 2016.

184 Matthias Quent: *Bürgerwehren: Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation?*, Amadeu Antonio Stiftung, 2016, Berlin.

185 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Klare Kante für Heilbronn« vom 3. August 2018.

186 Eintrag auf der Facebook-Seite von »G. M.« vom 30. Oktober 2018.

such bei einer Demonstration in Kandel: »AntifaSS sind uns leider nicht zwischen die Fäuste gelaufen, sie wurden uns höflicherweise von den Hooligans abgenommen, die sie dann empfangen durften«¹⁸⁷.

Ein Teil dieses Spektrums versuchte sich außerdem im Dezember 2018 als Ableger der französischen »Gelbwestenbewegung« zu inszenieren. Während die »Gilets jaunes« in Frankreich sozialpolitische Forderungen aufstellten und sich auf die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung beriefen, ging es den wütenden HeilbronnerInnen zunächst um das Thema Zuwanderung. So versammelten sich am 8. Dezember 2018 etwa 30 Personen mit gelben Warnwesten auf dem Heilbronner Weihnachtsmarkt, um gegen die Ratifizierung des UN-Migrationspaktes zu protestieren¹⁸⁸.

In der ersten Hälfte des Jahres 2019 bemühte sich die von Rechten beeinflusste Heilbronner »Gelbwesten«-Gruppe, an die öffentlichkeitswirksamen Demos gegen Diesel-Fahrverbote in Stuttgart anzuknüpfen. So zogen z. B. am 9. Februar 2019 etwa 40 Personen über die Heilbronner Allee und zeigten Transparente mit Aufschriften wie »Wahrheit schafft Klarheit«. Die Behauptung, die Initiative sei weder links noch rechts, entpuppte sich schnell als haltlos. VertreterInnen der Gruppierung verbreiten in Sozialen Netzwerken zahlreiche Beiträge der NPD, rechter Medien oder der AfD¹⁸⁹. Bei einer Kundgebung der »Gelbwesten« am 4. Mai 2019 trat der Schwäbisch Haller R. E. V. als Redner auf, der bereits bei der extrem rechten Initiative »Hohenlohe wacht auf« regelmäßig am Mikrofon gestanden hatte. Auf dem Heilbronner Kiliansplatz sprach V. von »Kolonisten« und »Migrationsbürgern«: »Da wundert es einen nicht, wenn sich die Ureinwohner im eigenen Land fremd fühlen«. Zum Abschluss polterte V.: »Egal woher ihr kommt, steht endlich auf, wehrt euch, denn die Wahrheit macht frei – Leistet Widerstand!«¹⁹⁰.

Obwohl solche Aufstandsphantasien auch zu Streitereien innerhalb der Heilbronner »Gelbwesten« führten, verfolgt die Gruppe ihre Agenda weiter. Die Tötung eines

achtjährigen Jungen durch einen Mann mit eritreischer Staatsbürgerschaft mit einem Stoß vor den ICE instrumentalisierte die Initiative und rief am 2. August 2019 zur »Mahnwache« vor dem Heilbronner Hauptbahnhof auf. »Auf behördliche Anmeldung pfeife ich, das ist schon lange keine Maßgabe mehr“, kündigte der Organisator bei Facebook an¹⁹¹. Neben den über Soziale Medien vernetzten Mitgliedern der »Gelbwesten« nahm auch der lokale AfD-Politiker B. F. an der Versammlung teil. Zudem gesellte sich mit M. F. ein prominentes Gesicht der militanten Neonaziszene zur Heilbronner »Mahnwache«. Im Frühjahr 2020 versuchten einige »Gelbwesten«, die COVID-19-Pandemie (Corona-Virus) zu nutzen, um sich als Widerstand gegen das vermeintliche Establishment in Szene zu setzen. Dass es dabei nicht um die Kritik an einzelnen Grundrechtseingriffen durch Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung ging, war leicht zu erkennen. »Das System bröckelt und jeder von uns ist der Meißel«¹⁹², schrieb ein Vertreter am 8. Mai 2020.

Heilbronner »Patrioten«: Chatten für den Umsturz

Trotzdem ist bislang keine strukturierte extrem rechte Bewegung auf den Heilbronner Straßen entstanden. Viele wütende BürgerInnen stecken ihre Energie in die Verbreitung von rassistischen und demokratiefeindlichen Sprüchen und Fake News über Soziale Medien und vernetzen sich nur online. Dabei ist zum Teil eine Verschiebung von den großen Plattformen hin zu kleineren Nachrichtendiensten zu beobachten. So werden bspw. in der Telegram-Gruppe »Patrioten in Heilbronn« täglich Beiträge von extrem rechten Gruppierungen wie »Ein Prozent« und »Der Dritte Weg« oder Nachrichten des Pegida-Gründers Lutz Bachmann und des österreichischen Identitären-Aktivistin Martin Sellner geteilt und diskutiert. Die rund 100 Mitglieder der Telegram-Gruppe schicken sich außerdem Videos über Verschwörungstheorien und diskutieren das Tagesgeschehen. Jede Meldung, in der Geflüchtete auftauchen, führt zu wütenden und teils hasserfüllten Kommentaren anderer Mitglieder. »Das sind keine Flüchtlinge oder Schutzsuchenden.

187 Eintrag auf der Facebook-Seite von »F. M.« vom 4. März 2018.

188 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Die Gelbwesten machen eine erste Aufwartung in Heilbronn*, Homepage Wir, 9. Dezember 2018.

189 Auch auf der offiziellen Homepage der Heilbronner »Gelbwesten« werden ausschließlich »Alternative Medien« aus dem rechten Spektrum empfohlen, darunter das islamfeindliche Portal »Politically Incorrect« (PI-News) und das AfD-nahe Projekt »JouWatch«.

190 Youtube-Kanal »Karen Fischer«: *Für Das Leben & Die Zukunft Unserer Kinder* – Heilbronn, 4. Mai 2019.

191 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Gelbe Westen Heilbronn 2.0« vom 29. Juli 2019.

192 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Gelbe Westen Heilbronn 2.0« vom 8. Mai 2020.

Das sind Schmarotzer«¹⁹³, schrieb ein Nutzer im März 2020. »Aufhängen mit einem Fleischerhaken im Genick sollen verrecken«¹⁹⁴, forderte ein anderes Gruppenmitglied in Bezug auf einen mutmaßlich migrantischen Straftäter. Ein Nutzer ergänzte: »Wird Zeit, das wir uns endlich alle zusammenschließen und gemeinsam diese Gottverdammte Regierung stürzen...mir ist ein Ende mit Schrecken lieber als eines ohne!« (Schreibweise im Original).

Querdenker: Die große Verschwörung?

Auch die im Frühjahr 2020 auf den Plan getretene »Querdenken«-Bewegung kommuniziert und mobilisiert über Soziale Medien. Zudem treten die »Querdenker*innen« regelmäßig mit öffentlichen Versammlungen in Erscheinung. Dabei ging es zunächst um Kritik an den staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie (Corona-Virus). Laut dem baden-württembergischen Innenministerium weicht dieser legitime Protest allerdings zusehends einer »grundsätzlichen Staats- und Politikfeindlichkeit«.¹⁹⁵ Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) sieht bei den Organisationsstrukturen außerdem »sowohl personelle als auch ideologische Überschneidungen« zu Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Rechtsextremisten.¹⁹⁶

Auf Veranstaltungen des regionalen Ablegers »Querdenken 713« wurde mehrfach die COVID-19-Pandemie verharmlost und verschwörungsideologischen Positionen ein Podium geboten. Bei einer Kundgebung der Gruppe auf dem Heilbronner Kiliansplatz im Juli 2020 behauptete der Mediziner Bodo Schiffmann in seiner Rede über das Virus: »Wir wussten von Anfang an genau, wie wenig das gefährlich ist. Und was machen wir? Wir lassen uns einen Mundschutz aufdrängen.« Und weiter: »Es gibt keine zweite Welle. Es gab auch nie eine erste Welle.« Schiffmann äußerte außerdem: »Ich bin sicher, Bill Gates wird es hinkriegen, eine Impfung zu machen, die gegen alles wirkt, vor allem gegen Überbevölkerung.«¹⁹⁷

Auf der selben Kundgebung sprach mit Stephan Bergmann ein Gründungsmitglied des Reichsbürger-Vereins »Primus Inter Pares e.V.«. Bergmann sagte zu den Teilnehmenden: »Es ist einfach alles von vorne bis hinten gelogen. Und das ganze ist geplant schon ganz lange. Das haben die mit der Schweinegrippe und der Vogelgrippe und allem schon geplant.«. Schiffmann fragte die anwesenden »Querdenker*innen«: »Wie gehen wir damit um, dass die uns jetzt in eine kommunistische Diktatur führen wollen?«.¹⁹⁸

Bei einer Kundgebung am 22. August 2020 in Forchtenberg nahm »Querdenken 713« gar Bezug auf die gegen den Nationalsozialismus aktive Widerstandsgruppe »Weiße Rose«. Einige Monate später verbreitete ein Redner der Heilbronner »Querdenken«-Kundgebung am 22. November 2020 den Verschwörungsmythos vom angeblichen »Great Reset«: »gechipt, geimpft und sonst noch was, damit wir fernsteuerbar sind.« Der Mann forderte: »Lasst uns alles tun, um diesen Sumpf, um diese Krake aus allen Behörden, aus der Politik und aus unseren Köpfen zu vertreiben.« Bei einem Autokorso der Gruppe in der Heilbronner Innenstadt beklagten Teilnehmende am 7. Februar 2021 auf Schildern eine »Corona Diktatur« und eine »Lügen Pandemie«. Ein Schulterschluss zwischen den regionalen »Querdenker*innen« und der strukturierten extrem rechten Szene zeichnet sich aber nicht ab. Zwar suchten auch Vertreter extrem rechter Gruppen die Nähe der »Querdenker*innen«. Zum Beispiel trat der NPD-Kreisvorsitzende Matthias Brodbeck bei einer Kundgebung von »Querdenken 713« am 22. November 2020 auf dem Heilbronner Kiliansplatz als Ordner auf. Bislange handelte es sich dabei aber um kaum erfolgreiche Versuche, Einfluss auf die bürgerlich geprägte Protest-Bewegung zu nehmen. Brisanter dürfte die neuartige Misch-Szene selbst sein, die sich in den Jahren 2020 und 2021 um die »Querdenker*innen« herum gebildet hat. Dort wird verstärkt auch auf die antisemitische und staatsfeindliche »QAnon«-Verschwörungsideologie Bezug genommen.¹⁹⁹ Deren Anhänger*innen versuchen inzwischen auch offline Präsenz zu zeigen. So tauchten im Januar 2021

193 Eintrag in der Telegramgruppe »Patrioten in Heilbronn« vom 28. März 2020.

194 Eintrag in der Telegramgruppe »Patrioten in Heilbronn« vom 27. März 2020.

195 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Pressemitteilung vom 9. Dezember 2020, S. 2.

196 Ebd.

197 Youtube-Kanal »Doktor Langhans«: QUERDENKEN 713 Heilbronn - Kundgebung am 19.7.2020, 21. Juli 2020.

198 Ebd.

199 Bei »QAnon« handelt es sich um eine in den USA entstandene und vor allem in digitalen Netzwerken verbreitete Verschwörungsideologie. Dabei geht es u.a. um einen angeblichen »Deep State« (»Tiefer Staat«) und einen angeblichen internationalen Pädophilenring der politischen Eliten. Als Gegenspieler dieser Mächte gilt den »QAnon«-Anhängern*innen der ehemalige US-Präsident Donald Trump.

in der Heilbronner Innenstadt zahlreiche Aufkleber mit »QAnon«-Motiven auf. Die Botschaft darauf war klar: »The storm is here!«.

Organisierung als Zirkelwesen: Die Gruppe WIR

Ein über mehrere Jahre beständiges Engagement weist dagegen die Heilbronner Initiative »WIR« des Steuerberaters Michael Dangel auf. Seit 2015 taucht die Initiative immer wieder auf. Aufkleber der Gruppe auf Laternenpfählen in der Innenstadt richten sich vor allem gegen »Refugees« (»FCK RFGS«). Aber auch der Oberbürgermeister Harry Mergel wird angefeindet: »FCK MRGL«. Zur Kommunalwahl im Mai 2019 traten auf zwei unterschiedlichen Listen Personen aus dem Umfeld der Gruppe an. Was und wer steckt also dahinter?

Extrem rechter Strippenzieher seit 30 Jahren

Seit rund 30 Jahren versucht Michael Dangel mit ähnlichen Projekten, die extrem rechte Szene in der Region zu strukturieren. Der politische Werdegang des Diplomkaufmanns begann laut eigener Aussage bei der »Jungen Union« in Flein und führte ihn zunächst zu den »Republikanern« (REP). Im Januar 1990 wurde er als Beisitzer in den Vorstand des Heilbronner REP-Stadtverbandes gewählt. Einige Monate später wurde Dangel Bundesvorsitzender des extrem rechten »Forum 90«, das am 2. Dezember 1990 gegründet und am 30. Oktober 1991 in das Heilbronner Vereinsregister eingetragen wurde. Ziel des vom Verfassungsschutz beobachteten Vereins²⁰⁰ war es, eine »bundesweit agierende hochschulpolitische Organisation« aufzubauen²⁰¹. Zu diesem Zweck machte Dangel als Student an der Mannheimer Universität die »Liste Unabhängiger Studenten« (LUST!) zur Hochschulgruppe des »Forum 90« und versuchte bei AStA-Wahlen die angebliche »linke Vorherrschaft an Mannheims Hochschule zu brechen«²⁰². In Heilbronn agitierte das Forum schon damals mit Flugblättern gegen die Unterbringung von Geflüchteten in den

ehemaligen US-Kasernen »Wharton-Barracks«. »Asylbewerber nicht in unsere Wohngebiete«, lautete damals das Motto²⁰³. Um jüngere Leute für sich zu gewinnen, organisierte der Verein außerdem Grill- und Bierfeste, die u. a. auf dem Heilbronner Gaffenberg stattfanden und zum Teil als »1.000 Liter-Bölkstoff-Partys« beworben wurden. Neben zahlreichen Neonazis feierten dort auch Personen aus dem engen Umfeld der NSU-Terrorgruppe aus Chemnitz²⁰⁴.

Nachdem sich das »Forum 90« im Juni 1994 aufgelöst hatte, wurde Dangel zunächst Sprecher der extrem rechten »Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg«. Ab 1995 trat er mit einigen Gleichgesinnten als »Freiheitliche Initiative Heilbronn« (FIH) in Erscheinung und organisierte zahlreiche Vortragsveranstaltungen in der Region.

Dabei bediente sich Dangel eines rhetorischen Tricks, den er bis heute anzuwenden versucht: Er deklariert und verharmlost sich und sein Publikum als »rechtskonservativ«. So hieß es z. B. im Einladungsschreiben zu einer Veranstaltung im Mai 1996, man wolle »endlich vorhandene Gemeinsamkeiten im Lager der rechts der Union stehenden Kräfte« herausstreichen¹⁹⁵. Als Veranstaltende wurden teilweise »Konservative Klubs« angegeben. Letztlich nahmen an den Veranstaltungen fast ausschließlich Neonazis und extrem Rechte teil, darunter zahlreiche AnhängerInnen der NPD/JN. Auch die Redner kamen allesamt aus dem extrem rechten Spektrum. Der Landesverfassungsschutz sprach in seinem Jahresbericht 1996 ohne Umschweife vom »Neonazikreis um Michael Dangel«²⁰⁶.

Im Oktober 2004 war der umtriebige Steuerberater gemeinsam mit NPD/JN-Aktivistinnen an der Gründung des »Nationalen Bündnis Heilbronn« (NBH) beteiligt. Nach dessen Scheitern wandte er sich der »Deutschen Volksunion« (DVU) zu und wurde deren Landesbeauftragter. In einer »Heilbronner Erklärung« schrieb Dangel im Jahr 2010 für die DVU: »Die hohe Anziehungskraft für Migranten hat die Bundesrepublik insbesondere deswegen, weil sie Nicht-Europäern Zugang zu ihrem dichten sozia-

200 Innenministerium Baden-Württemberg, Verfassungsschutzbericht 1994, S. 45.

201 Schreiben des »Forum 90«: Für eine Politik des Realismus, 15. März 1993.

202 Flugblatt der Liste Unabhängiger Studenten (LUST!), 1993.

203 Flugblatt des »Forum 90«: *Asylbewerber nicht in unsere Wohngebiete!*, 1990.

204 Innenministerium Baden-Württemberg: *Bezüge der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) nach Baden-Württemberg*, Bericht, S. 41.

205 Einladungsschreiben »Konservativer Klub Zabergäu« zu einer Veranstaltung am 24. Mai 1996.

206 Innenministerium Baden-Württemberg, Verfassungsschutzbericht 1996, S. 61.



Auf der Homepage der Initiative WIR wird über eine Veranstaltung aus dem November 2019 mit dem Neonazi-Aktivisten und Rechtsrock-Musiker Frank Kraemer berichtet. (Screenshot: Homepage von WIR, 19.11.2019)

len Netz schafft, ohne dass diese jemals etwas für unser Land geleistet hätten²⁰⁷.

Entmenschlichung von Geflüchteten

Mehr als vier Jahre nach der Fusion der DVU mit der NPD schuf Dangel mit WIR im Herbst 2015 eine neue Plattform. Zunächst versuchte WIR, Informationsveranstaltungen der Stadtverwaltung zur Unterbringung von Geflüchteten zu nutzen, um Stimmung gegen diese zu machen. So wurden z. B. im September und Oktober 2015 Veranstaltungen zur Unterbringung von Geflüchteten in der Alten Turnhalle in Horkheim und im Heilbronner Olga-Zentrum kommentiert. »Auf nach Horkheim!«, schrieb Michael Dangel in einer Facebook-Gruppe. »Kannst Du Infos einholen wie man da reinkommt?«, fragte ein Heilbronner Kamerad, der sich im Internet als Fan der Neonazi-Band »Landser« zu erkennen gibt²⁰⁸.

Bis heute ist die Zuwanderung das zentrale Thema für WIR. In ihrem Selbstverständnis beklagt die Initiative die »multikulturelle Zersiedelung unseres Landes«²⁰⁹. Migrant*innen werden entmenschlicht und als »sozialer Ballast« und »menschliches Strandgut« bezeichnet, die an die

»Merkelschen Strände der Willkommenskultur« gespült würden²¹⁰. »Ohne volklichen und rassischen Identitätskern fällt Deutschland ins Mittelmaß zurück!«, warnte WIR im September 2017. Im gleichen Beitrag wurden eine »Kulturrevolution von rechts« und das »vollständige Umkrempeln dieses unseres Landes« angekündigt²¹¹. Dabei entzündet sich der Zorn der extrem Rechten schon an Kleinigkeiten, die so gedeutet werden, dass sie in das eigene Weltbild passen und als Rechtfertigung für rassistisch motivierte Hetze genutzt werden. Als sie auf das Halal-Zertifikat des Heilbronner »Wienerwald«-Restaurants aufmerksam wurden, riefen sie zum Boykott auf: »Der gute alte Wienerwald ist also mittlerweile zum Schariawirt verkommen«²¹².

Systematisch wird außerdem versucht, das politische System verächtlich zu machen. So ist von den Landesparlamenten als »[überflüssige] Schwatzbuden auf Landesebene« die Rede²¹³. Erfreut über den Einzug der AfD in den Bundestag verkündet WIR: »Die verf... Konsensrepublik Deutschland ist Geschichte seit es sich die AfD-Bundestagsfraktion richtig in der »parlamentarischen Schwatzbude« zu Berlin gemütlich gemacht hat«. Im selben Text wird prophezeit: »Die Zeit bürgerlicher Beschaulichkeit wird bald in raschem Schwinden begriffen sein. Dann wird einst der Tag kommen, an dem die bunte Republik Deutschland nur ein böser Traum gewesen sein wird«²¹⁴.

Begeistert zeigt sich die Initiative vom ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. Auch die Wahl des extrem Rechten Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens feiert WIR. In einem Beitrag werden rassistische Zitate Bolsonaros von WIR mit dem Spruch »Rassistische Vielfalt schwächt jede Nation!« und dem Hashtag »#WIRfuerRassestamm-Masse« kommentiert²¹⁵. Den ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama nennt die Gruppe auf ihrer Homepage hingegen einen »negriden Parvenue«²¹⁶.

207 DVU Niedersachsen & Schleswig-Holstein: *Heilbronner Erklärung*, 17. August 2010.

208 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Pegida Heilbronn« vom 16. September 2015.

209 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Deutschland darf nicht weiterhin ein Einwanderungseldorado bleiben*, 24. September 2015.

210 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Es gibt ein Recht auf »Nazi«-Propaganda*, Homepage WIR, 26. August 2017.

211 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Angela Merkel am 22.09.2015: »Mir doch egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da!«*, 21. September 2017.

212 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Wienerwald-Skandal! Wie kann ein solches Unternehmen Halal-zertifiziertes Fleisch verkaufen?*, 12. März 2016.

213 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *(Erneut) Am Pranger im Monat August 2018: Susanne Bay – unsägliche, direkt gewählte Grünen-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Heilbronn*, 4. August 2018.

214 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Wahl von AKK: Stummer Schrei nach einem neuen »Führer«?*, 5. Februar 2019.

215 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Brasilien hat wieder eine Zukunft: Jair Messias Bolsonaro – der »Trump der Tropen«*, 7. November 2018.

216 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Endlich: Der mächtigste Mann der Welt ist ein »Rechtspopulist« – und die Welt sollte diesem Beispiel folgen*, 20. Januar 2017.

Stammtische, Veranstaltungen und »Pegida Heilbronn«

Besprochen werden solche Positionen bei internen Stammtischen, zu denen Michael Dangel in den Keller seiner Kanzlei einlädt. Neben teils langjährigen WeggefährtInnen aus Heilbronn besuchen den Stammtisch auch befreundete Personen aus dem extrem rechten Spektrum anderer Regionen, um Informationen auszutauschen. Darunter waren in den vergangenen Monaten z. B. Personen aus Fellbach, dem Hohenlohekreis und aus Pforzheim.

Zur Kommunikation nutzt der Zirkel unter anderem die geschlossene Facebook-Gruppe »Pegida Heilbronn«. Das regionale Pegida-Label hat Michael Dangel seit Jahren besetzt: auch hinter der 2014 erstellten Facebook-Seite »Pegida BW – Heilbronn« verbirgt sich niemand anderes als der Heilbronner Steuerberater.

Als RednerInnen für eigene Veranstaltungen verpflichtet WIR bekennende extrem Rechte. So referierte am 28. Januar 2016 die Ingelfingerin Sonnhild Sawallisch (»Bund für Gotterkenntnis«, »Baden-Württemberg wacht auf«) bei einer Veranstaltung in Heilbronn. Im Oktober 2017 referierte der Rechtsanwalt Steffen Hammer die Gäste von WIR über die Themen »Notwehr und Nothilfe«²¹⁷. Bis ins Jahr 2010 war Hammer Sänger der Stuttgarter Neonazi-Band »Noie Werte«, mit deren Musik die Terrorgruppe NSU zwei unveröffentlichte Versionen ihres Bekennervideos unterlegte. Für den 27. April 2018 wurde ein Vortrag mit dem sächsischen NPD-Politiker Stefan Hartung beworben. Als Begleiter von Hartung kündigte WIR den »Pegida-Galgenmann« an – einen Mann aus dem Erzgebirge, der bei einer Pegida-Demonstration einen Miniaturgalgen für den ehemaligen Außenminister Sigmar Gabriel zur Schau stellte. Mit der Rechtsanwältin Nicole Schneiders konnte Michael Dangel am 2. November 2018 eine alte Bekannte in Heilbronn begrüßen²¹⁸. Die aus Pfedelbach stammende Juristin sprach bei einer Veranstaltung von WIR über den NSU-Prozess, in dem sie als Verteidigerin des NSU-Unterstützers Ralf Wohlleben mitwirkte. In den 1990er Jahren engagierte sich Schneiders selbst in der extrem rechten Szene in der Region und zählte damals zum engen Kreis um Michael Dangel.

Die Vorbereitung solcher Veranstaltungen erfolgt konspirativ: Ort und Zeit werden nur intern bekannt gegeben. Unter anderem diente in den vergangenen Jahren eine Gaststätte in Neckargartach als Veranstaltungsort. Für einen Vortragsabend mit dem Rechtsrock-Musiker Frank Kraemer von der Neonazi-Band »Stahlgewitter« am 2. November 2019 nutzte WIR die Sportgaststätte eines Fußballvereins in Heilbronn-Horkheim.

Michael Dangel tritt außerdem selbst als Redner bei und mit anderen extrem Rechten auf. Insbesondere bei Veranstaltungen des Neonazis Meinolf Schönborn ist der Heilbronner Steuerberater seit einigen Jahren ein gern gesehener Gastredner. Schönborn war Kader der 1992 verbotenen »Nationalistischen Front« (NF) und Anführer der Reichsbürger-Gruppe »Neue Ordnung«. Für »Leser-treffen« von Schönborns Zeitschrift »Recht & Wahrheit« am 15. September 2018, am 6. Oktober 2019 und am 4. April 2020 wurden jeweils Vorträge von Dangel im thüringischen Ilfeld angekündigt. Auch der Flyer für die »Sommer-sonnwendfeier« von Schönborn am 22. Juni 2019 im hessischen Knüllwald warb mit einem Auftritt von Michael Dangel. Das Thema seines Vortrags: »Die nationale Idee im 21. Jahrhundert«. Dabei prophezeit der Heilbronner eine ökonomische »Mega-Krise«. In diesem Moment der Krise sei es »noch einmal möglich, den Mantel der Geschichte zu ergreifen«²¹⁹.

Dangel gehört zudem zur extrem rechten »Burschenschaft Arminia Zürich zu Karlsruhe«. In deren »Festkneipe« hielt er am 19. Januar 2019 als »Bundesbruder« einen Vortrag zum Thema »Demographischer Wandel und Sozialstaat – eine tickende Zeitbombe«. Als Zeuge vor dem baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschuss hatte Dangel im Oktober 2017 bezüglich der Karlsruher Burschenschaft noch behauptet: »Da bin ich wahrscheinlich als Karteileiche geführt, aber kein Mitglied. Zahle keine Beträge, nichts«. Und weiter: »Ich gehe nicht aus dem Haus – vor allen Dingen nicht nach Karlsruhe«²²⁰.

217 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Vorsicht bei Notwehr und Nothilfe! Gut gemeint ist hierbei oft besonders schlecht*, 29. Oktober 2017.

218 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Psychopathen mit Rechtsdrall: Rechtsanwältin Schneiders rückt den NSU-Komplex in ein realitätskonformes Licht*, 4. November 2018.

219 Youtube-Kanal »nordland.tv«: *Michael Dangel – Die nationale Idee im 21. Jahrhundert*, 17. Oktober 2019.

220 Landtag von Baden-Württemberg, Untersuchungsausschuss »Rechtsterrorismus/NSU BW II«: *Protokoll der 14. Sitzung am 09.10.2017*, S. 113.

Am Stammtisch: Kandidaten von »Pro Heilbronn« und der AfD

Obwohl sich WIR anfangs noch als »kommunalpolitische Wählervereinigung« bezeichnet, hat die Initiative bisher keine Ambitionen, in die Kommunalpolitik einzusteigen. Laut Dangel wäre es »völlig unsinnig, jetzt irgendeine Organisation zu gründen, die kommunalpolitisch aktiv ist und dann womöglich noch Wählerstimmen bei anderen Parteien kosten könnte, die durchaus Aussichten haben auf einen nachhaltigen Wahlerfolg«²²¹. Damit dürfte vor allem die AfD, aber auch »Pro Heilbronn« gemeint sein. Auf deren Listen zur Kommunalwahl im Mai 2019 kandidierten mehrere Personen aus dem Umfeld von WIR. So handelt es sich bei M. F., der versuchte, für die Heilbronner AfD im Wahlkreis Schwaigern in den Kreistag gewählt zu werden, um einen langjährigen Vertrauten von Michael Dangel. Der 49-Jährige beteiligte sich in der Vergangenheit am Stammtisch von WIR. Für »Pro Heilbronn« kandidierten zur Gemeinderatswahl der 76-jährige K.-H. M. und der 66-jährige R. G. B. – beide waren ebenfalls Teilnehmer des WIR-Stammtisches.

Rechte Ultras im Lokalsport

Michael Dangel sieht sich hingegen als Netzwerker im Hintergrund. Das gilt auch für den vopolitischen Raum. Seit vielen Jahren engagiert sich der Steuerberater im Heilbronner Eishockey-Fanclub »Die Treuen« und versucht, mit entsprechenden Texten auch rein Sportbegeisterte auf die Homepage von WIR zu locken. Seit der Neugründung des Heilbronner Traditionsclubs »Verein für Rasenspiele« (VfR) im Jahr 2018 geschieht das auch im lokalen Fußball. Dort ist Dangel federführend an der Ultra-Gruppierung »Heilbronner Jungs« beteiligt. Die kleine Fanvereinigung scheint fest in rechter Hand zu sein: auch ihr Mitbegründer A. L. ist einschlägig bekannt. Am 5. April 2008 beschimpfte der heute 44-Jährige zusammen mit einem Kumpanen in Heilbronn eine Gastwirtin als »polnisches Schwein« und drohte ihr, dass sie »zu Asche werde wie die anderen«, wenn sie ihren Laden nicht schließe. Dazu grölten die Männer die erste Strophe des Deutschlandliedes und zeigten den Hitler-

gruß²²². Zwei Tage später beleidigte L. die Gäste eines Döner-Imbisses in der Heilbronner Innenstadt mit rechten Parolen. Nach seinem Studium in Jena kehrte der Burschenschafter nach Heilbronn zurück und bewegt sich seitdem wieder in der rechten Szene. Am 7. Februar 2016 nahm er an der Kundgebung »Heilbronn wach auf« auf dem Kiliansplatz teil und am 16. August 2017 war er einer derjenigen Rechten, die versuchten, mit »Hau ab«-Rufen einen Auftritt der Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Kiliansplatz zu stören.

Der 4. Dezember 1944 und der »Freundeskreis Ein Herz für Deutschland«

Mit der Organisation eigener öffentlichkeitswirksamer Kampagnen tut sich der Kreis um Michael Dangel allerdings schwer. Gerne hängt man sich deshalb an die Projekte anderer AkteurInnen an oder imitiert deren Initiativen. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die Fackelmahnwachen des extrem rechten Vereins »Freundeskreis Ein Herz für Deutschland« (FHD). In Pforzheim, wo der FHD seinen Vereinssitz hat, finden solche Versammlungen bereits seit 1993 statt. Die Aktionen in der Goldstadt sind als jährliche Termine in der baden-württembergischen Neonaziszene fest etabliert und werden unter anderem von der NPD und der Partei »Die Rechte« unterstützt. Am Abend des 4. Dezember 2018 organisierte der FHD mit der Unterstützung von NPD-AktivistInnen erstmals auf dem Heilbronner Wartberg eine solche Fackelmahnwache. Etwa 50 Personen aus der extrem rechten Szene versuchten, die Bombardierung der Stadt durch die britische »Royal Air Force« (R.A.F.) am 4. Dezember 1944 zur Verbreitung ihrer eigenen geschichtspolitischen Thesen zu nutzen. Die Initiative WIR zeigte sich davon begeistert und lobte die Mahnwache der Neonazis als »vorbildliche Pionierarbeit«²²³. Im Vorfeld des 75. Jahrestages der Bombardierung am 4. Dezember 2019 rief WIR einen »FHD-Ortsverband Heilbronn« ins Leben und bot einen eigenen »Trauerschleifen-Anstecker« zum Kauf an. Trotz dieser Werbung gelang es dem FHD mit der zweiten Fackelmahnwache am 4. Dezember 2019 jedoch nicht, einen größeren Per-

221 Ebd., S. 115.

222 Heilbronner Stimme online: *Bewährungsstrafe nach ausländerfeindlicher Entgleisung*, Heilbronner Stimme, 24. März 2009.

223 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Eindrucksvolle Mahnwache auf dem Wartberg: Erstmals wurde würdig der Toten des alliierten Bombenterrors gedacht*, 7. Dezember 2018.

sonenkreis als im Vorjahr zu mobilisieren. Wieder versammelten sich in der Dunkelheit rund 50 Angehörige der extrem rechten Szene am Heilbronner Wartberg. Auf der Homepage von WIR wurde die zweite Mahnwache unter dem Slogan »Heilbronn wird zu Pforzheim 2.0« trotzdem als Erfolg gefeiert. Dort hieß es, alle Kräfte, »die sich gegen die vorherrschende perfide Geschichtspolitik wenden«, müssten zukünftig zusammenstehen²²⁴. Auch wenn solche Worte vor allem als Durchhalteparolen an das eigene Milieu verstanden werden dürfen, machen sie auch das langfristige Ziel der extremen Rechten sichtbar. Es geht ihnen um nicht weniger als die Umdeutung der Geschichte und die Zerstörung einer demokratischen Erinnerungskultur an die nationalsozialistische Herrschaft.

Reconquista ohne Rückgrat: Die »Identitäre Bewegung« (IB)

Im Jahr 2016 versuchte ein weiteres extrem rechtes Netzwerk, in Heilbronn Fuß zu fassen. Anfang August 2016 brachten extrem Rechte einige Plakate im Heilbronner Umland an. »Minderheit im eigenen Land? Wehr dich gegen den großen Austausch« war darauf zu lesen. »Wir leisten Widerstand gegen den Bevölkerungsaustausch und den Verlust unserer Werte und Identität«, versicherten die AktivistInnen bei Facebook. Sie warnten: »In wenigen Jahren stellen muslimische Einwanderer die Mehrheit in unserem Land«²²⁵.

Dieses Verhältnis zwischen Pathos und Praxis ist typisch für die Anhängerschaft der »Identitären Bewegung«. Jede noch so kleine Aktion wird im Internet inszeniert und mit starken Worten kommentiert.

Als Vorbild dient die französische »Génération Identitaire«, die mit der Besetzung einer Moschee-Baustelle im westfranzösischen Poitiers am 20. Oktober 2012 international bekannt wurde. Kurz darauf traten Identitäre zum ersten Mal auch in Deutschland in Erscheinung – zunächst als rein virtuelles Phänomen in den Sozialen Medien. So verbreitete Michael Dangel (WIR) bereits Anfang Dezember 2012 bei Facebook das Logo einer angeblichen »Identitären Bewegung Heilbronn« und behauptete:

»Jetzt auch in Heilbronn!«²²⁶. Eine handlungsfähige Struktur steckte allerdings nicht dahinter. Erst mit der Eintragung als Verein »Identitäre Bewegung Deutschland« im Mai 2014 ging die Aufstellung als realer bundesweiter Personenzusammenschluss einher.

In Baden-Württemberg gliedert sich die IB seitdem in die Regionalgruppen IB Schwaben und IB Baden. Das Innenministerium geht von insgesamt etwa 100 aktiven Mitgliedern im Land aus²²⁷. Gegenüber etwa 600 Mitgliedern in Gesamtdeutschland hat die IB demnach verhältnismäßig viele Mitglieder in Baden-Württemberg. Auf der Homepage der IB Schwaben wird Heilbronn als eine von sieben Städten mit eigenen Ortsgruppen genannt.

In ihrem Auftreten grenzt sich die IB mit einem betont modernen und jugendlichen Stil bewusst von der traditionellen extrem rechten Szene ab. Der Historiker Volker Weiß fasst die identitäre Bildsprache prägnant zusammen: »Ihre Parolen und Embleme sollen attraktiv wirken und stets wiedererkannt werden. Dabei soll alles gemieden werden, was landläufig mit rechts in Verbindung gebracht wird. Man gibt sich smart, poppig und bodenständig zugleich. Sie haben verstanden, dass die Dokumentation und anschließende Verbreitung ihrer Aktionen im Internet langfristig wichtiger sein können als die Aktion selbst«²²⁸. Deutlich wird das am Logo der IB. Der griechische Buchstabe Lambda auf gelbem Grund verweist auf die Sol-



Kein Opfer ist vergessen – Bundesgartenschau in Heilbronn
1.439 Aufrufe • 25.09.2019

Banner der IB Schwaben bei der Heilbronner Bundesgartenschau 2019.
(Screenshot: Youtube, 25.09.2019)

224 Eintrag auf der Homepage von »WIR«: *Beeindruckendes Totengedenken zum 4. Dezember am Heilbronner Wartberg*, 5. Dezember 2019.

225 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Identitäre Bewegung Heilbronn« vom 3. August 2016.

226 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Michael Dangel« vom 9. Dezember 2012.

227 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/4879, S. 3.

daten Spartas, die sich nach einer antiken Heldensage einem übermächtigen persischen Heer entgegenstellten und sich für das griechische Heer aufopferten. Ähnlich den Spartanern, die das Lambda auf ihren Schildern getragen haben sollen, sehen sich die »Identitären« als heldenhafte Kämpfer gegen die angebliche »Islamisierung« des europäischen Kontinents.

Als inhaltliches Fundament dient der sogenannte »Ethnopluralismus«. Demnach soll jede Ethnie²²⁹ ihre Identität erhalten, in dem sie auf dem eigenen Territorium lebt und ihre eigene Kultur, ihre Traditionen und Bräuche pflegt. Migration stellt in diesem Konzept stets eine Gefahr für das eigene Volk dar. Die IB fordert deshalb die gezielte »Remigration« und kokettiert mit der Rückerobung (»Reconquista«) der iberischen Halbinsel ab dem 8. Jahrhundert durch christliche Herrscher, die damit den muslimischen Machtbereich zurückdrängen.

In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass sich hinter der IB eher eine kleine studentische Kaderorganisation als eine breite aktivistische Bewegung verbirgt. Laut Volker Weiß folgt sie »dem neurechten Konzept, mehr die Entscheidungsträger als die Masse selbst zu adressieren«²³⁰. Eng verknüpft ist die IB deshalb mit rechten Burschenschaften, der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA) und rechten Think-Tanks wie dem »Institut für Staatspolitik« (IfS). In ihren Reihen sind vor allem Studierende zu finden.

In der Region Heilbronn gelang es der IB bislang kaum, Fuß zu fassen. In den Jahren 2015 und 2016 kam es zunächst zu Versuchen, Synergieeffekte mit anderen rechten Mobilisierungen zu nutzen. So brachten Unbekannte im November 2015 vor einer Geflüchteten-Unterkunft in Schöntal ein Transparent mit dem Lambda-Logo und der Parole »Asylwahn stoppen« an²³¹. Die Aktion stieß erwartungsgemäß auf Zustimmung bei der asylfeindlichen Initiative »Hohenlohe wacht auf«. Mit den Worten

»Am Sonntag alle auf nach Heilbronn!« mobilisierte die IB Schwaben im Februar 2016 zur »Heilbronn wacht auf!«-Kundgebung russlanddeutscher Kreise²³². Der Aufruf steht aber exemplarisch für die oftmals falsche Selbsteinschätzung der Gruppierung. Denn auf der Kundgebung spielten die »Identitären« keine Rolle.

Im Jahr 2017 versuchte die IB Schwaben nochmals, mit einer Handvoll junger AktivistInnen eine Ortsgruppe in Heilbronn zu etablieren. So führte die IB am 15. Juli 2017 einen Infostand vor der Heilbronner Harmonie durch. Am 16. August 2017 beteiligten sich einige »Identitäre« mit Transparenten an den Störversuchen gegen den Auftritt der Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Heilbronner Kiliansplatz. »Die Heuchlerin wurde von uns Identitären entsprechend begrüßt«, freute sich die Heilbronner IB-Ortsgruppe bei Twitter²³³. An der Störaktion waren allerdings auch Mitglieder anderer Ortsgruppen der IB Schwaben beteiligt. Auch am 29. März 2018 traten »Identitäre« öffentlich in Erscheinung, als sie in Heilbronn Flugblätter verteilten. Zuletzt versuchte die IB Schwaben im September 2019, auf der in Heilbronn stattfindenden Bundesgartenschau (Bug) für Aufmerksamkeit zu sorgen. In einer Ausstellung für Grabdenkmäler brachten die »Identitären« ein Banner und selbst gebastelte Grabschilder an, um die tatsächliche oder vermeintliche Tötung von in ihrem rassistischen Verständnis »Deutschen« durch in Deutschland lebende »Nicht-Deutsche« für ihre Ideologie zu instrumentalisieren²³⁴.

In einer Erklärung zu der Aktion kritisierten die »Identitären« die Heilbronner Buga: »Mit Sprüchen und Blumenschauen wie ›Offen für Vielfalt‹ und ›Hof für Vielfalt‹ verklärt sie die Folgen der verheerenden Willkommenskultur seit 2015 als Symbol für eine offene und bunte Gesellschaft. Wir lassen uns nicht einlullen und möchten auch andere aus ihrem Wohlfühlschlaf rütteln – bevor es zu spät ist!«²³⁵.

.....

228 Volker Weiß: *Die autoritäre Revolte. Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017, S. 107.

229 Der Begriff »Ethnie« soll in diesem Zusammenhang vorbelastete Begriffe, wie »Rasse«, ersetzen. Er reproduziert jedoch die Vorstellung der ursprünglichen und natürlichen Zugehörigkeit von Menschen zu einer angestammten sozialen Gruppe, die sich vermeintlich in Geschichte, Kultur, Traditionen usw. von anderen unterscheidet. Damit ist er nicht weniger problematisch.

230 Volker Weiß: *Die autoritäre Revolte. Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017, S. 96.

231 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Identitäre Bewegung Schwaben« vom 23. November 2015.

232 Eintrag auf der Facebook-Seite von »Identitäre Bewegung Schwaben« vom 6. Februar 2016.

233 Eintrag auf der Twitter-Seite von »Identitäre Bewegung Heilbronn« vom 18. August 2017.

234 Eintrag auf der Homepage von »Identitäre Bewegung Schwaben Heilbronn«: *Identitäre Bewegung setzt Zeichen gegen gefährliche Multikulti-Illusionen*, 21. September 2019.

Angepriesen wurden in der Vergangenheit außerdem »Stammtische« der IB Schwaben in Heilbronn. Wer als Neuling daran teilnehmen wollte, musste sich per Mail anmelden und einem Vorgespräch mit IB-Kadern stellen. Entsprechend schwierig dürfte es sich für die »Identitären« gestalten, mit diesem elitären Konzept in Heilbronn Nachwuchs zu rekrutieren. Zumal in der Stadt kein universitäres Milieu existiert, das sich als Resonanzboden für Debatten über »Ethnopluralismus« oder die Rückeroberung von Diskursräumen gegen eine angebliche »linksliberale Hegemonie«²³⁶ anbietet. In der Region fehlt es den Identitären somit an organisatorischem Rückgrat. Auch bundesweit scheint die Gruppierung inzwischen deutlich an Dynamik verloren zu haben. Nichtsdestotrotz bleibt die IB einer der relevantesten Versuche der letzten Jahre, extrem rechte Strukturen mit einer modernen Ästhetik aufzubauen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich auch in der Region Heilbronn in den vergangenen fünf Jahren ein neues Milieu verfestigen konnte, das rassistische und demokratiefeindliche Positionen vertritt. Traditionelle Organisationsformen der extremen Rechten spielen dabei keine tragende Rolle – auch wenn immer wieder ideologisch gefestigte Akteure auftauchen, deren politische Biografien sich lange zurückverfolgen lassen. Zentraler Wirkungsort dieses Spektrums ist das Internet. Dort wird offensiv um die Aufmerksamkeit all jener geworben, die mit der politischen Situation unzufrieden sind oder ein diffuses Unbehagen gegen »die da oben« empfinden.

Bleibt zu erwähnen, dass es noch weitere Milieus gibt, die Versatzstücke extrem rechter Ideologien verinnerlicht haben. Insbesondere müssen sich die Behörden in der Region immer wieder mit »ReichsbürgerInnen« auseinandersetzen, die die Existenz der Bundesrepublik ablehnen. Sie weigern sich oftmals, Steuern oder Bußgelder zu zahlen und leisten Widerstand gegen hoheitliche Maßnahmen. Am 12. Juli 2018 wurden z. B. drei

Polizeibeamte verletzt, als sich acht »Reichsbürger« in Erlenbach gegen den Einbau eines neuen Stromzählers wehrten²³⁷. Teile dieses Milieus sind zudem bewaffnet. So zog das Heilbronner Landratsamt nach einer Verfügung des Innenministeriums im Jahr 2017 die Schusswaffen von zwei Reichsbürgern ein²³⁸. Sicherlich sind solche repressiven Maßnahmen angesichts der Gefahren durch bewaffnete Demokratiefeinde unabdingbar. Gleichzeitig zeigen die Entwicklungen im extrem rechten Spektrum aber auch, dass es mehr brauchen wird, um die offene und pluralistische Gesellschaft gegen ihre GegnerInnen zu verteidigen.

235 Ebd.

236 Ebd.

237 Stuttgarter Zeitung: *Stromzähler bringt »Reichsbürger auf«*, Stuttgarter Zeitung, 14./15. Juli 2018.

238 SWR-Meldung: *Heilbronner Landratsamt entwaffnet Reichsbürger*, SWR online, 23. Mai 2018.

Tatort Theresienwiese – Ein NSU-Mord in Heilbronn

Der 25. April 2007 hat sich tief ins Gedächtnis der Stadt Heilbronn gegraben. Gegen 14.00 Uhr trafen auf der Theresienwiese zwei Schüsse die 22-jährige Polizeimeisterin Michèle Kiesewetter und ihren 24-jährigen Streifenpartner Martin Arnold. Die beiden Beamt*innen der Böblinger Bereitschaftspolizei²³⁹ hatten im Schatten des Trafohäuschens in ihrem 5er BMW eine Pause gemacht, als sie von hinten überrascht wurden. Während Michèle Kiesewetter noch vor Ort verstarb, überlebte ihr Kollege den Kopfschuss schwer verletzt. Zudem wurden den beiden jungen Polizist*innen ihre Dienstwaffen und weitere Ausrüstungsgegenstände geraubt.

Eine sofort eingeleitete Ringalarmfahndung versetzte die gesamte Innenstadt in den Ausnahmezustand. Trotzdem versuchten die Ermittler*innen der Sonderkommission (Soko) »Parkplatz« mehr als vier Jahre lang erfolglos den Fall aufzuklären. Erst am 4. November 2011 kam Licht ins Dunkel. Nach einem Banküberfall im thüringischen Eisenach wurden im Wohnmobil von zwei Neonazis aus Jena die in Heilbronn entwendeten Dienstwaffen der beiden Polizist*innen gefunden. Seitdem ist bekannt, dass die Terrorgruppe des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) hinter dem Mordanschlag auf der Theresienwiese steckte. Laut Bundesanwaltschaft sollen sie die beiden Polizist*innen als »Repräsentanten des Staates« angegriffen haben. Die Gruppe ist auch verantwortlich für eine bundesweite rassistisch motivierte Mordserie an neun Kleinunternehmern, für drei Bombenanschläge und mindestens 15 bewaffnete Raubüberfälle.

Doch was trieb die Thüringer Neonazis in die Stadt am Neckar? Kannten sie sich dort aus? Gab es HelferInnen vor Ort? Die Beantwortung dieser Fragen wird erschwert durch ein unübersichtliches Dickicht aus Details und the-

matischen Einzelsträngen. Zudem vernebeln Mythen, dubiose HinweisgeberInnen und Verschwörungstheorien die Aufklärungsbemühungen.

Wer war auf der Theresienwiese?

Als gesichert gilt, dass die Neonazis Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt unmittelbar an der Heilbronner Tat beteiligt waren. Zu diesem Ergebnis kamen sowohl die Bundesanwaltschaft und die Richter*innen im Münchner NSU-Verfahren als auch mehrere Untersuchungsausschüsse. Es gibt bisher keine Belege dafür, dass Kiesewetter oder Arnold gezielt als Opfer ausgewählt wurden – auch wenn das Motiv für die Tat bis heute unklar bleibt²⁴⁰.

Die beiden Täter sind nicht mehr am Leben. Sie töteten sich am 4. November 2011 in einem Wohnmobil in Eisenach, das die Polizei nach einem von ihnen begangenen Banküberfall aufspürte²⁴¹. Als Mittäterin verurteilte das Oberlandesgericht München am 11. Juli 2018 die heute 46-jährige Beate Zschäpe, die seit den frühen 1990er Jahren mit Mundlos und Böhnhardt in der Neonaziszene in Jena aktiv gewesen war. Am 26. Januar 1998 war Zschäpe mit Mundlos und Böhnhardt untergetaucht, als eine von ihnen zur Herstellung von Rohrbomben genutzte Garage in Jena von der Polizei durchsucht wurde. Dieses »Kerntrio« des NSU lebte bis zu seiner Enttarnung unter falschen Identitäten in Wohnungen, die mit Hilfe von anderen angemietet wurden – zunächst in Chemnitz, später in Zwickau. Laut dem Oberlandesgericht München kam dabei Beate Zschäpe, im Falle des Auffliegens der Gruppe, die Aufgabe zu, alle Beweismittel durch Brandlegung in der konspirativen Wohnung zu vernichten und ein Bekennervideo zu veröffentlichen²⁴². Doch in der Woh-

239 Die Böblinger Bereitschaftspolizei war damals zur Unterstützung der Heilbronner Polizei im Rahmen des Konzeptionseinsatzes »Sichere City« regelmäßig in Heilbronn eingesetzt.

240 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12950, S. 968 f.

241 Spekulationen darüber, dass sich Mundlos und Böhnhardt nicht selbst getötet haben, gelten als widerlegt; vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12950, S. 1027.

242 Oberlandesgericht München, Pressemitteilung vom 11. Juli 2018: *Urteil im Strafverfahren gegen Beate Z. u. a. wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung u. a. (NSU)*.

nung in der Zwickauer Frühlingsstraße 26, die Zschäpe nach dem Tod ihrer Kameraden am 4. November 2011 anzündete, blieben viele Beweismittel erhalten. Die Ermittler*innen fanden dort auch die Waffen, mit denen auf der Heilbronner Theresienwiese geschossen worden war. Im Brandschutt lagen zudem die Handschleife und das Reizstoffsprüngerät von Michèle Kiesewetter sowie ein Multifunktionsstool ihres Kollegen Martin Arnold. Die Kriminalpolizei stieß in Zwickau außerdem auf eine Jogginghose mit Blutantragungen der getöteten Polizistin, die Uwe Mundlos zugeordnet werden konnte. Auch in einem Bekennervideo nimmt die NSU-Terrorgruppe in einer Sequenz Bezug auf die Heilbronner Tat.



Mit einem Standbild am Ende eines von Beate Zschäpe verbreiteten Videos bekennt sich der NSU zum Mordanschlag auf die beiden Polizist*innen in Heilbronn. (Screenshot aus dem Bekennervideo)

Hinzu kommt, dass im Rahmen der Ringalarmfahndung am 25. April 2007 an einer Kontrollstelle der Polizei in Oberstenfeld gegen 14.37 Uhr ein Wohnmobil registriert wurde. Den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes zufolge wurde das Wohnmobil auf den Namen eines NSU-Unterstützers angemietet, dessen Personalien Uwe Böhnhardt für sein Leben im Untergrund nutzte.

Offen ist, ob bei der Tat neben Mundlos und Böhnhardt noch weitere Personen eine Rolle spielten. Dafür sprechen die Aussagen mehrerer Zeug*innen, die nach der Tat

in der Nähe der Theresienwiese und des Wertwiesenparks blutverschmierte und flüchtende Personen beobachteten. Bis zum Auffliegen des NSU im November 2011 hielten es die Ermittler*innen der Soko »Parkplatz« aufgrund dieser Aussagen für möglich, dass bis zu sechs Personen beteiligt gewesen sein könnten. Auch aus heutiger Perspektive ist weiterhin unklar, ob die Beobachtungen von Zeug*innen in Zusammenhang mit dem Mordanschlag stehen. Der zweite NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag hielt dazu fest: »Die angenommene Beteiligung mehrerer Personen an dem Fluchtgeschehen und auch eine Blutverschmiertheit solcher Personen begründen aus Sicht des Ausschusses Anhaltspunkte dafür, dass an dem Geschehen weitere Personen beteiligt waren. Der Ausschuss ist sich allerdings auch bewusst, dass dieser Schluss nicht zwangsläufig ist.«²⁴³.

Ungeklärt ist zudem, was unbekannte DNA-Spuren zu bedeuten haben, die am Diensthemd von Martin Arnold gefunden wurden und bis heute niemandem zugeordnet werden können²⁴⁴.

Als ausgeräumt gilt hingegen die in einigen Medien verbreitete Theorie, wonach sich am Tatort auch Personen aus dem Kreis der 2007 festgenommenen islamistischen »Sauerland-Gruppe« und Angehörige US-amerikanischer Dienste aufgehalten haben sollen²⁴⁵. Ein in der Presse aufgetauchtes angebliches Observationsprotokoll des Militärgeheimdienstes »Defense Intelligence Agency« (DIA) gilt als nicht authentisch²⁴⁶. Vieles deutet darauf hin, dass die These auf einen ehemaligen Zivilangestellten des US-Dienstes »66. Military Intelligence« zurückgeht, der sich nach seiner Entlassung als Hinweisgeber beim Bundeskriminalamt anzudienen versuchte. Laut eines ehemaligen Arbeitskollegen drohte der Mann nach seiner von arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen belasteten Zeit beim US-Militärdienst, er mache jetzt »die Amis fertig« und habe Kontakt zur Presse²⁴⁷. Jahre später machte die AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag den Betriebswirt zum parlamentarischen Berater im

243 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12950, S.1096.

244 Am Hemd von Martin Arnold wurden eine unbekannt weibliche und eine unbekannt männliche DNA-Vollspur gesichert. Trotz eines Abgleichs mit mehr als 100 Personen konnten die Spuren bisher niemandem zugeordnet werden.

245 Teilweise wird sogar über einen Waffendeal zwischen dem NSU und Islamisten spekuliert, obwohl es keinerlei Anhaltspunkte für eine derartige Kooperation gibt; vgl. Sven Ullenbruch: Die Verdunkelung der Aufklärung?, in: Benjamin-Immanuel Hoff/Heike Kleffner/Maximilian Pichl/Martina Renner (Hrsg.): *Rückhaltlose Aufklärung?*, Hamburg 2019, S. 126 f.

246 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 660.

247 Landtag von Baden-Württemberg, Untersuchungsausschuss »Rechtsterrorismus/NSU BW«: *Protokoll der 33. Sitzung am 9. November 2015*, S. 38.

zweiten NSU-Untersuchungsausschuss. Im Abschlussbericht des Landtagsgremiums wird der Zeuge allerdings als »vollständig unglaubwürdig« eingeordnet²⁴⁸.

Spuren nach Nordwürttemberg

Verschiedene Belege zeigen, dass sich der NSU für die Region interessierte. So fanden Ermittler*innen in dem von Beate Zschäpe angezündeten Unterschlupf in Zwickau neben Stadtplänen von Stuttgart und Ludwigsburg Teile eines stark verbrannten, faltbaren Stadtplans von Heilbronn. Auch in bundesweiten Adressensammlungen der NSU-Terrorgruppe tauchen Heilbronner Adressen auf, die als mögliche Anschlagziele in Frage kommen. Diese als »10.000er Liste« bezeichnete Sammlung ist allerdings äußerst umfangreich und enthält zahlreiche Einträge auch aus anderen Regionen. Insgesamt beziehen sich etwa 1.000 Eintragungen auf Baden-Württemberg.

Unter den Heilbronner Datensätzen befinden sich die Namen von Politiker*innen, Parteibüros, Waffenläden und von türkischen bzw. islamischen Vereinen in der Stadt. Auch die Staatliche Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in der Heilbronner Austraße ist auf der NSU-Liste vermerkt.

Hinzu kommen die persönlichen Verflechtungen der NSU-Mitglieder und ihres engen Umfeldes ins nördliche Baden-Württemberg. So waren Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und weitere Szeneangehörige aus Chemnitz und Jena ab 1993 bis zu 30-mal in Ludwigsburg zu Besuch, um dort mit Gleichgesinnten zu feiern. Das bekundeten ehemalige KameradInnen gegenüber der Polizei und dem zweiten Stuttgarter Untersuchungsausschuss²⁴⁹. In Briefen berichtete Uwe Mundlos von Erlebnissen mit den »Spätzles« im Südwesten. Als Treffpunkt diente dabei der Privatkeller des Ludwigsburger Neonazis M. E., der zeitweise Mitglied der 1990 gegründeten Rechtsrock-Band »Kettenhund« war. Auch in der Ludwigsburger Szenekneipe »Oase« vergnügte sich die spätere Terrorgruppe aus Jena in den Neunziger Jahren mit ihren schwäbischen

FreundInnen. Besonders auffällig ist, dass es Uwe Mundlos auch während der Zeit im Untergrund Anfang 2001 nochmals in die Barockstadt zog. Gemeinsam mit Uwe Böhnhardt hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits den ersten NSU-Mord an dem Blumenhändler Enver Şimşek in Nürnberg begangen²⁵⁰.

Auch zwei Jahre später hielten sich Mundlos und Böhnhardt im Südwesten auf. Fotos zeigen Uwe Böhnhardt am 25. Juni 2003 mit Mountainbike und Rucksack in der Nordbahnhofstraße in Stuttgart vor einer Gaststätte und einem türkischen Lebensmittelgeschäft – wohl beim Ausspähen möglicher Ziele.

Ein Heilbronner Keller als Geheimtipp

Trotz dieser auffälligen Bezüge gibt es bisher keine Anhaltspunkte dafür, dass Personen aus dem Ludwigsburger Freundeskreis den NSU im April 2007 bei der Tat auf der Theresienwiese unterstützten. Belegen lässt sich aber, dass die Stadt Heilbronn bereits in den Neunziger Jahren für viele Personen aus der damaligen Szene eine Rolle spielte.

So reiste der Chemnitzer Neonazi E. P. laut eigener Aussage mehrmals mit seinem ebenfalls aus Chemnitz stammenden Kameraden M. F. nach Heilbronn²⁵¹. Beide Männer waren mit der späteren NSU-Terrorgruppe befreundet. M. F., der zwischen 1991 und 1994 in Ludwigsburg lebte, gilt als derjenige, der den Kontakt zwischen Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt und den schwäbischen KameradInnen herstellte.

Mehrere der Ludwigsburger NSU-Kontaktpersonen verkehrten außerdem im sogenannten »Bayernkeller« in der Dammstraße in Heilbronn. Dabei handelte es sich um einen privaten Keller, der ab Ende der 1980er Jahre als Treffpunkt der Hooligan- und Neonaziszene bekannt war. Einige gewaltbereite Fußballfans waren damals eng mit der rechten Skinheadszenen verzahnt, wie interne Publikationen unschwer erkennen lassen. So grüßte das lokale

248 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/5250, S. 1019.

249 Ebd., S. 959.

250 Am 9. September 2000 schossen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt zwischen 12.45 und 14.45 Uhr insgesamt neun Mal auf den 38-jährigen Blumenhändler Şimşek, der gerade in seinem Transporter an einem Verkaufsstand in der Liegnitzer Straße in Nürnberg Blumen sortierte. Enver Şimşek starb am 11. September 2000.

251 Landtag von Baden-Württemberg, Untersuchungsausschuss »Rechtsextremismus/NSU BW II«; Protokoll der 18. Sitzung am 15. Januar 2018, S. 73 u. 100.

Szene-Blättchen »War on the terraces« z. B. »alle Skins & Hools HN«, die »Skins und Hools Stuttgart« und die Stuttgarter Neonazi-Band »Noie Werte«²⁵². Auch NPD-Aktivistinnen und Angehörige der Rockergruppe »Arier Heilbronn« hielten sich in den Räumlichkeiten auf.

Nach außen versuchten die BesucherInnen des Kellers sich als unpolitisch darzustellen. So schrieben sie in einem 1989 in der Nachbarschaft verteilten Flugblatt über sich selbst: »Es handelt sich hierbei um »Fußball- und Eishockey-Fans verschiedener Bundesliga-Vereine!!! Bei den Treffen werden Termine vereinbart, zu welchen Spielen man fährt; man spricht miteinander, tauscht Erfahrungen aus, spielt zusammen Karten, Schach und hört Musik – von Hardrock bis Punk u. von Heino bis H. Grönmeyer«²⁵³. Ein Blick in die einschlägigen Szenehefte der frühen 1990er Jahre zeigt jedoch, dass der Keller überregional als Anlaufpunkt für extrem Rechte galt. So verkündete die bekannte Neonaziband »Triebtäter« im Magazin »United Skins«: »Als Geheimtipp gibt es den Keller in Heilbronn, der aber nur Freitags auf hat. Hier treffen sich die meisten Skins aus allen Regionen«²⁵⁴ (Schreibweise im Original). Auch Personen aus Ostdeutschland waren in der Dammstraße zu Gast, wie ehemalige KellerbesucherInnen berichten. Betreiber des Szenetreffs war der Heilbronner B. P. – ein heute 65-jähriger Beamter im Ruhestand. Er beteuert zwar, sich immer »in der demokratischen Mitte« verortet zu haben²⁵⁵, P. war aber als Gast bei der Gründungsversammlung des Heilbronner Kreisverbandes des extrem rechten Vereins »Forum 90« anwesend.

Kontakte ins NSU-Umfeld

Auch Michael Dangel, einer der damaligen Köpfe des »Forum 90«, tauchte in den NSU-Ermittlungen auf. Der ehemalige sächsische Neonazi-Aktivist Thomas Starke berichtete, den Heilbronner Steuerberater in den 1990er Jahren auf einer Feier in einem Steinbruch in der Region

kennen gelernt zu haben. Starke war zeitweise mit Beate Zschäpe liiert und besorgte der späteren Terrorgruppe im Jahr 1996 mindestens 1,4 Kilogramm TNT-Sprengstoff. Er ist einer der Beschuldigten in einem noch laufenden NSU-Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts. Dangel soll Starke auf eine sogenannte »1000 Liter-Bölkstoff-Party« eingeladen haben, die das »Forum 90« damals in Heilbronn organisierte. Vor dem zweiten baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschuss bestätigte Dangel, dass 15 Neonazis aus Ostdeutschland bei der Feier in Heilbronn mit Trabbis vorgefahren seien. Er gab aber an, sich an keine Namen erinnern zu können – eine Aussage, deren Glaubhaftigkeit der Landtagsausschuss in seinem Abschlussbericht bezweifelt²⁵⁶.

Verbindungen zum NSU-Umfeld weist auch ein Mitte und Ende der Neunziger Jahre aktiver Zirkel um Michael Dangel auf. So nahm an den Treffen in Heilbronn die aus Pfeldelbach stammende Nicole Schneiders teil. Sie studierte später Rechtswissenschaften in Jena und engagierte sich mit dem inzwischen als NSU-Unterstützer verurteilten Ralf Wohlleben in der dortigen NPD. Im Münchner NSU-Prozess war Schneiders als Rechtsanwältin von Wohlleben tätig. Auch Schneiders ehemaliger Lebensgefährte M. S. gehörte zum extrem rechten Heilbronner Klüngel um Michael Dangel, bevor er in Jena studierte. In der thüringischen Universitätsstadt zählte S., der heute als Chirurg im Landkreis Heilbronn arbeitet, zu den Gründungsmitgliedern der extrem rechten Burschenschaft »Normannia«²⁵⁷. Die Gruppe war eng mit dem »Thüringer Heimatschutz« (THS) verbunden, in dem Uwe Mundlos, Uwe Bönnhardt und Beate Zschäpe vor ihrem Abtauchen aktiv waren. So nahm bspw. der NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben als ständiges Mitglied an den Veranstaltungen der »Normannia« teil. Mitglied der Burschenschaft war auch C. K., der damals als Teil des Neonazi-Liedermacher-Duos »Eichenlaub« ein pathetisches Lied für das untergetauchte Jenaer Trio veröffentlichte.

252 Magazin »War on the terraces«, Nr. 1, S. 2.

253 Flugblatt der »Unterländer-Fan-Gemeinschaft«, 1989.

254 Magazin »United Skins«, Nr. 5.

255 Landtag von Baden-Württemberg, Untersuchungsausschuss »Rechtsextremismus/NSU BW II«: *Protokoll der 9. Sitzung am 28. April 2017*, S. 53.

256 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/5250, S. 964.

257 Die Burschenschaft »Normannia« wurde am 12. Februar 2000 als Abspaltung der Burschenschaft »Jenensia« gegründet. Hintergrund der Abspaltung war eine Veranstaltung des extrem rechten Publizisten Peter Dehoust im Dezember 1999 in Jena, bei der 20 Mitglieder des »Thüringer Heimatschutzes« (THS) als Ordner fungierten. Diejenigen Burschenschaftler, die keine Berührungspunkte zum THS hatten, gingen zur »Normannia«.

Ein politisches Netzwerk mit Bezug zu den Taten des NSU lässt sich aus diesen reinen Kennverhältnissen jedoch nicht ableiten. Insbesondere hinsichtlich des Heilbronner Mordanschlags verbieten sich vorschnelle Rückschlüsse auf die Beteiligung regionaler Kontaktpersonen. Die Verstrickungen machen allerdings ein extrem rechtes Milieu aus dem Raum Heilbronn sichtbar, das insbesondere in den 1990er und den frühen 2000er Jahren präsent war – bis hinein in militante Kreise im Osten der Republik.

»Blood & Honour« und der Sound der Terrorgruppe

In den angrenzenden Regionen finden sich ebenfalls Spuren ins Umfeld der Terrorgruppe. Dabei fallen vor allem (ehemalige) Mitglieder der internationalen Neonazi-Organisation »Blood & Honour« (B&H) ins Auge. Besonders in der ersten Phase des Untertauchens gehörten AktivistInnen von B&H zu den zentralen UnterstützerInnen von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe.²⁵⁸ Bis heute läuft etwa gegen den ehemaligen sächsischen B&H-Chef J. W. ein NSU-Ermittlungsverfahren, weil er bereits 1998 den Auftrag gehabt haben soll, den Untergetauchten Waffen zu besorgen. In den 2000er Jahren zog W. von Chemnitz nach Baden-Württemberg – zu seiner damaligen Freundin, einer Besigheimer Gerichtsvollzieherin. Später wohnte er in einer Pension in Walheim. Auch der aus dem sächsischen Schlema stammende B&H-Aktivist J. A. pflegte enge Freundschaften ins NSU-Umfeld und verlegte in den 2000er Jahren seinen Lebensmittelpunkt ins nördliche Baden-Württemberg. In Sozialen Netzwerken posiert A. bis heute mit T-Shirts der Neonazigruppe »Ariogermanische Kampfgemeinschaft« und als »Hells Angels«-Supporter.

Immer wieder zum Thema wurde im Rahmen der NSU-Ermittlungen außerdem der aus Chemnitz stammende Skinhead A. G. Er soll am Rande einer NPD-Schulungsveranstaltung im thüringischen Eisenberg am 29. Januar 2000 gegenüber Kameraden über die Neonazis im Un-

tergrund geäußert haben: »Den dreien geht es gut«. Das berichtete zumindest ein V-Mann dem Thüringer Verfassungsschutz²⁵⁹. Und tatsächlich war das NSU-Trio bis zum Sommer 2000 in Chemnitz untergebracht – zeitweise im selben Haus, in dem neben weiteren Neonazis auch A. G. wohnte. G. gehörte damals zum inneren Kreis des sächsischen B&H-Ablegers und hatte sich mit seiner Band »Auf eigene Gefahr« (AEG) und als Mitarbeiter des Rechtsrock-Labels »Movement Records« einen Namen in der Szene gemacht. Im Januar 2001 zog G. in den Rems-Murr-Kreis, wo er bis heute lebt. Er wurde Gitarrist der Stuttgarter Neonaziband »Noie Werte«. Ausgerechnet mit deren Liedern »Kraft für Deutschland« und »Am Puls der Zeit« unterlegte der NSU zwei unveröffentlichte Versionen seines Bekennervideos²⁶⁰.

Wie eng die Bande innerhalb der Neonaziszene auch nach der Auflösung der »Noien Werte« im Jahr 2010 sind, wird anhand des ehemaligen Sängers der Band deutlich: Der Jurist Steffen Hammer ist heute als Rechtsanwalt in einer Partnerschaftsgesellschaft mit seiner Kollegin Nicole Schneiders tätig. Er unterstützte Schneiders bei der Verteidigung des NSU-Unterstützers Ralf Wohlleben vor dem Münchner Oberlandesgericht und übte dabei nach eigenen Angaben vor allem »Hintergrund- und Recherchetätigkeiten« aus. Gegenüber dem zweiten baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschuss verweigerte Hammer ohne gesetzlichen Grund jegliche Aussage und musste deshalb sogar ein Ordnungsgeld bezahlen²⁶¹. Auch in Heilbronn war Hammer bereits als Szeneanwalt aktiv. So vertrat er z. B. den Neonazi K. U. S. im April 2016 in einem Verfahren wegen illegalem Waffenbesitz vor dem Heilbronner Amtsgericht.

Trotzdem fehlt es bisher an konkreten Anhaltspunkten dafür, dass Mitglieder der »Noien Werte« oder der baden-württembergischen »Blood & Honour«-Strukturen den NSU unterstützten. Ins Stocken gerät die Aufklärung über diese Netzwerke auch aufgrund der Eigeninteressen verschiedener Behörden, die zahlreiche V-Leute²⁶² in

258 Vgl. Antonia von der Behrens: *Das Netzwerk des NSU, staatliches Mitverschulden und verhinderte Aufklärung*, in: Antonia von der Behrens (Hrsg.): *Kein Schlusswort*, Hamburg 2018, S. 223 f.

259 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12950, S. 953.

260 Warum der NSU Titel der Band »Noie Werte« auswählte, ist unklar. Die 1987 gegründete Band hatte in der Szene Kult-Status und trat bundesweit bei Neonazi-Konzerten auf. Die Auswahl könnte alleine dieser Popularität geschuldet sein.

261 Amtsgericht Stuttgart, Beschluss vom 13. August 2018 (29 Gs 4616/18).

262 V-Leute (=Vertrauenspersonen) sind Privatpersonen, die in geheimem Auftrag gegen Bezahlung die Polizei, den Zoll oder Nachrichtendienste über geplante oder begangene Verbrechen in mutmaßlich verfassungsfeindlich agierenden Szenen oder Organisationen informieren, denen sie selbst auch angehören.

der Szene und auch im NSU-Umfeld führten. So war S. L., der ehemalige bundesweite Chef der deutschen B&H- »Division«, mutmaßlich unter dem Decknamen »Nias« als V-Mann für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) tätig²⁶³. Ab 2001 lebte der Berliner in Kirchheim am Neckar. Dort wohnte L. zunächst in einer Wohnung des ehemaligen B&H-Sektionsleiters und »Furchtlos & Treu«-Chefs M. F. Dem zweiten baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschuss wollten sowohl S. L. als auch das BfV keine Auskunft darüber geben, ob der B&H-Chef tatsächlich für den Inlands-Nachrichtendienst spitzelte. Das Gremium im Stuttgarter Landtag übte an diesem Vorgehen deutliche Kritik und rügte, die Ausführungen des Verfassungsschutzes dazu entsprächen nicht den rechtlichen Vorgaben²⁶⁴.

Der Ku-Klux-Klan und die PolizistInnen

Während die Beziehungsgeflechte zwischen dem NSU-Umfeld im Osten und im Südwesten nur schwer zu entwirren sind, ist über eine kleine und sehr spezielle Gruppierung inzwischen viel bekannt. Es geht dabei um einen im Oktober 2000 in Schwäbisch Hall gegründeten Ableger des aus den USA stammenden rassistischen Geheimbundes »Ku-Klux-Klan«. Diese »European White Knights of the Ku Klux Klan« (EWK KKK) stellten ihre Aktivitäten zwar nach rund zwei Jahren bereits wieder ein. Nach der Selbstenttarnung des NSU sorgten die schwäbischen Kapuzenmänner aber wieder für Aufsehen. Denn auch baden-württembergische PolizistInnen hatten beim Klan mitgemischt – darunter ein direkter Kollege von Michèle Kiesewetter aus der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit 523.

Anlass für Spekulationen boten zudem Kontakte zu den Inlandsnachrichtendiensten. So war A. S., der Chef des EWK KKK, als V-Mann des baden-württembergischen Verfassungsschutzes tätig. Der gebürtige Mosbacher lieferte Informationen aus den Neonazi-Kreisen in Heilbronn und Schwäbisch Hall, in denen er sich seit Anfang der Neunziger Jahre bewegte. S. knüpfte auch bundes-

weit Kontakte, da er als Liedermacher unter dem Namen »Wolfsrudel« und mit den Rechtsrock-Bands »Höllenhunde« und »Celtic Moon« bei NPD-Veranstaltungen und Neonazikonzerten auftrat. Laut Verfassungsschutz wurde S. allerdings kurz nach der Gründung des EWK KKK als V-Mann abgeschaltet, weil er der Behörde seine Aktivitäten im Klan verschwiegen hatte²⁶⁵. Für Aufklärung sorgte hingegen ein Spitzel des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der ebenfalls im Klan dabei war. Er berichtete unter dem Decknamen »Corelli« von mehreren PolizistInnen in den Reihen der Kapuzenträger. Demnach waren in den Jahren 2001/2002 zwei Polizeibeamte aus Baden-Württemberg Mitglied des EWK KKK, drei weitere hatten Kontakt zum Klan.

Die Gruppe bezeichnete sich auf ihrer Homepage öffentlich als »Bruderschaft, die sich der Erhaltung und dem Vorankommen der Weißen Rasse gewidmet hat.«²⁶⁶ (Schreibweise im Original). In einer Informationsbroschüre hieß es: »Der Weg unser Ziel zu erreichen bzw. unsere Rasse reinzuhalten ist die Einhaltung der Rassentrennung, die dadurch praktiziert wird, dass die Brüder unseres Ordens diese selbst praktizieren indem sie sich nicht mit Andersrassigen vermischen«²⁶⁷ (Schreibweise im Original). Und auf dem Antragsformular für die Mitgliedschaft im Klan mussten die Interessierten mit ihrer Unterschrift versichern: »Hiermit schwöre ich, dass ich eine weiße Person ohne jüdischen Vorfahren bin«²⁶⁸.

Letztlich beschränkten sich die Aktivitäten des EWK KKK aber auf interne Treffen und Zeremonien. Dazu versammelten sich die Mitglieder in Privatwohnungen, auf der Burgruine »Geyersburg« in Untermünkheim oder in einer Sportsbar in Michelbach an der Bilz, in der heute die AfD Veranstaltungen und Stammtische durchführt.

Hinzu kommt, dass die Polizisten den Klan bereits nach wenigen Monaten verließen. Somit liegen zwischen dem Ende ihrer Mitgliedschaft und der Ermordung ihrer Kollegin Michèle Kiesewetter in Heilbronn im April 2007 rund fünf Jahre. In dieser Zeit waren die Kontakte der Polizis-

263 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12950, S. 1256.

264 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/5250, S. 1044.

265 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/8000, S. 569.

266 Eintrag auf der Homepage von »European White Knights of the Ku Klux Klan«: *Wer sind wir und was wollen wir?*, 2001.

267 »European White Knights of the Ku Klux Klan«, Offizielle Informationsbroschüre, S. 5.

268 »European White Knights of the Ku Klux Klan«, Formular »Antrag auf Mitgliedschaft«.

ten zum Klan auch Thema innerhalb der Polizeiführung und in Teilen des Kollegiums²⁶⁹. Einer der beiden Beamten war zwar am Tattag in der Heilbronner Innenstadt als Gruppenführer von Kiesewetters Einheit im Einsatz. Der Mann befand sich allerdings den ganzen Tag über in der Begleitung eines Streifenpartners, von dem keinerlei Verbindungen zum Klan oder zur extrem rechten Szene bekannt sind.

Im Ergebnis scheint somit kein Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft baden-württembergischer Polizisten im Ku-Klux-Klan und dem NSU-Mord zu bestehen. Der zweite Stuttgarter NSU-Untersuchungsausschuss schließt eine Beteiligung von Strukturen des EWK KKK an dem Mordanschlag auch deshalb aus, weil dieser »kein Gewaltpotenzial entwickelt« habe²⁷⁰.

Keinerlei Bezug ist bisher auch zum Verein »Uniter e. V.« zu erkennen, der in einigen Medienberichten mit dem NSU-Komplex in Verbindung gebracht wird und der auch im Raum Heilbronn aktiv ist. Bei »Uniter e. V.« organisieren sich vor allem ehemalige und aktive Angehörige von militärischen Spezialeinheiten und der Polizei. Einige sollen an obskuren Chatgruppen sogenannter »Prepper« beteiligt gewesen sein, in denen über eine bevorstehende Staatskrise, einen sogenannten »Tag X«, phantasiert wurde²⁷¹. Gründungsvorsitzender von »Uniter e. V.« war ein ehemaliger Kollege von Michèle Kiesewetter, der ab 2015 beim Landesamt für Verfassungsschutz arbeitete²⁷². Dass der Mann in den »Prepper«-Chatgruppen kommunizierte oder Kontakte in die extrem rechte Szene pflegte, ist jedoch nicht bekannt. Am Einsatz in Heilbronn am 25. April 2007 war er nicht beteiligt.

Wie bereits erwähnt, gibt es ohnehin bisher keine Belege dafür, dass Kiesewetter oder Arnold gezielt als Opfer ausgewählt wurden²⁷³.

Ein Hinweisgeber und die angebliche »Neoschutzstaffel«

Auch manch andere spektakuläre These zum Heilbronner NSU-Komplex gilt inzwischen als überholt. So war und ist immer wieder die Rede davon, mehrere Menschen seien im Zusammenhang mit der Aufklärung rund um den NSU in Baden-Württemberg auf ungeklärte Weise zu Tode gekommen.

Ausgangspunkt ist dabei der Tod des 21-jährigen F. H. aus Eppingen. H. war in den Jahren 2010 und 2011 als Randfigur in der extrem rechten Szene in Heilbronn aufgetaucht. Er gehörte damals zusammen mit einigen anderen Neonazis zu einer Clique junger Leute, die sich im Stadtgarten an der Heilbronner »Harmonie« trafen. H. war zudem Teilnehmer der extrem rechten Demonstration des »Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses« am 1. Mai 2011 in Heilbronn. Im August 2011 – also noch vor dem Bekanntwerden des NSU – äußerte F. H. gegenüber zwei Auszubildenden der Heilbronner SLK Kliniken, er wisse, wer die Polizistin Michèle Kiesewetter getötet habe. In einer Vernehmung durch das Landeskriminalamt bestritt H. im Januar 2012 allerdings diese Aussage. Der Zeuge korrigierte, es sei lediglich in der extrem rechten Szene damit geprahlt worden, dass die Verantwortlichen »aus der Szene« kämen. H. berichtete in der Vernehmung außerdem von einem angeblichen Treffen einer Heilbronner Kameradschaft mit dem Namen »Neoschutzstaffel« (NSS) im Jahr 2010 in Öhringen. Dort sei auch vom NSU die Rede gewesen.

Am Morgen des 16. September 2013 verbrannte F. H. in seinem Auto am Cannstatter Wasen in Stuttgart. Von Seiten der Ermittlungsbehörde war schnell die Rede davon, dass sich H. in dem benzingetränkten Innenraum seines Peugeot selbst angezündet habe. Aufgrund der Brisanz der Aussagen von H. und seinem Aufsehen erregenden Tod beschäftigte sich der erste NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag aber ausführlich mit dem Fall. Unter anderem wurde ein unabhängiger Sachverständiger mit

269 Die disziplinarrechtliche Würdigung der Klan-Mitgliedschaft erfolgte allerdings nur schleppend und endete für die beiden Polizisten lediglich mit einer Zurechtweisung bzw. einer Rüge. Die beiden Männer konnten weiterhin als Polizeibeamte tätig sein.

270 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/5250, S. 1005.

271 Florian Fade: *Schutzräume und Handgranaten für »Tag X«*, Die Welt, 26. November 2018.

272 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/5937, S. 2.

273 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12950, S. 968 f.

der Erstellung eines Brandgutachtens beauftragt. Auch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft nahm im März 2015 das zunächst eingestellte Todesermittlungsverfahren wieder auf. Im Ergebnis fanden weder die Abgeordneten des Untersuchungsausschusses²⁷⁴ noch die Ermittler des Landeskriminalamts Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden²⁷⁵. Die Untersuchungen förderten zu Tage, dass der junge Mann unter Angstzuständen und Suizidgedanken litt und sich zeitweise in psychiatrischer Behandlung befand. Am Abend vor seinem Tod schrieb er einer Freundin per WhatsApp: »Du ich kann absolut nicht mehr bin am Ende von meiner Energie und weiß nicht mehr, was ich noch machen soll«²⁷⁶ (Schreibweise im Original). Entgegen anderslautender Spekulationen gibt es aber keine Belege dafür, dass H. aus der Neonaziszene bedroht wurde. Augenzeug*innen des tödlichen Autobrandes haben zudem keine weiteren Personen in der Nähe beobachtet. Auch die Existenz einer mit dem NSU vernetzten regionalen »Neoschutzstaffel« konnte nicht belegt werden. Vieles spricht dafür, dass ein Teil der Clique um F. H. mit dem Namen NSS und anderen martialischen Selbstbezeichnungen hantierte, ohne eine handlungsfähige Struktur zu meinen. Kontakte dieser Kreise zum NSU oder dessen Umfeld sind nicht bekannt.

Der Mythos vom »Zeug*innensterben«

Ungeachtet der objektiven Ermittlungsergebnisse zum Suizid von F. H. führten zwei weitere Todesfälle zu erneuten Spekulationen. Zunächst verstarb im Heilbronner Krankenhaus »Am Gesundbrunnen« am 28. März 2015 M. M., die 20-jährige ehemalige Freundin von F. H. aus Kraichtal. Dann wurde am 8. Februar 2016 M.s Ex-Freund S. W. in Kraichtal erhängt aufgefunden. In beiden Fällen gibt es jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass Fremde an dem Tod der jungen Leute mitwirkten. M. M. starb laut einem Bericht der Heidelberger Rechtsmedizin an einer Lungenarterienembolie, die auf eine tiefe Beinvenenthrombose in Folge eines Motorradunfalls zurückzuführen ist. S. W. hegte den polizeilichen Ermittlungen nach

bereits Monate vor seinem Tod Suizidgedanken²⁷⁷. Darüber hinaus waren weder M. M. und S. W. in lokale Neonazi-Strukturen eingebunden. Noch vor ihrem Tod hatte M. dem Stuttgarter Untersuchungsausschuss berichtet, mit F. H. weder über den NSU noch über die Verantwortlichen für die Tötung von Michèle Kiesewetter gesprochen zu haben.

Von einem mysteriösen Sterben von Zeug*innen im baden-württembergischen NSU-Komplex kann deshalb keine Rede mehr sein. Zu diesem Schluss kam auch der zweite Untersuchungsausschuss im Bundestag: »Die zu allen drei Todesfällen geführten Ermittlungen ergaben keine Anzeichen für eine Fremdeinwirkung. Soweit sich der erste NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages von Baden-Württemberg mit den Todesfällen F. H. und M. M. befasste, kam auch er zu dem Ergebnis, dass ein Fremdverschulden nicht vorliegt. Nach Auswertung aller beigezogenen Akten konnte der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages diese Einschätzung für alle drei Todesfälle nachvollziehen«²⁷⁸.

Verschwörungstheorien von rechts wie von links verknüpfen die Todesfälle trotzdem miteinander. Um das Bild einer vermeintlichen geheimen Verschwörung zu verstärken, wird zum Teil auch der Tod einer Frau aus der Ludwigsburger Neonazi-Szene erwähnt, die wohl in den 1990er Jahren Kontakt zu Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe hatte. Die Frau starb allerdings am 2. Februar 2017 in einem Pflegeheim in Bietigheim-Bissingen an den Folgen einer erblich bedingten Muskeldystrophie. Auch der nicht restlos aufgeklärte Tod eines jungen Mannes auf einem Waldparkplatz zwischen Cleversulzbach und Eberstadt am 25. Januar 2009 wird vorschnell in den Kontext der Todesfälle gerückt²⁷⁹. Derart vereinfachende Theorien, die einer tiefer gehenden Überprüfung nicht standhalten, fügen der weiterhin dringend notwendigen Aufklärung des rechten Terrors nachhaltigen Schaden zu.

274 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/8000, S. 939.

275 Das zweite Todesermittlungsverfahren wurde mit Verfügung vom 17. Dezember 2015 von der Staatsanwaltschaft Stuttgart eingestellt (Aktenzeichen 5 UJs 8127/13).

276 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/8000, S. 940.

277 Sven Ullenbruch: *Ermittlungen in drei Todesfällen eingestellt*, Stuttgarter Zeitung, 16. September 2016.

278 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12950, S. 1081.

279 Der 19-jährige A. Ch. aus Weinsberg wurde in der Nacht zum 25. Januar 2009 auf dem Waldparkplatz »Abgebrannte Eiche« neben einem brennenden Auto aufgefunden und verstarb an seinen Brandverletzungen. Bis heute ist nicht abschließend geklärt, ob es sich dabei um einen Suizid handelte.

Dabei verweist gerade der Fall F. H. – völlig unabhängig von den geklärten Umständen seines Todes – auf eine noch offene Frage: Wussten Teile der extrem rechten Szene im Land schon vor dem 4. November 2011, dass eine gleichgesinnte Terrorgruppe mordend durch das Land zog? Abwegig ist das nicht. So spendeten die abgetauchten Neonazis z. B. 2.500 € an die Szenezeitschrift »Der Weisse Wolf«. Die Schreiberlinge reagierten in einem der nächsten Hefte und erwähnten den NSU damit im Jahr 2002 zum ersten Mal öffentlich: »Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter«²⁸⁰. Die niedersächsische Neonazi-Band »Gigi und die braunen Stadtmusikanten« veröffentlichte bereits im Jahr 2010 das Lied »Döner-Killer«. Darin hieß es: »Neun mal hat er bisher brutal gekillt, doch die Lust am Töten ist noch nicht gestillt. Profiler rechnen mit dem nächsten Mord. Die Frage ist nur wann und in welchem Ort«.

Damit verbunden sind weitere Fragen: Wie groß war das Netzwerk des NSU? Wie wählten und spähten sie ihre Ziele aus? Und wie gelangten die Adressen potenzieller Opfer auch aus Heilbronn auf die Listen des NSU? Weder der Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht noch die zahlreichen Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern fanden darauf bislang eine Antwort.



*Gedenktafel für die NSU-Opfer am Tatort des NSU-Anschlags auf die beiden Polizist*innen in Heilbronn. (Foto: Peter Schmelzle/ wikimedia Creative Commons 3.0)*

Ermittler*innen stellten zunächst eine Ähnlichkeit des Toten mit einem Phantombild im Fall Kiesewetter fest, das anhand der Beobachtungen einer Zeugin erstellt worden war. Bei einer Lichtbildvorlage erkannte die Zeugin A. Ch. aber nicht. Die von der Zeugin beschriebene Person unterschied sich auch in Alter und Größe von A. Ch.; vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12950, S. 964 u. 1086.

280 Magazin »Der Weisse Wolf«, Nr. 18, 1/2002, S. 2.

Engagement für Demokratie und Menschenrechte in der Region Heilbronn

Das »Netzwerk gegen Rechts Heilbronn« (NgR)



Das »Netzwerk gegen Rechts Heilbronn« (NgR) ist aus dem Aktionsbündnis »Heilbronn stellt sich quer« (HNSSQ) entstanden, das sich Anfang 2011 gegründet hatte. Auslöser war damals die Ankündigung des faschistischen „Nationalen und sozialen Aktionsbündnis“, am 1. Mai 2011 in Heilbronn einen Großaufmarsch von Neonazis aus dem gesamten süddeutschen Raum veranstalten zu wollen. Das gemeinsame Ziel von »Heilbronn stellt sich quer« war die Verhinderung dieses Aufmarsches durch massenhafte Sitzblockaden. Letztlich waren die Aktionen des zivilen Ungehorsams aber nicht erfolgreich und mehr als 700 Neonazis konnten am 1. Mai 2011 in Heilbronn demonstrieren. Trotzdem arbeitete das Bündnis weiter, um eine kontinuierliche Arbeit gegen rechte Gruppierungen und Parteien in Heilbronn und der Region sicherzustellen.

Die vielfältige Zusammensetzung des Bündnisses hat sich über all die Jahre als große Stärke herausgestellt. Parteien, Gewerkschaften, außerparlamentarische Organisationen und Einzelpersonen arbeiten als aktive Zivilgesellschaft an einem gemeinsamen Ziel: für ein buntes und offenes Heilbronn, in dem Rassismus und Faschismus keinen Platz finden.

Im Sommer 2015 wurde aus dem Bündnis »Heilbronn stellt sich quer« das »Netzwerk gegen Rechts Heilbronn«. Damit änderte sich nicht nur der Name, sondern auch der gemeinsame Ansatzpunkt. Mehr Menschen sollen sich aktiv in unsere Arbeit einbringen können – auch jenseits der klassischen Bündnis-Konstellationen. Denn wir schaffen es nur gemeinsam, dem gesellschaftlichen Rechtsruck zu begegnen.

Rechtsruck in Heilbronn

Seit der Gründung des Bündnisses und dem Großaufmarsch 2011 in Heilbronn hat sich außerdem vieles gewandelt in der rechten Ecke. Waren es in den ersten Jahren vor allem die Kämpfe gegen klassische Neonazi-Strukturen rund um den Heilbronner Kreisverband der »Nationalde-

mokratischen Partei Deutschlands« (NPD), die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) oder »Freie Kameradschaften«, die die antifaschistische Arbeit bestimmten, hat sich seit 2015 die politische Landschaft nachhaltig verändert.

Wir erinnern uns zurück an den Sommer 2015: Tausende Geflüchtete überwinden die europäischen Außengrenzen auf der Suche nach Schutz vor Krieg und Elend. Sie setzen damit das europäische Grenzregime außer Kraft. Auf ihrem Weg lassen sie sich nicht aufhalten, sie schaffen es bis in die Bundesrepublik. Die deutsche Politik hat die Lage falsch eingeschätzt und keinerlei Vorkehrungen getroffen. Geflüchtete müssen in Zeltstädten und notdürftigen Unterbringungen übernachten, es herrscht ein großes Durcheinander. Gleichzeitig beginnt die Hetze von rechts außen.

Allerdings schaffen es klassische Neonazi-Organisationen in Heilbronn und Umgebung nicht, die aufkommende rechte Empörungswelle für sich zu nutzen. Es ist die »Alternative für Deutschland« (AfD), die von dieser Situation profitiert und verschiedene rechte und rechtsextreme Strömungen zusammenführt. Die Programmatik der AfD bewertet nicht-deutsche Kulturen als Bedrohung und sieht sie der deutschen Kultur nicht gleichgestellt²⁸¹. Diese Ausrichtung folgt einer Argumentation nach Kultur als Synonym für Rasse und macht sie attraktiv für Menschen mit rassistischen Ideologien. Durch eine scheinbar kausale Verbindung von Zuwanderung mit Kriminalität und Terrorismus²⁸² werden gesellschaftliche Ängste gegenüber zugewanderten Menschen geschürt. Heilbronn, Hohenlohe, Main-Tauber – früher fuhr die NPD hier mitunter ihre besten Wahlergebnisse für Baden-Württemberg ein. Wenn man sich die Wahlergebnisse ansieht, scheint es der AfD zu gelingen, ihre Wählerschaft am rechten Rand für sich zu mobilisieren.

Parallel zum Erfolg der AfD etablieren sich auch auf den Straßen rechte Bewegungen. Mit der Gründung der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) in Dresden schwappt in der

281 Vgl. Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, S. 47.

282 Vgl. Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, 2021, S. 77, S. 80 und S. 91.

Folgezeit eine ganze »IDA«-Welle über das Land. In unzähligen Städten entstehen Ableger, die sich direkt oder indirekt auf das Dresdner Original beziehen. Im Kontext dieser Demonstrationen geben radikalisierte BürgerInnen sowie organisierte extreme Rechte an, in der AfD eine politische Heimat zu finden²⁸³.

Im Großraum Heilbronn tat sich vor allem die Gruppe »Hohenlohe wacht auf« in Öhringen hervor. Ende 2015 formierte sich aus einem spontanen Aufruf zum Protest gegen die Flüchtlingspolitik eine regelmäßige Kundgebung, die zeitweise alle zwei Wochen über 100 Menschen mobilisierte. Ähnlich wie in anderen Städten ebnete die Dynamik wieder ab und hinterließ zum Teil überzeugte rechte AktivistInnen, die sich bis heute in verschiedenen Zusammenhängen wiederfinden. Zwei ehemalige Mitstreiter von »Hohenlohe wacht auf« wurden 2017 sogar zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie in Neuenstein eine geplante Unterkunft für Geflüchtete in Brand setzten. Erschwerend kam hinzu, dass bei der anschließenden Hausdurchsuchung mehrere funktionsfähige Waffen und Munition gefunden wurden. Ein extremes Beispiel, das jedoch die Gefahr von rechten Bewegungen sehr gut verdeutlicht. Gefährlich vor allem deswegen, weil der Nährboden für diese Taten inzwischen weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht.²⁸⁴

Die Mitte-Studie aus dem Jahr 2019 kommt zu dem Ergebnis, dass in der Bevölkerung »[r]assistische Einstellungen [...] von 20,9-15 % eher oder voll und ganz geteilt« werden²⁸⁵. Wahlergebnisse von 18,2 % bei der Landtagswahl 2016 oder 9,7 % bei der Kommunalwahl 2019 in der Stadt Heilbronn für die AfD legen nahe, dass die inhaltliche Abwertung nicht-deutscher Kulturen und nicht-christlicher Religionen²⁸⁶, also eine gesellschaftliche Überlegenheitsrhetorik nach kultureller Zugehörigkeit und Glaube, auf Resonanz stößt. Auch wenn die wenigen Versuche, rechte Großproteste auf die Straße zu bringen, bisher nicht erfolgreich waren, gibt es in Heilbronn eine Schnittmenge zwischen (ehemals) organisierten extremen Rechten, diffusen rechten »WutbürgerInnen« und neu politisierten AfD-AnhängerInnen. Heilbronn bildet somit keine Ausnahme innerhalb des Rechtsrucks in Deutschland, im Gegenteil.

Informieren, aufklären...

Wir sind uns dennoch sicher: Wir sind mehr! Die »eine Antwort« auf den Rechtsruck haben wir zwar noch nicht gefunden, jedoch suchen wir aktiv danach. Wir sind überzeugt, dass rechte Politik und Rassismus nichts anderes bewirken, als die Gesellschaft zu spalten und Ängste zu schüren. Sie bieten keine Lösungen, sondern richten sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Aus diesem Grund ist es eine wichtige Säule unserer Arbeit, Veranstaltungen und Bildungsangebote über rechte Ideologien und ihre Ursachen zu organisieren sowie über bestehende extrem rechte Strukturen aufzuklären. Beispielsweise haben wir im Vorfeld der Betriebsratswahlen 2018 bei einer Veranstaltung im Heilbronner Gewerkschaftshaus gemeinsam die Frage diskutiert, wie man mit dem Vorstoß der neuen Rechten, bei den Betriebsratswahlen mit eigenen Listen zu kandidieren, in den Betrieben umgehen muss. Was sind die Ziele rechter ArbeitnehmerInnenvereine wie dem »Zentrum Automobil«²⁸⁷, und was bedeutet es für mich im betrieblichen Alltag, wenn im Betriebsrat auf einmal überzeugte Neonazis sitzen?

Bei einer anderen Veranstaltung ging es um die Frage »Was tun gegen Rechtsruck und AfD?«. Auf einem Podium im Heilbronner Deutschhofkeller diskutierten Landes- und Bundespolitiker*innen der SPD, der Grünen, der Linkspartei und eine Vertreterin der »Interventionistischen Linken« (IL) über unterschiedliche Strategien und gemeinsame Ansatzpunkte im Kampf gegen den Rechtsruck.

Neben den Veranstaltungen wollen wir eine sachliche Grundlage für unser Engagement schaffen. Wie stark sind die rechten Strukturen in Heilbronn? Welche Gefahr geht von ihnen aus? Wer sind die handelnden AkteurInnen?

In verschiedenen Publikationen, wie zum Beispiel einer in der Regel jährlich erscheinenden Chronik, gehen wir diesen Fragen nach und wollen sie dadurch sichtbar machen. Wir dokumentieren darin rassistische und rechte Veranstaltungen, Kundgebungen und Vorkommnisse wie Übergriffe oder Sachbeschädigungen in Heilbronn und Region. Wir machen sie dadurch sichtbar.

283 Vgl. Lars Geiges/ Stine Marg/ Franz Walter: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bonn 2015. (= Lizenzausgabe der BpB. Bd. 1595) und Florian Finkenbeiner et al.: PEGIDA: Aktuelle Forschungsergebnisse, Webseite des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 31. Januar 2016.

284 Vgl. Beate Küpper/ Wilhelm Berghan/ Jonas H. Rees: Aufputschen von Rechts. Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte, in: Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn 2019, S. 173 ff.

285 Vgl. Andreas Zick/ Wilhelm Berghan/ Nico Mokros: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19, in: ebd. S. 53 ff. (hier: S. 66).

286 Vgl. Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, 2021, S. 14, S. 66, S. 86 ff. und S. 152 ff.

287 Das »Zentrum Automobil« wurde 2010 u. a. von Oliver Hilburger, dem langjährigen Gitarristen der Rechtsrockband »Noie Werte«, gegründet und versteht sich selbst als »alternative Gewerkschaft«.

... und handeln!

All die Erkenntnisse, Vorträge und Diskussionen bleiben jedoch wirkungslos, wenn wir nicht handeln. Aus diesem Grund stellt unser aktives Engagement gegen rechte und rassistische Umtriebe und für eine solidarische Gesellschaft eine weitere wichtige Säule unserer Arbeit dar. Das heißt konkret: Wir wollen RechtspopulistInnen und Neonazis den öffentlichen Raum streitig machen. Die Erfahrungen in vielen Städten zeigen, dass diese dort besonders stark sind, wo sie mit wenig bis keinen Widerstand rechnen müssen. Häufig wird behauptet, dass aktiver und sichtbarer Gegenprotest den Rechten eine Plattform bietet und Aufmerksamkeit verschafft. Das lassen wir nicht gelten. Eine aktive Protestkultur ist in einer demokratischen Gesellschaft unverzichtbar und zeigt vor allem Wirkung!

Wir setzen dabei auf einen Blumenstrauß an Aktionen. Unzählige Kundgebungen und spontane Proteste gegen rechte Veranstaltungen und Versammlungen oder Aufrufe zur aktiven Verhinderung von Neonaziaufmärschen gehörten in den vergangenen Jahren für uns ebenso dazu wie Poetry Slam im Wertwiesepark, eine laute Tanzdemo durch die Stadt oder das Fußballturnier »Kicken gegen Rassismus« auf dem Sportplatz an der Heilbronner Oststraße. Eine Spaltung in gute und schlechte Aktionsformen halten wir für genauso falsch wie die Fixierung auf die immer gleichen Rituale. Es ist das Zusammenspiel verschiedener Protestformen und die Möglichkeit der Teilnahme für viele Menschen, die aus unserer Sicht erfolgreiche Arbeit gegen Rassismus und Faschismus ausmacht.

Gemeinsam aktiv werden

Ein Ende der Offensive von rechts ist nicht in Sicht. Vielmehr müssen wir nüchtern feststellen: Die AfD ist gekommen, um zu bleiben. Mit hunderten Abgeordneten in allen Landesparlamenten, dem Bundestag und etlichen Kreis- und Gemeinderäten verbreitet die Partei auf allen Ebenen ihre Ideologie der Ausgrenzung und Abwertung von Menschen mit bestimmten Merkmalen. Zudem stehen ihr mittlerweile umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung. Die Folgen davon sind noch nicht abzuschätzen, jedoch kann man bereits jetzt beobachten, wie junge Kader als Mitarbeitende für Abgeordnete oder in rechten Think Tanks eingespannt und für ihre Karriere vorbereitet werden. Auch andere rechte und extrem rechte Organisationen und Initiativen profitieren von der um die AfD herum entstandenen Infrastruktur.²⁸⁸



*Demonstration gegen Nazis und Rassismus 2012 in Heilbronn.
(Foto: Netzwerk gegen Rechts Heilbronn)*

Das stellt uns vor große Herausforderungen. Nur wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir den RassistInnen und NationalistInnen das Wasser abgraben. Der Erfolg von Parteien mit rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Inhalten wird voraussichtlich kurzfristig nicht zu verhindern sein, das gesellschaftliche Klima vor unserer Haustüre können wir jedoch aktiv mit gestalten.

Als »Netzwerk gegen Rechts« sehen wir es deshalb auch als unsere Aufgabe an, verschiedene Akteur*innen aus der Region zusammenzubringen. Wir möchten mit vielen Menschen in Kontakt kommen und über gemeinsame Aktionen und Perspektiven diskutieren. Dabei ist uns gerade auch der Austausch mit Engagierten aus dem Umland wichtig. Die Voraussetzungen in den unterschiedlichen Städten und Dörfern sind vielleicht andere, doch unsere gemeinsame Vision einer solidarischen und offenen Gesellschaft ist die gleiche.

Nur wenn wir es schaffen über Partei-, Organisations- und Ortsgrenzen hinweg zusammenzustehen, können wir eine rote Linie gegen Rassismus und Faschismus ziehen. Wichtig ist, dass wir uns dabei gegenseitig auf Augenhöhe begegnen. Jeder Mensch hat eine andere Lebensrealität und zusammen können wir von den vielen Erfahrungen profitieren. Deshalb dominiert bei uns keine Partei oder Organisation, sondern der Wille, gemeinsam etwas zu bewegen. Wir wollen ein realer Ort des zivilgesellschaftlichen Engagements sein.

Weitere Infos zum »Netzwerk gegen Rechts« finden sich auf www.ngr-heilbronn.org.

288 Vgl. Marlen Gürgen/ Christian Jakob/ Sabine am Orde: Hydra im Bundestag, taz online, 23. November 2018.

»Heilbronn sagt nein« - Bündnis gegen Rechtsextremismus



Situationsanalyse

Heilbronn ist eine bunte und vielfältige Stadt, mit Menschen unterschiedlichster (zugeschriebener) Herkunft²⁸⁹, Religion, geschlechtlicher Identität ebenso wie sozio-ökonomischen Status und Möglichkeiten. Gleichzeitig nehmen wir als Bündnis wahr, dass sich Menschen bestimmter (Bevölkerungs-)Gruppen gegenüber Menschen anderer Herkunft oder Merkmale eher abschotten. Diese – nicht generalisierbare, aber aus unserer Sicht in Heilbronn deutlich wahrnehmbare – Tendenz betrifft verschiedenste gesellschaftliche Gruppen: zum Beispiel Jugendliche und ältere Menschen, Menschen mit verschiedenen Einkommen, nicht-migrantische sowie migrantische Menschen oder Menschen unterschiedlichen Glaubens. Teile dieser Gruppen schaffen sich virtuelle (Social Media) und reale Echo- und Kommunikationsräume (Treffs, Vereinshäuser, von religiösen Gruppen genutzte Räume etc.), in denen sie sich bewegen.

Dies hat viele Folgen ebenso wie Ursachen, die zuweilen kaum auseinander zu halten sind. So gibt es aus unserer Sicht keine gemeinsamen Kommunikationsplattformen, die von vielen verschiedenen Gruppen gemeinsam genutzt würden. Dadurch, dass die Menschen übereinander und nicht miteinander kommunizieren, verfestigen sich schnell Zuschreibungen und Feindbilder. Einzelne negative Erlebnisse mit einem Mitglied einer Gruppierung werden schnell verallgemeinert und führen zu Zuschreibungen für alle Mitglieder der Gruppe.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet damit einen idealen Nährboden, weil die Menschen sich nicht als Individuen, sondern nur als Mitglieder einer Gruppe wahrnehmen, sich nicht persönlich kennen und in abgeschlossenen Communities leben. Die traditionell eher konservative Grundhaltung der Menschen hier in der Region verstärkt diese Tendenzen noch und sorgt für deren

Tarnung. Anders formuliert: Ausgrenzendes Gedankengut ist im Heilbronner Raum weit verbreitet und auch in der sogenannten bürgerlichen Mitte gut verankert. Es fällt zudem im eher konservativen Gesamtmilieu kaum auf und wird häufig sowohl von Betroffenen als auch durch die Verursacher*innen von Diskriminierung nicht wahrgenommen, sondern vielmehr als Normalität begriffen.

Dies zu ändern oder Kommunikationsräume zu schaffen und auszubauen, die von allen genutzt werden und wo Begegnung buntgemischt stattfindet, wäre wohl eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Bundesgartenschau hat zwar einige Grenzen punktuell »aufweichen« können und eine neue gemeinsame Identifikation in der Stadt und mit der Stadt geschaffen. Es bleibt abzuwarten, wie lange diese Wirkung anhalten und wie sie das neue »Wir-Gefühl« verfestigen und verstetigen wird.

In und um Heilbronn sind und waren immer wieder bundesweite Aktionen und Aktivitäten aus dem rechten Spektrum zu verzeichnen. Dies hat aus unserer Sicht auch damit zu tun, dass sich hier praktisch alle (noch) erlaubten rechten Organisationen in nennenswerter Personenstärke aufbauen und zum Teil vernetzen konnten²⁹⁰. Entsprechend auch bundesweit bekannte Größen der rechten Szene haben in Heilbronn und von Heilbronn aus in die ganze Bundesrepublik ausstrahlende Aktivitäten entfaltet. Beispielhaft hierfür seien genannt: Karl Michael Merkle alias Michael Mannheimer (extrem rechter Blogger), Alfred Dagenbach (PRO Heilbronn / Stadtrat), Michael Dangel (Netzwerker der rechten Szene) sowie Daniela W. aus Untereisesheim (wegen Volkverhetzung verurteiltes Gründungsmitglied und ehemalige Administratorin von »Thiazi.net«, eines der größten Neonaziforen im Internet). Wir als Bündnis nehmen zudem wahr, dass einige der extrem rechten Personen durchaus gut in bürgerliche Milieus einge-

289 Die Herkunft ist niemandem ins Gesicht geschrieben, wenngleich Menschen doch sehr häufig ihrem Aussehen nach einem bestimmten Land oder geografischen Gebiet, und damit in der Regel auch einer bestimmten kulturell geprägten Normen- und Werteordnung zugeordnet werden. Diese externe Zuordnung nennen wir zugeschriebene Herkunft, denn sie hat allzu selten viel, häufig wenig und manchmal nichts mit der Lebensrealität und Wahrnehmung der tatsächlichen Person zu tun, sondern stellt eine externe Zuschreibung dar.

290 Mehr Informationen zu den in Heilbronn und Umgebung aktiven extrem rechten Personen und Organisationen finden sich in den Artikeln von Sven Ullenbruch.

bunden sind. Wir wissen auch, dass die verschiedenen Gruppierungen gut vernetzt sind.

Seitens der Sicherheitsbehörden sind die Aktivitäten »extrem Rechter« aus Sicht des Bündnisses unter anderem in ihrer gegenseitigen Vernetzung und Wechselwirkung lange unterschätzt worden. Auch das Handeln der Polizei in der Öffentlichkeit bezüglich rechter Aktivitäten war leider nicht immer eindeutig. So hat zum Beispiel nicht nur die Gründung des Ku-Klux-Klans in Schwäbisch Hall durch zwei Polizeibeamte, sondern auch der im Anschluss anscheinend folgenlose Verbleib dieser Beamten im Polizeidienst zu Unverständnis in der informierten Öffentlichkeit geführt. Im Zusammenhang mit der 1. Mai-Demo 2011 sowie im Nachgang zu einer Gegen-Demo am 07. Februar 2016 wurde von Seiten des Bündnisses die direkte Aussprache mit den Behördenvertreter*innen gesucht und dabei die Polizeitaktik mit ihrer politischen Außenwirkung thematisiert und kritisch hinterfragt.

Bündnisarbeit

Das Bündnis »Heilbronn sagt nein« hat sich 2011 anlässlich des damaligen bundesweiten Aufmarsches der NPD in Heilbronn gegründet.

Nach 2011 blieb das aus über 100 zumeist lokalen und sehr unterschiedlichen Gruppierungen und Partner*innen (Kirchen, Vereine, Verbände, Parteigliederungen, gewerkschaftliche Gliederungen usw.) bestehende Bündnis weiter aktiv. Es bildet ein breites gesellschaftliches Spektrum ab und vertritt dieses. Das Bündnis »Heilbronn sagt nein« hat einen Lenkungskreis gewählt, der die Arbeiten koordiniert. Dieses Gremium entscheidet in der Regel konsensual. Außerdem gibt es eine Sprecherin, welche das Bündnis nach außen vertritt.

Ziel unseres Bündnisses ist es, die Demokratie zu verteidigen und sich gegen rechtes Gedankengut zu positionieren. Einem weiteren gesellschaftlichen »Rechtsruck« soll entgegengewirkt und gegenseitiger Respekt, Toleranz und Mitmenschlichkeit im Sinne einer solidarischen Wertegemeinschaft gestärkt werden. So wirkt das Bündnis z. B. bei der Verleihung des Integrationspreises in Heilbronn mit, um herausragendes Engagement für ein

gelingendes Miteinander ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und entsprechend auszuzeichnen. So wurde z. B. 2018 Peter Ohlendorf – Filmmacher und Regisseur des investigativen Films »Blut muss fließen – Undercover unter Nazis« – für seine Arbeit mit dem Integrationspreis ausgezeichnet²⁹¹.

Durch Informationsveranstaltungen und Bildungsarbeit (z. B. Schulstunden zu »rechten Symbolen, Codes und Styles«) sowie Diskussionsrunden und Ausstellungen wird seitens des Bündnisses auf die Entwicklungen und Gefahren von Ausgrenzungstendenzen und deren zum Teil fatalen Folgen aufmerksam gemacht. So organisierte das Bündnis in Kooperation mit der Volkshochschule einen Diskussionsabend mit Michel Friedmann sowie eine Ausstellung zur Mordserie des rechtsterroristischen NSU.



Motiv aus der Ausstellung »Rassismus kannst du knicken«. Die Plakate wurden 2016 in einem Schulprojekt der Klasse D2MT1 design. (Bild: Johann Jakob Widmann Schule)

.....

291 »Blut muss fließen« wurde gemeinsam von Peter Ohlendorf und dem Kameramann Thomas Kuban produziert. Der Film zeigt Undercover-Aufnahmen von Neonazi-Konzerten, die Kuban verdeckt gefilmt hatte.

Auch kulturelle Veranstaltungen sowie diverse Ausstellungen gehörten zu den bisherigen Aktivitäten. Hierzu ist beispielhaft die grafisch professionell ausgeführte Plakatausstellung unter dem Titel »Rassismus kannst du knicken« (2016) zu nennen. Die zwischenzeitlich ausgezeichneten Ausstellungsmotive sind ursprünglich in einem Schulprojekt mit Berufsschüler*innen in der Ausbildung zur Mediengestalter*in entstanden. Die Wanderausstellung wurde an zahlreichen Orten in der Region Heilbronn und darüber hinaus, z. B. in Stuttgart, bundesweit und sogar im Ausland gezeigt. Sie ist mit ihren zum Nachdenken und zur Diskussion über Rassismus, Ausgrenzung, Internationalität und multikulturellem Leben anregenden Motiven auf großes Interesse gestoßen. Die Motive konnten schließlich sogar mit freundlicher Unterstützung des Schulamtes, der »Bürgerstiftung Heilbronn« und der »Sparkassenstiftung Heilbronn« allen Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn ab Klassenstufe 5 in Form einer Kunstmappe zur unterrichtlichen Verwendung kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Häufig sind es auch kleinere Aktivitäten - wie z. B. die Anbringung einer Gedenktafel oder die Herausgabe einer Broschüre in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) - oder auch die regelmäßigen Gedenkveranstaltungen, welche die Erinnerung wachhalten und damit vor den Gefahren alter und neuer Nazis warnen. So sind der 9. November (Datum der Reichspogromnacht) und der 1. April (Auflösung des KZ Heilbronn-Neckargartach) gegen viele Widerstände in Kooperation mit dem VVN-BdA und dem Friedensbüro Heilbronn als Gedenktage etabliert worden. Beide Veranstaltungen sind mittlerweile auch von der Stadt in den jährlichen Veranstaltungszyklus und damit ins kollektive Erinnern aufgenommen worden. Für Schulen wurden mehrere ausverkaufte Filmvorführungen des Filmes »Blut muss fließen« von Peter Ohlendorf mit anschließenden Diskussionsrunden mit dem Regisseur, sowie speziell für Lehrer*innen und Mediator*innen als erweitertes Fortbildungsangebot zum Thema »rechte Musik« organisiert.

Das Bündnis hat zudem in der Vergangenheit in Kooperation mit der »Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung« (LAGO) Vernetzungstreffen für Heilbronner Lehrer*innen und Sozialpädagog*innen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten organisiert. Ziel war

sowohl die vertiefte Auseinandersetzung zum Umgang mit Rassismus oder Ausgrenzung im pädagogischen Alltag sowie die Vernetzung der Aktiven vor Ort. So entstand zum Beispiel im Nachgang des durch die LAGO im Sommer 2019 organisierten Fachtags unter dem Titel »Alles Gender – alles Gaga?« die kleine Broschüre »Impulse zur Identitätsentwicklung«²⁹², die Interessierten kostenlos im Netz zum Download angeboten wird.

Bei Veranstaltungen und öffentlichen Auftritten aus dem extrem rechten Spektrum beteiligen wir uns mit eigenen Gegenaktionen oder unterstützen Gegenaktionen anderer Akteur*innen und Bündnisse, z. B. das »Netzwerk gegen Rechts Heilbronn«.

Weitere Informationen zum Bündnis und unseren Partner*innen finden sich auf der Homepage:

www.heilbronn-sagt-nein.de

Das Bündnis freut sich über Aktive zur Mitarbeit und neue Bündnispartner*innen!

292 Als Download zu finden unter: www.nordwuerttemberg.dgb.de/medien/printmedien.

Mit kreativen Ideen für Demokratie und Vielfalt in der Schule



Anna Raabe

Anna Raabe ist Lehrerin für die Fächer Gemeinschaftskunde, Deutsch und Wirtschaft an einer Heilbronner Schule

Präventiv kann Rassismus und extrem rechtes Gedankengut bereits frühzeitig verhindert werden, wenn Akzeptanz und das Leben in Vielfalt in den Fokus junger Menschen gestellt werden. Dies gehört auch zum Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schulen. Wie dies praktisch im Schulalltag geschieht, soll hier exemplarisch anhand verschiedener Beispiele aus Heilbronner Schulen vorgestellt werden. Dabei ist zu sehen, dass der Kreativität keine Grenzen gesetzt sind.

Mit Courage gegen Rassismus

»Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage« (SoR – SmC) ist ein Projekt von und mit Schüler*innen, das sich an die gesamte Schulgemeinschaft richtet. Der Titel ist hierbei keine Auszeichnung, sondern eine Selbstverpflichtung der Schulen, dem Netzwerk beizutreten und sich aktiv gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu engagieren. Dabei unterzeichnen mindestens 70 Prozent aller Menschen, die am Schulleben beteiligt sind (Schüler*innen, Lehrkräfte, Angestellte), dass sie sich aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung stellen und regelmäßig Projekte und Veranstaltungen zum Thema durchführen.

In Heilbronn sind bereits sieben Schulen dem Netzwerk beigetreten. In ihren Aktivitäten zeigen sie eine breite Palette an Ideen, Aktionen und Themen. Schwerpunktmäßig findet diese Auseinandersetzung durch Projekte statt, die das Kennenlernen anderer Kulturen und die Wertschätzung einer vielfältigen Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen.

Vielfalt und Toleranz auf breiter Ebene stärken

Als erste Heilbronner Schule hat sich die Schulgemeinschaft des Theodor-Heuss-Gymnasiums im Jahr 2014 dem Netzwerk SoR – SmC angeschlossen. Bereits im ersten Jahr konnte die Schüler*innenmitverwaltung (SMV) alle nötigen Unterschriften der Schüler*innen sammeln. Eingeleitet wurde die Teilnahme am Netzwerk auch durch einen Projekttag zum Motto »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« am Ende des Schuljahres, bei dem die Schule ausgezeichnet wurde. Die Schirmherrschaft übernahm Oberbürgermeister Harry Mergel. An diesem Tag setzten sich die Klassen mit Ausgrenzung, Diskriminierung, Mobbing und Gewalt auseinander, lernten unterschiedliche Kulturen kennen und bereiteten einen Imbiss mit internationalen Gerichten vor. Der Projekttag findet seither jährlich unter verschiedenen Arbeitstiteln statt, die Vielfalt und Toleranz stärken sollen. Außerdem finden jährlich Präventionsveranstaltungen in allen Klassen 5 und 6 zum Thema Mobbing statt, die Konflikte und Ausgrenzungen verhindern sollen. In Klasse 10 besuchen die Schüler*innen jährlich die KZ-Gedenkstätte Leonberg, um sich mit der deutschen Geschichte

des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und für das Thema sensibilisiert zu werden. Die Sozialkompetenz und Toleranz der Schüler*innen soll ebenfalls durch das fest verankerte zweiwöchige Sozialpraktikum in Klasse 11 gefördert werden.

In regelmäßigen Abständen werden Lesungen für die Schüler*innen einzelner Klassenstufen organisiert. So las der Schriftsteller Frank Schablewski aus dem Werk von Tuvia Rübner, einem Lyriker, der über die Ermordung seiner Familie und die Erfahrungen während der Shoa schrieb. Neben den jährlichen Projekten gibt es immer wieder auch einzelne Aktionen: Unter dem Slogan »Ein Heft für mich, ein Heft für dich« wurden im Jahr 2015 Unterrichtsmaterialien für den Deutschkurs eines Flüchtlingsheims gesammelt, die dann auch von Schüler*innen an die Geflüchteten verteilt wurden. Anschließend berichteten die Schüler*innen in ihren Klassen über die Begegnung mit den Flüchtlingen in der Unterkunft. Neben dem Thema Rassismus werden aber auch die Diskriminierung aufgrund des Aussehens (»Body Shaming«) und der sexuellen Orientierung zum Thema gemacht. Dabei werden Wege zu einem gleichberechtigten Leben aufgezeigt. So informierte das Courage-Gremium am Frauentag über Feministinnen und Frauenrechte. Seit dem Jahr 2018 gibt es das Projekt »Fair leben in einer Welt«, durch welches das Bewusstsein der Schüler*innen für Menschenrechte gestärkt werden soll. Zu diesem Zweck engagieren sich Schüler*innen in einem Spendenlauf für ein Straßenkinderprojekt in Kenia, setzen sich in Seminarkursen mit der Thematik auseinander oder engagieren sich bei verschiedenen Aktionen, beispielsweise beim Verkauf von Eine-Welt-Produkten.

Kulturelle Vielfalt der Schulgemeinschaft sichtbar machen

Das Mönchsee-Gymnasium (MSG) wurde bereits im Juli 2015 als »Schule ohne Rassismus« ausgezeichnet. Die Schirmherrschaft übernahm der Bundestagsabgeordnete Josip Juratovic. In den letzten Jahren wurden diverse Aktionen durch die Schüler*innen der SMV initiiert, um Rassismus und Ausgrenzung entgegenzutreten. Um die Thematik im Schulalltag sichtbar zu machen, führte die SMV eine Umfrage zur Herkunft der Schüler*innen am MSG durch. Die Ergebnisse wurden in ein Wandbild umgewandelt, das eine Weltkarte mit den Herkunftsländern der Schüler*innen darstellt.



*Auf einem Wandbild des Courage-Gremiums können Besucher*innen des Mönchsee-Gymnasiums erkennen, aus welchen Ländern die Familien der Schüler*innen kommen. (Foto: SMV Mönchsee-Gymnasium)*

Außerdem gab es eine Posteraktion, bei der Zitate gegen Diskriminierung im Schulhaus aufgehängt wurden, um die Schulgemeinde auf das Thema aufmerksam zu machen. Des Weiteren gab es einen Aktionstag, an dem alle Schüler*innen Vorurteile auf Karten notieren sollten, diese an Luftballons ketteten und diese steigen ließen, um symbolisch die Vorurteile loszulassen. Außerdem wurden Jutebeutel mit verschiedenen Sprüchen gegen Rassismus und Diskriminierung designt, die in der Schule verkauft wurden. Die SMV gestaltete auch eine Ausstellung zum Thema Nationalsozialismus. Einige Schüler*innen engagierten sich zudem bei der Mitgestaltung einer Veranstaltung zur Reichspogromnacht und eines Erinnerungsflyers zu dieser Thematik.

Ein Appell an die Offenheit, Kommunikationsfähigkeit und wechselseitige Akzeptanz

Seit dem Schuljahr 2016/17 gibt es am Robert-Mayer-Gymnasium (RMG) ein »Schule mit Courage«-Team, das sich gegen Diskriminierung jeder Form einsetzt. Der Startschuss für das Engagement als SoR - SmC war das Schulprojekt »Schule als Staat« im Jahr 2017, das unter dem Motto »Vielfalt der Kulturen« gestellt war und mit dem Konzert »The Peacemakers« in Kooperation mit dem Heilbronner Sinfonieorchester zum Thema Frieden und Völkerverständigung endete. Als Pat*innen für die Auszeichnung als »Schule mit Courage« konnte das RMG den Religionswissenschaftler Dr. Michael Blume und seine Frau Zehra Blume sowie die Sängerin Hiser Sedik gewinnen. Zehra und Michael Blume waren zu Gast im Kulturcafé, welches regelmäßig vom Courage-Team or-

ganisiert wird. Dort erzählten sie von ihren Erlebnissen, welche in erster Linie die zwei unterschiedlichen Kulturen umfassten, die in ihrer Beziehung aufeinandertreffen. Sie appellierten dabei eindringlich an die Offenheit, Kommunikationsfähigkeit und wechselseitige Akzeptanz des Publikums. Damit trafen sie genau den Nerv des Courage-Teams, welches mit den Kulturcafés die Botschaft von Toleranz und Vielfalt weiterverbreiten möchte. Bei diesem unbeschwerten Zusammentreffen bei Essen und Getränken finden sich geladene Gäste und Interessent*innen zusammen, um ihre Erfahrungen mit Rassismus, Diskriminierung und Flucht, aber auch mit Toleranz und Akzeptanz zu teilen und sich austauschen. Um die Vielfalt der Kulturen auch im Schulhaus sichtbar zu machen, hängt in der Schule zentral ein interkultureller Kalender.

Im Kulturcafé werden auch aktuelle Themen aufgegriffen. Der Projekt-Pate Michael Blume, inzwischen Beauftragter des Landes Baden-Württemberg gegen Antisemitismus, hielt im März 2019 einen Vortrag zum Thema »Warum der Antisemitismus uns alle bedroht« vor Schüler*innen der Jahrgangsstufe J1 und weiteren Interessierten. In der anschließenden Diskussion wurde der Bogen vom Antisemitismus zur Rolle von Onlineplattformen, FakeNews und dem Thema Meinungsfreiheit gespannt. Themen, die im Alltag der Schüler*innen eine große Rolle spielen.

Das Courage-Team beschäftigt sich des Weiteren mit Themen wie Mobbing, Intoleranz und Herabwürdigung gegenüber Homosexuellen und plant, sich dem bundesweiten Netzwerk »Schule der Vielfalt« anzuschließen.

»Rassismus kannst du knicken«

Bereits Ende 2015 haben sich Schüler*innen des Technischen Schulzentrums der Johann-Jakob-Widmann-Schule (JJWS) für den Beitritt zum Netzwerk engagiert und die Schulgemeinschaft mittels eines Informationsstandes auf dem Weihnachtsbasar auf das Projekt aufmerksam gemacht. Unter dem Motto »Wir waren alle Menschen, bis uns der Rassismus trennte« wurde mit der Sammlung der Unterschriften begonnen. Die Klassenzimmer wurden mit Plakaten des Künstlers Peter O. Zierlein ausgestattet, die auf karikative Weise die Themen »Was ist deutsch?« oder »Flucht und Asyl« aufgreifen. Auch eine Fotoreihe, in der sich Schüler*innen mit dem Ausdruck »Sag NEIN zu Rassismus« in ihrer Muttersprache ablichten ließen,

wurde veröffentlicht. Um für das Projekt Werbung zu machen, wurde von den Schüler*innen ein Rapsong mit dazugehörigem Musikvideo zum Thema aufgenommen. Einen Preis für das Engagement zu mehr »Toleranz für interkulturelles Zusammenleben« der Bürgerstiftung Heilbronn erhielt die Schule für die Postkarten- und Plakatserie mit dem Titel »Rassismus kannst du knicken«. Unter der Schirmherrschaft von Agnes Christner, Heilbronner Bürgermeisterin für Sicherheit, Soziales und Kultur, wurde die Schule dann am 13.03.2017 als »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« ausgezeichnet. Der Austausch zwischen Schüler*innen aus verschiedenen Kulturen wird durch gemeinsame Treffen gefördert. So fand ein Café statt, bei dem Schüler*innen mit Jugendlichen der VAB- und der VABO-Klassen (Vorbereitungsklassen für Geflüchtete) gemeinsam Spiele spielten, internationale Speisen aßen und Musik aus aller Welt hörten. Seit 2017 veranstaltet die Schule eine integrative Weihnachtsfeier, in der Schüler*innen aus nicht-christlich geprägten Ländern ein Einblick in die Bräuche und Traditionen sowie auf das Weihnachtsfest gegeben wird. Die Feier fand unter dem Motto »Weihnachten – gemeinsam feiert man schöner!« statt.

2018 besuchten Schüler*innen der JJWS das Heilbronner Stadtarchiv. Dort erklärte der Historiker Peter Waner, dass Zuwanderung kein neues Thema unserer Gesellschaft sei. Schon vor mehreren hundert Jahren habe es Migration gegeben, wobei die Gründe hierfür unterschiedlich sein können.

Das Miteinander fördern

Als erste Grund- und Werkrealschule wurde die Wartbergschule 2018 als »Schule ohne Rassismus« unter der Schirmherrschaft von Agnes Christner ausgezeichnet. Angestoßen wurde dies vor allem durch die SMV. Dafür drehten Schüler*innen einen Videoclip mit dem Thema »Nein zu Rassismus«. Die Wartbergschule ist eine Schule mit Schüler*innen aus 34 Nationen, sodass interkulturelles Zusammenleben tagtäglich erprobt werden muss. Sozialpreisverleihung, Schulversammlungen sowie sämtliche Präventionsmaßnahmen im Rahmen von »Stark, stärker, WIR« bilden die Grundlage des Engagements für mehr Toleranz und gegen Diskriminierung. So wird jährlich ein Sozialpreis an besonders für die Schulgemeinschaft engagierte Schüler*innen verliehen, um diesen



Am 6. Juni 2019 beteiligten sich 20 Schulen am Aktionstag »Heilbronn zeigt Gesicht – Für Menschlichkeit, Vielfalt und Toleranz« der Heilbronner Bürgerstiftung. (Foto: Heilbronner Bürgerstiftung)

Einsatz zu würdigen. Außerdem gestalten die Schüler*innen der Grundschule und der Werkrealschule nach jedem Ferienabschnitt gemeinsam eine Schulveranstaltung zu einem Thema, das den Umgang mit Diskriminierung und Rassismus verbessern soll. So wurden verschiedene Versammlungen unter dem Motto »Kinder haben Rechte« oder »Wir – gemeinsam sind wir stärker« veranstaltet. Die Schüler*innen gestalten diese Versammlungen selbst durch kurze Theaterstücke, Interviews, Plakate und vielem mehr. Zudem hat die Wartbergsschule als verbindliche Ganztageschule soziale Kompetenzförderung parallel zum Religionsunterricht eingeführt. In diesem Unterricht geht es vor allem um eine Vermittlung von Werten, die Ausgrenzung und Diskriminierung präventiv verhindern sollen und in dem prosoziales Verhalten geübt wird. Interkulturelles Zusammenleben wird auch durch die Einrichtung von Vorbereitungsklassen und gemeinsamen Festen im Viertel, z. B. im Botanischen Obstgarten, gefördert. Hier findet auch eine Zusammenarbeit mit dem Mehrgenerationenhaus Heilbronn statt. Im Schulhaus erinnern verschiedene Elemente immer wieder an die Gedanken von Gleichheit und Toleranz, wie zum Beispiel selbst gestaltete Holzfiguren mit verschiedenen Leitsätzen wie »Alle Kinder haben das Recht gleich behandelt zu werden« oder selbst erstellte Postkarten zum Thema.

Das Gemeinsame in der Vielfalt aufzeigen

Die Stiftung Weltethos ist eine Initiative, die sich für interkulturelle und interreligiöse Forschung, Bildung und Begegnung einsetzt. Schulen, die diese Idee fest im Schulalltag verankern wollen, können seit 2013 als »Weltethos-Schule« ausgezeichnet werden. Das Eily-Heuss-Knapp-Gymnasium ist seit 2018 eine dieser Schulen. Es geht darum, das Gemeinsame in der Vielfalt aufzuzeigen, um ein friedliches Miteinander zu leben und zu lernen. Dabei findet die Auseinandersetzung mit den Zielen und Inhalten der Weltethos-Initiative in verschiedenen Klassenstufen und Fächern statt.

In der siebten Klasse wird beispielsweise ein Projekttag »Auf den Spuren des Judentums in Heilbronn« durchgeführt, während der Projekttag in Klasse 8 den »Islam in Deutschland« thematisiert. Außerdem wird in Klasse 9 eine Studienfahrt zu verschiedensten Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus durchgeführt. Des Weiteren nehmen Schüler*innen an Austauschprogrammen mit England, Frankreich, Italien, Russland und den USA teil. Zudem finden Aktionen wie eine Abendveranstaltung zum Thema »Werte, Vorurteile und Politik – Was verbindet und was trennt Deutsche und Russen?« statt. Vor rund 170 Gästen diskutierten hier die Professorin

Galina Michaleva und der Bundestagsabgeordneten Michael Link über das aktuelle Verhältnis der beiden Länder zueinander und deren historische Verbundenheit.

Fest im Schulalltag ist auch das Sozialcurriculum verankert. Neben einem Sozialpraktikum, welches die Schüler*innen in der zehnten Klasse absolvieren, wird ethisches und faires Handeln über den »Fair-Trade«-Getränkestand bzw. -Café im Schulhaus vermittelt. Die SMV organisiert auch ein gemeinsames Fußballturnier mit Geflüchteten sowie seit mehreren Jahren eine Adventsaktion für Wohnungslose in Heilbronn. Mit diesen vielfältigen Ankerpunkten im Schulalltag werden die Schüler*innen fit für das Leben in einer pluralen Gesellschaft gemacht.

Mit Stolpersteinen das Gedenken wachhalten

Seit einigen Jahren engagiert sich der Künstler Gunter Demnig europaweit für die Verlegung von Stolpersteinen für die Opfer des Nationalsozialismus, indem er vor ihrem letzten frei gewählten Wohnort Gedenktafeln in Form von Pflastersteinen aus Messing in den Boden einlässt. Heilbronn ist eine von 1265 Kommunen in Deutschland, die sich an dieser Aktion beteiligt. Seit 2014 wirkt auch die Luise-Bronner-Realschule daran mit.

Im Fokus steht das Ziel, die Schüler*innen für das von der NS-Diktatur begangene Unrecht und den damit verbundenen Rassismus und Antisemitismus zu sensibilisieren. Begleitet von einer Lehrkraft engagieren sich Schüler*innen in kleinen Gruppen für das Verlegen eines Stolpersteins für eine oder mehrere Personen. Dazu nehmen sie im Vorfeld am Runden Tisch Stolpersteine der Stadt Heilbronn unter der Leitung von Pfarrer i. R. Günter Spengler teil. Anschließend suchen sie gemeinsam mit dem Stadtarchiv Personen aus, für die ein Stolperstein verlegt werden soll. Die Schüler*innen recherchieren die Geschichte ihrer ausgewählten Person und bereiten diese zu einem

Biographie-Text auf, welcher auf der offiziellen Homepage der Heilbronner Stolpersteine veröffentlicht wird (www.stolpersteine-heilbronn.de/). Gemeinsam mit dem Projektleiter Gunter Demnig und der Stadt Heilbronn organisieren und gestalten sie einen Termin für die Verlegung des Steins. Durch die intensive Auseinandersetzung mit dem Schicksal der Betroffenen werden die Folgen von Rassismus und Diskriminierung für die Schüler*innen besonders deutlich, sodass dieses Projekt präventiv wirken kann.

Vielfältige Möglichkeiten in der Präventionsarbeit

Neben den dargestellten Schulen engagieren sich viele weitere gegen Rassismus und extrem rechte Einstellungen. So beteiligten sich auf Initiative der Heilbronner Bürgerstiftung 20 Schulen am Aktionstag »Heilbronn zeigt Gesicht« am 6. Juni 2019. Mit kreativen Ideen wie einer Zwergendemo, einer interaktiven Weltkarte oder Theaterstücken warben sie für Menschlichkeit, Vielfalt und Toleranz.

Wie hier exemplarisch gezeigt wird, variieren die Projekte und Aktionen. Dabei stehen einerseits die Vorzüge kultureller Vielfalt, andererseits aber auch die negativen Auswirkungen von Ausgrenzung und Diskriminierung im Fokus. Ausgehend von den Interessen aus der Schulgemeinschaft und den örtlichen Gegebenheiten bieten sich den Schulen vielfältige Möglichkeiten, Demokratieerziehung in der Schule umzusetzen, um so Präventionsarbeit gegen Diskriminierung und Intoleranz zu leisten.

Regional und vernetzt



Günter Bressau

Günter Bressau, Jahrgang 1968, arbeitet seit 2002 bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg, hat seit 2008 das Beratungsnetzwerk »kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus« mit aufgebaut und leitet seit 2015 die Landeskoordinierungsstelle des Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Wenn Sie irgendwo Hakenkreuzschmierereien sehen, wenn Sie sich für andere engagieren und dafür im Netz Hasskommentare erhalten, wenn Sie Jugendlichen vermitteln möchten, was eine liberale Demokratie ist oder Sie sich im Bereich Menschenrechtsbildung qualifizieren möchten: dann wenden Sie sich bitte an das Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Das Demokratiezentrum arbeitet als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention. Kompetente Träger arbeiten in landesweit tätigen Fachstellen in einem integrierten und vernetzten Ansatz mit kommunalen Stellen zusammen. Bundesweit einmalig sind die Regionalen Demokratiezentren, über die sämtliche Angebote des Demokratiezentrum vor Ort abrufbar sind.

Seit dem Jahresbeginn 2021 ist das Regionale Demokratiezentrum Heilbronn für Angebote in der Stadt und im Landkreis ansprechbar. In diesem ist auch eine Beratungsstelle des Beratungsnetzwerks »kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus« integriert. Das Regionale Demokratiezentrum Heilbronn ist bei dem Stadt- und Kreisjugendring Heilbronn e. V. in enger Zusammenarbeit mit dem Netzwerk »Vielfalt stärken – vernetzte Jugendarbeit, aktive Integration in und um Heilbronn« angesiedelt.

Vielfältige Angebote für unterschiedliche Anforderungen

Wer für die liberale Demokratie eintritt, steht vor wachsenden Herausforderungen. Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg bietet Beratung, Angebote und fachliche Begleitung für unterschiedliche Zielgruppen und Situationen an.

In Planspielen und Seminaren erfahren Jugendliche spielerisch, wie sie sich an demokratischen Aushandlungsprozessen beteiligen und Probleme gemeinschaftlich lösen können. Sie lernen anhand eigener Erfahrungen, wie beispielsweise Hass im Internet wahrgenommen und wie darauf reagiert werden kann. Fachkräfte der Jugendsozialarbeit, Lehrkräfte und Ehrenamtliche informieren sich in Vorträgen über aktuelle Entwicklungen und Präventionsstrategien. Sie werden in Workshops für den Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Abwertungsmechanismen sensibilisiert und lernen unter anderem, Funktionsweisen von Populismus und Verschwörungsmethoden zu durchschauen.

Spezielle Schulungen befähigen Fachkräfte dazu, selbst Workshops mit Jugendlichen durchzuführen und diese in unterschiedlichen Themenbereichen als Mentorinnen und Mentoren auszubilden. Zudem werden Fachkräfte als kommunale und mobile Beraterinnen und Berater ausgebildet und zertifiziert. Damit wird vor Ort die Demokratieförderung und die Extremismus-

prävention gestärkt. Die zumeist kostenfrei abrufbaren Angebote können direkt über die Homepage des Demokratiezentrum Baden-Württemberg gebucht werden.

Beratung gegen Rechtsextremismus

Das Beratungsnetzwerk »kompetent vor Ort. gegen Rechtsextremismus« im Demokratiezentrum Baden-Württemberg bietet Beratung, Unterstützung und Entlastung für Menschen, die – in welcher Weise auch immer – von rechtsextremen Äußerungen oder Handlungen betroffen sind und/oder sich aktiv dagegen einsetzen wollen. Dafür stehen Beratungsstellen in zurzeit 25 Stadt- und Landkreisen zur Verfügung.

Dem Beratungsnetzwerk gehören die Fachstellen »kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus« und »mobirex – Mobile Beratung gegen Rechts«, regionale Beratungsstellen sowie ausgebildete Beraterinnen und Berater an.

Die Angebote stehen kostenlos zur Verfügung. Beratung erfolgt vertraulich und aufsuchend. Sie richtet sich an all diejenigen, die mit extrem rechten Vorkommnissen oder Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert sind und sich für eine menschenrechtsorientierte Demokratie einsetzen wollen. Insbesondere pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, Vereine und Verbände, zivilgesellschaftliche Initiativen, Eltern und Einzelpersonen werden angesprochen.

Die Angebote des Beratungsnetzwerks umfassen:

- Beratung im Umgang mit rassistischen, antisemitischen oder extrem rechts begründeten Vorkommnissen oder Zuständen
- Unterstützung von lokalen oder regionalen Maßnahmen zur Demokratiestärkung sowie im Aufbau oder bei der Begleitung von Bündnissen
- Informationen zu Erscheinungsformen und Strategien der extrem Rechten, zu Rassismus, Antisemitismus und anderen Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- Fortbildung durch Vorträge, Workshops und Fachtage im Themenfeld, die nach Bedarf angepasst werden.

Auch die weiteren landesweiten Fachstellen im Demokratiezentrum sind Spezialistinnen in ihren jeweiligen Aufgabengebieten:

Betroffene von rechter Gewalt erhalten durch die Fachstelle »LEUCHTLINIE« Unterstützung. Die Fachstelle »PREEvent!on« entwickelt Angebote zur Prävention von religiös begründetem Extremismus. Pädagogische Ansätze zur Distanzierungshilfe für Jugendliche gegenüber extremistischen Milieus werden von der Fachstelle »FEX« angeboten. Alle Fachstellen arbeiten mit den Regionalstrukturen durch ständigen fachlichen Austausch phänomenübergreifend zusammen.

Regionale Demokratiezentren: Lokale Antworten auf globale Probleme

Schlägt man die Tageszeitungen auf oder geht man nach den Informationsstreams der sozialen Medien, wird man von schlechten Nachrichten demokratiefeindlicher Entwicklungen nahezu täglich begleitet: In Deutschland, Europa und weltweit nimmt der Einfluss des Rechtspopulismus zu, der Grundlagen der liberalen Demokratie verneint oder sogar bereits teilweise außer Kraft gesetzt hat. Regierungen zeigen offen demokratiefeindliche Tendenzen, eine neue Qualität von globalem Terrorismus greift die offene Gesellschaft mit Gewaltakten an, rassistische Vorfälle sind einnahezu alltägliches Phänomen.

Diese Probleme und Herausforderungen spielen sich jedoch nicht ausschließlich auf einer abstrakten Ebene irgendwo in der Welt oder in der Bundespolitik ab, sondern auch und gerade vor Ort – in den Kommunen, in den Vereinen, in den Schulen. Auch in kleinen Gemeinden werden zahlreiche Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte oder andere rassistische Angriffe verübt, wie die »Chronik der antidemokratischen Vorfälle« des Demokratiezentrum seit 2017 aufzeigt, und in Gemeinde- und Kreisräten sehen sich die zumeist ehrenamtlich für das Gemeinwohl engagierten kommunalpolitisch Verantwortlichen mit rechtspopulistischen Agitationen konfrontiert, denen es nicht um eine demokratische Debatte geht, sondern um Skandalisierung und Angstmake. Einen Ausschnitt der Problemlage mit Schwerpunkt auf das Thema extreme Rechte bezogen auf die Region Heilbronn finden Sie in dieser Broschüre.

Doch nicht nur die Probleme sind auf der Ebene der lokalen Gemeinschaft greifbar – sondern auch deren Lö-

sungen: So ist das zentrale Ergebnis des Treffens des Radicalisation Awareness Network (RAN) im September 2018 mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, Praktikerinnen und Praktikern sowie Vertreterinnen und Vertretern lokalpolitischer Strukturen aus 26 EU-Mitgliedsstaaten, dass gewaltbareitem Extremismus nur wirksam entgegengetreten werden kann, wenn mehrere relevante Institutionen lokal zusammenwirken. Die Präventions- und Beratungsangebote müssen darin eingebettet sein und die ganze Gesellschaft einschließen. »Insellösungen« funktionieren nicht.

Mit dem Ziel, kommunale Akteure und Akteurinnen im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention durch die Einrichtung Regionaler Demokratiezentren zu vernetzen und zu unterstützen, geht das Demokratiezentrum Baden-Württemberg bundesweit voran. In Baden-Württemberg gibt es auf kommunaler und auf Kreisebene gewachsene Strukturen der Jugendsozialarbeit, eine aktive Zivilgesellschaft mit einem hohen Grad an freiwilligem Engagement und einem Bewusstsein für kommunalpolitische Verantwortung – so wie in dieser Studie beschrieben. Dies bietet die Grundlage für eine Wertegemeinschaft, die extremen Ideologien entgegenzuwirken vermag.

Aufgabe ist es, vorhandene Kräfte in der lokalen Gemeinschaft zu bündeln und zu qualifizieren, damit Widerspruch gegen Polarisierung, Populismus und Rassismus erfolgversprechend wird und diesen positive Handlungsmöglichkeiten entgegengesetzt werden können.

Dafür sind kompetente und in ihrer Region jeweils mit den relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren vernetzte Träger notwendig. Kriterien für die Auswahl der Standorte Regionaler Demokratiezentren sind deshalb ausgeprägte Vernetzungsstrukturen, Erfahrung im Bereich der Präventions- und Beratungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ein Konzept zur qualifizierten Weiterentwicklung in den relevanten Themenfeldern. Eine wichtige Aufgabe bei der Weiterentwicklung der Regionalen Demokratiezentren kommt den landesweit tätigen Fachstellen zu, die erprobte Angebote bereitstellen, Fachkräfte vor Ort qualifizieren und die Fachlichkeit der Arbeit vor Ort absichern.

Mit dem neu hinzugekommenen Regionalen Demokratiezentrum Heilbronn und einem weiteren im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald gibt es Anfang 2021 zehn

Regionale Demokratiezentren für insgesamt 15 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg.

Landesweite Vernetzung und flankierende Programme

Die Vernetzung der Fachstellen untereinander sowie der Fachstellen mit den Regionalen Demokratiezentren, die Organisation der Qualifizierungsangebote und der landesweiten Fachveranstaltungen erfolgt über die Landeskoordinierungsstelle des Demokratiezentrums. Über die bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg angesiedelte Landeskoordinierungsstelle wurden zudem flankierend Programme entwickelt, die landesweit wirksam sind:

Meldestelle respect! gegen Hetze im Netz und Meldestelle #Antisemitismus

Die Meldestelle »respect! gegen Hetze im Netz« ist bundesweit die erste Meldestelle für Hetze im Internet, die gemeldete Vorfälle bei vermuteter strafrechtlicher Relevanz anzeigt und Löschanträge bei Internet Providern stellt. Diese wird seit Ende 2019 ergänzt durch die »Meldestelle #Antisemitismus«. Diese nimmt speziell Meldungen zu antisemitischen Vorfällen oder Bedrohungen – sei es im Internet oder in der »realen« Welt – an, dokumentiert die Vorfälle und vermittelt auf Anfrage Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die beiden Meldestellen arbeiten bei Bedarf mit lokalen und landesweiten Behörden zusammen.

Derzeit spiegelt sich die deutliche Zunahme an Vorfällen im Zusammenhang mit Verschwörungsmythen in den Meldungen an die beiden Fachstellen wider.

Mentorenprogramm Vielfaltcoach

Die Ausbildung zum »Vielfaltcoach« ist eine anspruchsvolle und bei Jugendlichen begehrte Qualifizierung, die jedes Jahr rund 100 junge Menschen aus ganz Baden-Württemberg durchlaufen. Sie führen in Vereinen, Schulen oder im kommunalen Umfeld Projekte zur Menschenrechtsbildung und Demokratieförderung durch.

In diesem Mentorenprogramm beschäftigen sich Jugendliche in zwei Kurseinheiten mit den Themen Identität, Vielfalt und Gruppenzugehörigkeiten, Menschenrechte, Vorurteile und Diskriminierung, Hass im Netz und Fake News und werden anschließend selbst aktiv. Im Fokus der



*Vielfaltcoach – Mentorenprogramm
(Foto: Jugendstiftung BW/doradzillo)*

Ausbildung stehen persönliche Erfahrungswerte sowie praktische Übungen und Aktionen. Als Vielfaltcoaches führen sie gelernte Einheiten und Übungen wie bspw. die Stadtführung Menschenrechte selbstständig mit Klassen ihrer Schule durch. Zum Abschluss ihrer Ausbildung erhalten die Vielfaltcoaches ein Qualipass-Zertifikat.

Das Angebot richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 und 9 aller weiterführenden Schulen. Die Teilnehmenden lernen ihre eigene Identität im Zusammenspiel mit ihren Mehrfachzugehörigkeiten und als Teil einer vielfältigen Gesellschaft zu verstehen. Sie sind in der Lage, Vorurteile als solche zu erkennen, kennen unterschiedliche Formen von Diskriminierung und ihre Auswirkungen. Sie wissen, wie sie mit Hass in sozialen Netzwerken umgehen können und sind sensibilisiert für das Thema Fake News. Die jungen Menschen erlernen Methoden, wie sie ihr Wissen anderen Jugendlichen weitergeben können und setzen Ideen und Projekte selbst an ihrer Schule aktiv um.

In Heilbronn haben sich in der Vergangenheit bereits 21 Schülerinnen und Schüler aus 8 Schulen zum Vielfaltcoach qualifizieren lassen.

Jugend BEWEGT – Politik konkret

»Jugend BEWEGT – Politik konkret« ist ein Förderprogramm des Demokratiezentrum und der Jugendstiftung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg für Kommunen, die dauerhaft verschiedene Formen der Jugendbeteiligung als Qualitätsmerkmal in ihrer Kommune verankern möchten. Anfang 2021 beteiligen sich insgesamt über 70 Kommunen in Baden-Württemberg an diesem einmaligen Teilnetzwerk, bei dem ein Schwerpunkt in den kommenden Jahren auf Formen digitaler Jugendbeteiligung liegen wird.

Ein Blick in die Zukunft

Den komplexen Herausforderungen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Extremismusprävention stellt sich das Demokratiezentrum in einem starken Netzwerk aus kompetenten Partnerinnen und Partnern aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ebenso wie Experten aus Wissenschaft und Praxis. Die derzeitigen politischen Herausforderungen waren so vor wenigen Jahren kaum vorzusehen gewesen – umso schwerer fällt es, eine Prognose für die weiteren Entwicklungen abzugeben. Die Arbeit für Demokratie und gegen Extremismus verlangt daher von allen Beteiligten eine hohe Flexibilität und breit angelegte Kompetenzen.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg wird maßgeblich durch Mittel des Landes über das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg sowie durch Gelder aus dem Bundesprogramm »Demokratie leben!« finanziert, welches in der aktuellen Förderperiode von 2020 bis 2024 fortgeführt wird. Es gilt, auf aktuelle Entwicklungen flexibel reagieren zu können und das Erreichte weiter in Regelstrukturen zu verankern und zu konsolidieren. Dabei gewinnen der weitere Ausbau und die Qualifizierung der Regionalstrukturen, allen voran der Regionalen Demokratiezentren, eine zentrale Bedeutung.

Dem neuen Regionalen Demokratiezentrum Heilbronn und allen Akteuren vor Ort wünsche ich viel Erfolg bei der Fortführung der hervorragenden bisherigen Arbeit und bei dem weiteren Ausbau der Angebote und des Netzwerks in der Region, um sich den in dieser Studie skizzierten und darüber hinausgehenden Herausforderungen erfolgreich zu stellen und die Demokratie vor Ort zu stärken!

Weitere Informationen zur Arbeit des Demokratiezentrum Baden-Württemberg finden Sie auf:

www.demokratiezentrum-bw.de

Was ist eigentlich Mobile Beratung?



Grit Hanneforth

Grit Hanneforth ist Geschäftsführerin und Sprecherin im Bundesverband Mobile Beratung.

Ein Überblick

Wenn irgendwo in Deutschland Neonazis ein Musikfestival planen, wenn RechtspopulistInnen eine Hetzkampagne gegen eine geplante Moschee starten oder die NPD einen Parteitag abhalten will, dann ist für viele Menschen vor Ort sofort klar: Dagegen will ich etwas tun! Doch was genau sie tun könnten – das wissen viele Leute nicht sofort.

Wenn Laien mit rassistischen, anti-demokratischen oder menschenfeindlichen Phänomenen konfrontiert sind, fühlen sie sich oft verunsichert, ratlos und überfordert. Um sie zu unterstützen, gibt es inzwischen in allen 16 Bundesländern sogenannte »Mobile Beratungsteams« (abgekürzt: MBT). Die genauen Titel sind regional unterschiedlich. Je nach Bundesland heißen die Teams zum Beispiel Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), Regionales Beratungsteam, Erstkontaktstelle, Regionalzentrum für demokratische Kultur oder Beratungsknoten. Auch wenn die Bezeichnung unterschiedlich ist, tun sie alle, was in Fachkreisen als »Mobile Beratung« bezeichnet wird: Zum einen geben sie schnellen Rat bei ganz konkreten rechtsextremen, antisemitischen oder ähnlichen Vorfällen, zum anderen begleiten sie auch die längerfristige Auseinandersetzung mit solchen Problemen.

Seit 25 Jahren: Hilfe zur Selbsthilfe

Das Konzept der Mobilen Beratung hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten schrittweise entwickelt. Anfang der 1990er Jahre, direkt nach der Wiedervereinigung, erlebte der Rechtsextremismus einen Aufschwung – nicht nur, aber sehr stark in Ostdeutschland. Rechtsextreme Organisationen hatten großen Zulauf, es gab Tausende gewalttätige Angriffe auf Migrant*innen, nicht-rechte Jugendliche oder ganz allgemein Andersdenkende, Orte wie Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda erlangten traurige Bekanntheit. Damals wurden Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen meist als Rand- oder Jugendphänomene interpretiert. Es gab einzelne staatliche Programme, die sich insbesondere mit rechtsextremen Jugendlichen beschäftigten. Vielerorts wurde dadurch die Szene jedoch eher gestärkt als geschwächt.

Ab 1992 und zuerst in Brandenburg entwickelten deshalb engagierte Initiativen einen anderen Ansatz: nicht die rechtsextremen Personen in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen, sondern die Gegenkräfte zu stärken, also die vielerorts zwar vorhandenen, aber oft schwachen zivilgesellschaftlichen und demokratischen Strukturen. Von Brandenburg aus verbreitete sich dieses MBT-Konzept erst in Ostdeutschland, später auch in den westdeutschen Bundesländern. Ab Anfang der 2000er Jahre wurde und wird die Mobile Beratung durch Programme der Bundesregierung gefördert. 2014 gründeten

langjährige Mitarbeiter*innen von MBTs einen Dachverband, den Bundesverband Mobile Beratung (BMB). Er bündelt mittlerweile mehr als 40 Beratungsstellen mit ca. 200 Kolleg*innen, die auf die Unterstützung von knapp 30 Trägerinstitutionen zurückgreifen können.

MBTs sind mobil, das heißt, sie kommen dorthin, wo sie gebraucht werden. Sie stellen sich auf die Verhältnisse, Bedürfnisse und Ressourcen ein, die sie vor Ort finden. Sie leisten »Hilfe zur Selbsthilfe« und denken in Zusammenhängen. Neben der Beratungsarbeit unterstützen MBTs im Rahmen der Qualifizierung und Begleitung Multiplikator*innen und Engagierte durch Angebote der politischen Bildung, etwa in Form von Fort- und Weiterbildungen oder thematischen Workshops. Auf der Basis langjähriger, intensiver Recherche- und Analysearbeit verfügen die Berater*innen über detaillierte Expertise zu Strategien und Strukturen von Organisationen und Personen am rechten Rand.

Förderung demokratischer Kultur, Orientierung an den Menschenrechten

Mobile Beratung zeichnet sich durch eine menschenrechtsorientierte Haltung und den Leitgedanken der Demokratischen Kultur aus. Diese sind zugleich ein Gegenentwurf zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Die Haltung der Mobilien Berater*innen ist untrennbar mit den universellen Menschenrechten und der Idee der Freiheit, Gleichwertigkeit und Würde aller Menschen verbunden, die ihren Widerhall in Artikel 1 Absätze 1 und 2 des Grundgesetzes gefunden haben.

Oberstes Ziel der MBTs ist es, vor Ort belastbare demokratische Strukturen zu schaffen und zu unterstützen. Der zugrundeliegende Demokratiebegriff ist dabei prozess- und partizipationsorientiert: Demokratie ist ein Entwicklungsprozess, in dem ständig ausgehandelt wird, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, an dem möglichst viele Menschen teilhaben können und in dem Bürger*innen auch ihre Freiheitsrechte gegenüber dem Staat wahrnehmen. Als Prozess ist gelebte Demokratie also nie »erreicht« – vielmehr geht es darum, immer wieder darauf hinzuarbeiten und dabei die jeweiligen Rahmenbedingungen kritisch zu hinterfragen. Dabei müssen reale Demokratiedefizite in der politischen Kultur in den Kommunen und Regionen sowie Probleme im Zusam-

menleben ebenso in den Blick genommen werden wie demokratiefeindliche und menschenverachtende Einstellungen in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte.



*Seit Anfang der 1990er Jahre unterstützt Mobile Beratung Menschen, die mit extrem rechten Aktivitäten konfrontiert sind. Die Reflexion und Weiterentwicklung der Beratung gehört zu den Grundsätzen des Arbeitsfeldes.
(Foto: Mobile Beratung NRW/mobim)*

Demokratische Kultur bedeutet, dass möglichst alle Betroffenen (Partizipation) mit ihren unterschiedlichen Forderungen und Bedürfnissen (Pluralismus) in transparente Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse (Kommunikation) einbezogen werden. Grundlegende Menschenrechte sowie wechselseitiger Respekt, der sich aus der Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen ergibt, sind der unabdingbare Rahmen einer solchen demokratischen Kultur. Eine solche politische Kultur der Beteiligung und des Dialogs ist nur mittels breiter Information und Transparenz von Entscheidungsstrukturen möglich. Sie folgt dem Gedanken einer pluralen Demokratie, in der die Vielfalt unterschiedlicher Gruppierungen, Kulturen und Gesellschaften keine Bedrohung und keinen Verlust, sondern vielmehr einen Gewinn für ein demokratisches Gemeinwesen darstellen – soweit die institutionellen Voraussetzungen für einen möglichst freien und umfassenden Austausch gewährleistet sind.

Demokratie zeichnet sich aus dieser Perspektive durch selbstbewusste und aktive Bürger*innen aus, die andere Menschen unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft als gleichwertig anerkennen, Verantwortung für die friedliche Gestaltung ihrer sozialen Umwelt übernehmen, Probleme sehen und ansprechen, um diese gemeinsam mit anderen Bürger*innen durch gleichberechtigtes Sprechen und gemeinsames

Handeln zu lösen. Demokratische Kultur ist dagegen überall dort gefährdet, wo es nicht allen Menschen ermöglicht wird, an ihr teilzuhaben. Der Umgang mit gesellschaftlich marginalisierten Gruppen, mit Dominanz- und Unterdrückungsprozessen sowie Macht- und Herrschaftsstrukturen wird so zum Gradmesser der demokratischen Kultur. Sie hat dort Grenzen, wo universelle Menschenrechte nicht anerkannt und rassistische oder völkische Wertvorstellungen propagiert werden. Ein eingeschränktes Verständnis von Demokratie oder politische Ohnmachtserfahrungen können solche menschenfeindlichen Einstellungen begünstigen.

Die Arbeit der Mobilen Beratungsteams ist für die Beratungsnehmer*innen grundsätzlich kostenfrei. Die Kolleg*innen der Mobilen Beratung haben in den vergangenen 25 Jahren einen hohen Professionalisierungsgrad erreicht, sie bilden ein eigenes Berufsfeld und organisieren über den Bundesverband Mobile Beratung den bundesweiten Fachaustausch und die Fortbildung.

Weitere Informationen zur Arbeit des Bundesverband Mobile Beratung finden Sie auf:

www.bundesverband-mobile-beratung.de

Zielgruppen der Mobilen Beratung

Die MBTs unterstützen alle Menschen und Institutionen, die sich mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen auseinandersetzen wollen oder müssen – und die sich im Sinne der oben beschriebenen Menschenrechtsorientierung und der Gestaltung demokratischer Kultur engagieren möchten. Konkret gehören zu den Zielgruppen Mobiler Beratung:

- kommunale Politik und Verwaltung
- Landespolitik und -verwaltung
- zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke
- Wirtschaftsunternehmen und Gewerbetreibende
- Gewerkschaften
- Kirchen und Religionsgemeinschaften
- Kunst- und Kultureinrichtungen
- Migrant*innenselbstorganisationen
- Polizei
- Journalist*innen
- Einzelpersonen
- Bildungseinrichtungen und Schulen
- Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- soziale Einrichtungen
- Sport- und Wohlfahrtsvereine und -verbände

Der Text wurde zuvor veröffentlicht in der Broschüre *Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention*, hrsg. v. Bundesverband Mobile Beratung, Dresden 2019.

Schlussbetrachtung

Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass und wie extrem rechte AkteurInnen unterschiedlichster Couleur in der Region Heilbronn über Jahre und Jahrzehnte kontinuierlich präsent sind, ein breites Netzwerk aufbauen und durch Aktionen in die Stadtgesellschaft hineinwirken konnten. Besonders hervorstechend sind hierbei die starke Präsenz und die bemerkenswerten Wahl- und Mobilisierungserfolge von extrem rechten bis rechtspopulistischen Parteien in den letzten drei Jahrzehnten in der Region. Spätestens mit dem Großereignis des Neonazi-aufmarsches vom 1. Mai 2011 regte sich jedoch ein breiterer demokratisch-zivilgesellschaftlicher Widerstand. Dieser hat sich seither immer weiterentwickelt und in Form pädagogischer Arbeit in Schulen oder unzähligen Informationsveranstaltungen und Aktionen der beiden Bündnisse gegen Rechts in Heilbronn in die städtische Öffentlichkeit hinein gewirkt. Auch im ländlichen Umland Heilbronn bildeten sich zivilgesellschaftliche Bündnisse, etwa in Bretzfeld oder Öhringen. Zugleich ist 2018 das Netzwerk »Vielfalt stärken« entstanden, das die Auseinandersetzung mit Themen wie Antidiskriminierung und interkultureller Öffnung in der Arbeit mit jungen Menschen zum Ziel hat. Zu diesem Zweck vernetzt es Aktive im Bereich der Jugendarbeit aus der Stadt und im Landkreis Heilbronn und bietet eine Austauschplattform. Durch dieses vielfältige Engagement werden demokratische und menschenrechtsorientierte Werte gestärkt und couragiert auf die menschenverachtende Ideologie der extremen Rechten aufmerksam gemacht. Die Hauptakteure der Demonstration von 2011 – NPD und neonazistische Kameradschaften – haben in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Doch die extrem rechte Szene hat sich modernisiert und ihre Ideologie ist durchaus nicht verschwunden.

Bundesweit werden staatliche Strukturen und die demokratische Zivilgesellschaft in den letzten Jahren zunehmend mit Positionen konfrontiert, die Menschen als minderwertig markieren, aus der Gesellschaft ausgrenzen und ihre Gleichwertigkeit infrage stellen. Rassismus, Anti-

semitismus, aber auch die Feindschaft gegenüber Demokrat*innen sind in der gesellschaftlichen Debatte nicht neu. Allerdings sind abwertende Stimmen deutlich sichtbar und hörbarer geworden in den letzten Jahren und gingen nicht nur vom rechten Rand aus. Gleichzeitig wurde mit dem Einzug der AfD in den Bundestag und sämtliche Landesparlamente eine gesellschaftliche Diskursverschiebung nach rechts befeuert²⁹³. Unzählige Tabus wurden gebrochen²⁹⁴ und insbesondere in den Sozialen Medien und auf der Straße verrohete der Diskurs zunehmend.

Neben der AfD fällt insbesondere das Netzwerk der sogenannten »Neuen Rechten« als Ideengeberin auf. Neue Rechte wie das Institut für Staatspolitik (IfS) um Götz Kubitschek oder das Kampagnennetzwerk »Ein Prozent« geben sich moderat und intellektuell. Die Neue Rechte verzichtet im Gegensatz zu NPD und Neonazikameradschaften auf einen offen positiven Bezug zum historischen Nationalsozialismus. Sie stützt sich auf die antiliberalen und antidemokratischen Positionen der »Konservativen Revolution« aus der Weimarer Republik (1918 – 1933). Politische Veränderung in ihrem Sinne will sie über metapolitische, d. h. dem parlamentarischen Raum vorgelagerte Techniken und Instrumente – wie Social Media, Musik, professionell produzierte Videos auf Youtube, Instagrambeiträge oder symbolische Medienaktionen²⁹⁵, erreichen.

Der Online-Bereich ist dabei von besonderer Bedeutung. Das gilt freilich auch für die Region Heilbronn. Das Internet fungiert als Ort der Vernetzung für extrem rechte AkteurInnen, ebenso zur Gewinnung neuer AnhängerInnen. Die Funktionsweise der Sozialen Medien oder von Videoplattformen wie Youtube unterstützt durch ihre Algorithmen die Entstehung von Filterblasen und Echokammern, das heißt kritische oder der eigenen Meinung widersprüchliche Positionen werden nicht mehr angezeigt. So können sich möglicherweise schon bestehende Vorurteile bestärken, Meinungen zu Ideologien verfestigen und geschlossen extrem rechte Weltbilder entstehen. Ebenso

293 Vgl. Katharina Thoms/ Markus Pfalzgraf: Wie sich mit der AfD die Debattenkultur im Landtag verändert hat, in: SWR online, 14. Dezember 2020.

294 Zum Beispiel die Drohung des AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland im Mai 2017, die damalige Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, die SPD Politikerin Aydan Özoğuz, »in Anatolien entsorgen« zu wollen.

295 Ein Beispiel für diese Strategie stellt die von den Identitären verhüllte Imperia-Statue in Konstanz 2017 dar.

gefährlich sind die von der AfD und Neuer Rechter angetriebene Polarisierung und Emotionalisierung von Debatten. Diese Strategie wird online begünstigt durch das Fehlen eines konkreten Gegenübers mit emotionalen Reaktionen, Mimik und Gestik. Sie hat Auswirkungen auf gesellschaftliche Debatten und kann, wie sich an den in der vorliegenden Studie dokumentierten extrem rechten Vorfällen in Heilbronn gezeigt hat, in Gewalt gegenüber Menschen münden.

All dies stellt eine Bedrohung für die Demokratie und die Menschenrechte dar, denen sich, wie im zweiten Teil dieser Studie dargelegt, bereits verschiedene Akteur*innen auf vielfältige Weise in der Region widmen. Als Unterstützung für diese sollen im Folgenden konkrete Aktionsfelder und mögliche Ansatzpunkte benannt werden.

Auseinandersetzung mit und Positionierung gegen die extreme Rechte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

Die geschilderten Problematiken stellen Herausforderungen für verschiedene Gesellschaftsbereiche dar. Dies gilt insbesondere auch für pädagogische Einrichtungen wie z. B. offene Jugendhäuser oder Schulen. Hier ist die Auseinandersetzung mit GMF und die Vermittlung demokratischer Werte im pädagogischen Kontext ein wichtiger Bestandteil. Wie im Artikel »Mit kreativen Ideen für Demokratie und Vielfalt in der Schule« beleuchtet wird, gibt es zahlreiche Herangehensweisen, die von Heilbronner Schulen bereits genutzt werden.

Von besonderer Bedeutung für die Auseinandersetzung mit und die Positionierung gegen extrem Rechte und GMF sind Angebote für pädagogisches Fachpersonal, mit denen sie sich im Themenfeld Diskriminierung fortbilden können und sensibilisiert werden. Ebenso wichtig ist die professionelle Unterstützung von pädagogischen Fachkräften im Umgang mit diskriminierenden und extrem rechten Vorfällen, u. a. mit dem Ziel der Erarbeitung von Handlungskonzepten und der Gewinnung von Handlungssicherheit. Hierfür kann die Mobile Beratung eine Unterstützung bieten. Einen wesentlichen Bestandteil für die Förderung einer demokratischen Haltung stellt das Erleben demokratischer Teilhabe dar, etwa durch die

die selbstbestimmte inhaltliche und organisatorische Gestaltung von Schüler*innenversammlungen zu bestimmten Themen, wie sie in Heilbronn bereits stattgefunden haben. Darüber hinaus spielen Kompetenzerleben und Selbstwirksamkeitserfahrungen eine wichtige Rolle²⁹⁶. Diese in einer umfassenden Form für junge Menschen möglich zu machen, sollte ein Ziel pädagogischen Handelns sein. Einen Ansatzpunkt hierfür stellen offene (Vertrauens-)Räume dar, in denen junge Menschen über eigene Anliegen und Themen sprechen können und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden kann.

Auch außerhalb pädagogischer Einrichtungen braucht es eine Auseinandersetzung mit und Positionierung gegen die extreme Rechte und GMF. Dies gilt insbesondere auch für zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen. Dies kann u. a. in Form einer entsprechenden Positionierung in Satzungen und Leitbildern geschehen. Darüber hinaus bedarf es interner Strategien im Umgang mit diskriminierenden und menschenfeindlichen Vorfällen und möglichen Annäherungs- und Unterwanderungsversuchen von Rechtsaußen. Dies ist aus dem Grund von besonderer Bedeutung, da gerade zivilgesellschaftliche Organisationen, wie Vereine, Verbände und Initiativen, Orte darstellen, in denen Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen zusammenkommen können. Dadurch können Filterblasen durchbrochen und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Darüber hinaus sind Vereine, Verbände und Initiativen, sofern sie sich nicht explizit der Arbeit für eine demokratische Gesellschaft widmen als Ankerpunkte in die Zivilgesellschaft besonders gefährdet für Unterwanderungsstrategien der Neuen Rechten.

Vielfalt und Teilhabe stärken

Die Region Heilbronn ist vielfältig und bunt. Allzu oft wird dies auf ein Merkmal, den sogenannten »Migrationshintergrund« oder die sogenannte »Zuwanderungsgeschichte« verkürzt, das in Heilbronn auf viele Menschen zutrifft. Letztlich sagt dieses Merkmal kaum etwas über die Menschen selbst aus. Durch dessen Betonung entsteht jedoch der Eindruck, dass die damit gemeinten Personen nicht richtig zur Gesellschaft gehören. Die dahinterliegende Vorstellung, diese Kategorisierung erkläre

.....

296 Kurt Möller und Nils Schuhmacher: *Eckpunkte und Elemente eines landesweiten Aktionsplans gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in Baden-Württemberg – eine Expertise*, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen Senioren Baden-Württemberg, 2015, S. 125 f.

Eigenschaften oder Verhaltensweisen, hat außerdem oft eine Ungleichbehandlung von Menschen zur Folge. Vielmehr ist es umgekehrt der von außen zugewiesene Stempel, der dazu führt, dass diesen Menschen zum Beispiel weniger zugetraut wird und sie sich weniger zutrauen. Dieser Umstand spiegelt sich auch häufig in verminderten Teilhabechancen wieder.

Im Zusammenhang mit der Region Heilbronn fällt beispielsweise auf, dass obwohl im kommunalen Melderegister so bezeichnete »Deutsche mit Zuwanderungsgeschichte« 27,2 Prozent und »Nichtdeutsche« 26,9 Prozent der Stadtbevölkerung ausmachen²⁹⁷, sich das nicht in der Zusammensetzung des Gemeinderats abbildet. Ein vergleichbar unausgewogenes Verhältnis findet sich über die Stadt Heilbronn hinaus in deutschen Parlamenten bezüglich der Faktoren sozialer Status, Bildungsabschluss und Milieuzugehörigkeit. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist es fraglich, »[...] ob Abgeordnete gut in der Lage sind, bestimmte Probleme zu erkennen, Lösungen zu finden, die sie selbst vielleicht nie erlebt haben, von denen sie nur vom Hörensagen wissen«²⁹⁸.

Um der Desintegrationserfahrungen von Personen aus marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen entgegenzuwirken, ist es also relevant, ihnen eine stärkere demokratische Teilhabe am Gemeinwesen zu ermöglichen. Das lässt sich zum einen durch die Einbeziehung von Interessenvertretungen verschiedener marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen und das Hören von Erfahrungen und Perspektiven durch die parlamentarischen Entscheidungsträger*innen erreichen. Für die Förderung von Teilhabe ist deshalb die Unterstützung der Entwicklung sowie Stärkung von bestehenden demokratischen Selbstorganisationen, und die Vernetzung von Parlament und Verwaltung mit entsprechenden Organisationen empfehlenswert²⁹⁹. Ein positives Beispiel hierfür stellt der 2008 gegründete Beirat für Partizipation und Integration der Stadt Heilbronn dar, der sich als Sprachrohr von Menschen mit Migrationsgeschichte versteht. Zusätzlich ermöglicht die Schaffung und finanzielle Ab-

sicherung von offenen und niedrighschwelligem Begegnungsräumen im Gemeinwesen, etwa Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder nachbarschaftlichen Begegnungsräumen, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Extrem rechten und menschenfeindlichen Aktivitäten und AkteurInnen entgegenzutreten

Wie im ersten Teil der Studie dargelegt, vollzog sich in den letzten Jahren ein Wandel im extrem rechten Spektrum. Anstelle von AkteurInnen, die sich offen zum Nationalsozialismus bekennen und damit im Großteil der Bevölkerung auf Gegenwind stoßen, treten nun AkteurInnen aus einem Spektrum auf, das sich an neurechten Ideen orientiert, verschleierter agiert und im Zuge dessen breiter in die Gesellschaft hineinwirken kann.

Bereits in Zeiten, als noch neonazistisch orientierte AkteurInnen den Ton angaben, gab es Schwierigkeiten bei Sicherheitsbehörden, das Problem insbesondere auch in Bezug auf seine Tragweite und die damit einhergehende Gefahr zu erkennen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen braucht es entsprechend umso dringlicher regelmäßige Fortbildungen für Beschäftigte bei der Polizei und in der Justiz, welche für extrem rechte Strukturen, AkteurInnen und Strategien sowie für den Umgang mit von Rassismus, Diskriminierung und von rechten Angriffen Betroffenen sensibilisieren. Anhaltspunkte für eine extrem rechte oder menschenfeindliche Gesinnung oder Betätigung bei PolizeibeamtenInnen oder Beschäftigten der Verwaltung und Justiz »[...] muss notfalls mit den Mitteln des Disziplinar- bzw. Arbeitsrechts [...] frühzeitig entgegengetreten werden«, wie es im Bericht des 2. NSU-Untersuchungsausschusses des Landtages von Baden-Württemberg heißt³⁰⁰. Des Weiteren sollten durch Behörden Hilfsangebote im Themenfeld (Betroffenenberatung, Mobile Beratung) sichtbar gemacht werden und aktiv auf diese hingewiesen werden. Darüber hinaus wurde im ersten Teil der Studie ebenfalls deutlich, dass die konsequente Verfolgung und der

297 Stadt Heilbronn - Stabsstelle Stadtentwicklung und Zukunftsfragen: *Statistikprofil für die Gesamtstadt Heilbronn zum 30.06.2020*.

298 Interview mit Armin Schäfer: *Politologe über sozial ungleiche Wahlbeteiligung – Demokratie in Schiefelage*, deutschlandfunkkultur.de, 13. Juni 2020.

299 Dies geht aus Erfahrungen hervor, die im benachbarten Öhringen gemacht wurden.

Vgl. Interview mit Menderes Selcuk: »Partizipation ist Grundlage einer gelungenen Integration«, in: Bundesverband Mobile Beratung: *Was blüht dem Dorf? Demokratieentwicklung auf dem Land*, Dresden 2019, S. 79.

300 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15 /8000, 28.04.2016, S. 967.

Entzug von Waffen bei entsprechendem extrem rechten Hintergrund von großer Bedeutung sind³⁰¹.

Davon unabhängig braucht es auch weiterhin dringend eine aktive Zivilgesellschaft, die sich der Raumnahme durch extrem rechte und menschenfeindliche AkteurInnen entgegenstellt. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen die extreme Rechte und GMF muss sich dabei auf die gesellschaftliche Wertschätzung und insbesondere auch die Unterstützung durch die lokale Politik, Sicherheitsbehörden und Verwaltung stützen können. Dies erfordert auch die Anerkennung des Umstandes, dass es in der Region Heilbronn und Umgebung eine aktive extrem rechte Szene gibt.

Der Herausforderung durch extrem rechte Aktivitäten, ihrer Ideologie und den daran anschließenden Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu begegnen, kann mitunter anspruchsvoll sein. Doch niemand ist auf sich alleine gestellt. Verschiedenste Angebote unterstützen Zivilgesellschaft, Kommunen und Sicherheitsbehörden beim Einsatz für eine demokratische und menschenrechtsorientierte Gesellschaft. So gibt es neben den Angeboten einer Landeszentrale für politische Bildung (LpB) oder des »Netzwerks für Demokratie und Courage« (NDC) seit 2021 auch ein Regionales Demokratiezentrum in Heilbronn. Dieses stellt Angebote der politischen Bildungsarbeit bereit, organisiert Qualifizierungen für Fachkräfte und vermittelt Beratung für Betroffene rechter Gewalt (Fachstelle Leuchtlinie) und für Menschen, die mit extrem rechten Aktivitäten konfrontiert sind (Fachstellen mobirex und »kompetent vor Ort«). Es bietet sich zudem als Vernetzungsstruktur auf lokaler und überregionaler Ebene an.

Die an dieser Studie Beteiligten haben Herausforderungen benannt und hoffen Impulse für die weitere Arbeit für Demokratie und Menschenrechte in der Region gesetzt zu haben. Denn wie sich insbesondere in der Demokratiewerkstatt vor Ort zeigt, ist Demokratie ein Lern- und Aushandlungsprozess, der sich immer wieder selbst reflektieren muss und nie vollendet ist. Die Basis dessen bildet ein Wertegerahmen, den bereits der in Brackenheim geborene erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, wie folgt definiert hat: »Und was

heißt Demokratie als Lebensform? Doch nur dies: dem Menschen, gleichviel wer er sei und woher er käme, als Mensch zu begegnen³⁰²«. Weil eben dies von extrem rechten Ideologien und AkteurInnen infrage gestellt wird, braucht es eine klare Abgrenzung gegen diese Ideologien und Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, ebenso wie die unmissverständliche Unterstützung und Stärkung der Verteidiger*innen einer menschenrechtsorientierten, demokratischen und solidarischen Gesellschaft, damit Demokratie leben kann.

.....

301 Zuletzt zeigten sich im Fall des ermordeten Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke die Dringlichkeit zur Umsetzung dieser Maßnahmen sehr deutlich.

302 Rede in Heilbronn beim Richtfest des Rathauses auf dem Marktplatz (16.9.1950), in: Stadtarchiv Heilbronn, Signatur ZS 10743 Heuss, Theodor.

Abkürzungsverzeichnis

AB Rhein-Neckar	Aktionsbüro Rhein-Neckar
AfD	Alternative für Deutschland
AG Heilbronn	Aktionsgruppe Heilbronn
AG-SW	Aktionsgruppe Südwest
AKK	Antikapitalistisches Kollektiv
AN	Autonome Nationalisten
BDP	Bündnis Deutscher Patrioten
BDVG	Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft
BfG	Bund für Gotterkenntnis
B&H	Blood and Honour
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DP	Deutsche Partei – Die Freiheitlichen
DSSS	Dělnická strana sociální spravedlnost (dt. Arbeiterpartei für Soziale Gerechtigkeit)
DVU	Deutsche Volksunion
EWK KKK	European White Knights of the Ku Klux Klan
FHD	Freundeskreis Ein Herz für Deutschland
FIH	Freiheitliche Initiative Heilbronn
FN Heilbronn	Freie Nationalisten Heilbronn
FN Kraichgau	Freie Nationalisten Kraichgau
FS Records	Freiheit Sound Records
FNS	Freies Netz Süd
F&T	Furchtlos & Treu
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
HNG	Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
HoGeSa	Hooligans gegen Salafismus
IB	Identitäre Bewegung Deutschlands
IfS	Institut für Staatspolitik
JA	Junge Alternative
JD	Junge Deutsche e. V.
JJWS	Johann-Jakob-Widmann-Schule Heilbronn
JN	Junge Nationalisten (bis 13. Januar 2018: Junge Nationaldemokraten)
JR	Junge Revolution
LKA	Landeskriminalamt
LKR	Liberal-Konservative Reformer

LUST!	Liste Unabhängiger Studenten
MSG	Mönchsee-Gymnasium Heilbronn
NBH	Nationales Bündnis Heilbronn
NF	Nationalistische Front
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSS	Neoschutzstaffel
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
PI-News	Politically Incorrect-News
PNOS	Partei National Orientierter Schweizer
PRO	Bürgerbewegung Pro Heilbronn
PRO D	Bürgerbewegung Pro Deutschland
R.A.F.	Royal Air Force (Großbritannien)
REP	Die Republikaner
RMG	Robert-Mayer-Gymnasium Heilbronn
RNF	Ring Nationaler Frauen
SMV	Schüler*innenmitverwaltung
Soko	Sonderkommission
SoR – SmC	Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsanwaltschaft
SW	Standarte Württemberg
TddZ	Tag der deutschen Zukunft
THS	Thüringer Heimatschutz
UN	Unabhängige Nachrichten
ViB	Volk in Bewegung
WR	Weißer Rebellion

Kontakte zu lokalen und überregionalen Anlaufstellen

REGIONALE ANSPRECHPERSONEN

Heilbronner Bürgerstiftung

Fördert bürgerschaftliches Engagement und die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung

Marktplatz 1

74072 Heilbronn

Tel.: 07131 / 39 55 57 7

Mail: info@heilbronner-buergerstiftung.de

www.heilbronner-buergerstiftung.de

Kontaktadressen Flüchtlingshilfe:

Heilbronn - Stadt- und Landkreis:

www.fluechtlingsrat-bw.de/adressen/

Hohenlohe - Landkreis:

www.fluechtlingsrat-bw.de/adressen/

Freundeskreis Synagoge Heilbronn

fördert den Austausch und die Begegnung und setzt sich gegen Antisemitismus und Rassismus ein

Mail: info@fk-synagoge-hn.de

www.fk-synagoge-hn.de

Heilbronn sagt Nein

c/o DGB Heilbronn

Gartenstraße 64

74074 Heilbronn

Kontaktformular: www.heilbronn-sagt-nein.de

Landratsamt Heilbronn –

Amt für Migration und Integration

Für die Belange und die Teilhabe von Neuzugewanderten und Bürger*innen mit Migrationshintergrund

Lerchenstraße 40

74072 Heilbronn

Tel.: 07131 / 994-7550

Mail: migrationundintegration@landratsamt-heilbronn.de

www.landkreis-heilbronn.de/migration-und-integration.9554.htm

Juma Ortsgruppe Heilbronn

Jugendverein für junge Muslim*innen für den Austausch und zur Stärkung ihrer Mitbestimmung

Schützenstraße 16

74072 Heilbronn

Tel.: 0176 / 578 201 82

Mail: heilbronn@juma-ev.de

www.juma-ev.de/juma/juma-bawue/

Jugend- und Familienhilfe

c/o Amt für Familie, Jugend und Senioren

Jugend- und Familienhilfe

Wollhausstraße 20

74072 Heilbronn

Tel.: 07131 / 56-2843

www.heilbronn.de/leben/kinder-jugendliche-und-familien/beratung-hilfe/jugend-und-familienhilfe.html

Landratsamt Heilbronn – Kreisjugendpflege

Für die Belange von Jugendlichen und die Unterstützung für in der Jugendarbeit Tätige

Lerchenstraße 40
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 994-459 oder: 07131 / 994-492
Mail: Anja.Fuchs@landratsamt-heilbronn.de
Mail: Brigitte.Seiz@landratsamt-heilbronn.de
www.landkreis-heilbronn.de/kreisjugendpflege.584.htm

Netzwerk der Kulturen Heilbronn e. V.

Netzwerk von Migrant*innenvereinen, engagiert sich für Begegnung und kulturelle Vielfalt

Tel.: 0173 / 3184 710
Mail: info@netzwerk-der-kulturen.de
www.netzwerk-der-kulturen.de

Netzwerk gegen Rechts Heilbronn

c/o Soziales Zentrum Käthe

Wollhausstraße 49
74072 Heilbronn
Mail: kontakt@ngr-heilbronn.org

Netzwerk „Vielfalt stärken“

Vernetzte Jugendarbeit – aktive Integration in und um Heilbronn
c/o Stadt- und Kreisjugendring Heilbronn e. V.

Schützenstraße 16
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 27 18 777
Mail: info@skjr-hn.de
www.vielfalt-staerken.de

RAA Berlin (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V.)

Trägt und unterstützt diskriminierungskritische Partizipationsprojekte in Schule und Schulumfeld

Projektbüro Heilbronn:
Schützenstraße 16
74072 Heilbronn
Tel.: 0176 / 578 201 82
Mail: assistenz@jugendarbeit-staerken.de
www.raa-berlin.de

Regionale Beratungsstelle Hohenlohekreis

Beratung und Präventionsangebote im Themenfeld extreme Rechte für den Hohenlohekreis

Jugendamt
Allee 16
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 / 184 32
Mail: jugendreferat@hohenlohekreis.de

Stabsstelle Partizipation und Integration

Kontaktstelle für alle Fragen rund um die Themen Integration und Bürger*innenbeteiligung

Lohtorstraße 27
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 56-4480
Mail: integration@heilbronn.de
www.heilbronn.de/leben/partizipation-integration/stabsstelle-partizipation-und-integration.html

ANSPRECHPERSONEN IM DEMOKRATIEZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Regionales Demokratiezentrum Heilbronn

Bildungszentrum, Koordination und Vernetzung im Handlungsfeld Demokratie-
bildung -und -stärkung, Rechtsextremismusprävention und -intervention sowie
Vielfaltgestaltung im Stadt- und Landkreis Heilbronn.

c/ o Stadt- und Kreisjugendring Heilbronn
Schützenstraße 16
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 - 2718777
Mail: heilbronn@demokratiezentrum-bw.de

Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Landeskoordinierungsstelle sowie Koordination von landesweiten Bildungs-
und Qualifizierungsangeboten

Schlossstraße 23
74371 Sersheim
Tel.: 07042 / 8317-47
Mail: angebote@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de/angebote-beratung/

Fachstelle mobirex - Monitoring | Bildung | Information

Monitoring, Bildung und Information zu den Themenfeldern extreme Rechte sowie
angrenzende Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

c/o Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) Baden-Württemberg
Siemensstr. 11
70469 Stuttgart
Tel.: 0711 / 89 69 15-23 oder -26
Mail: mobirex@lago-bw.de
www.lago-bw.de/fachstelle-mobirex.html

Leuchtlinie - Beratung für Betroffene von rechter Gewalt

Hilfs- und Anlaufstelle für Betroffene, Angehörige und Zeug*innen von extrem
rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

c/o Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg
Reinsburgstraße 82
70178 Stuttgart
Tel.: 0711 / 888 999-33
Mail: kontakt@leuchtlinie.de
www.leuchtlinie.de

Fachstelle kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus

Vermittlung von Beratung bei extrem rechten und demokratiefeindlichen Vorkommnissen sowie Qualifizierungs- und Informationsangebote

c/o Jugendstiftung Baden-Württemberg

Schlossstr. 23

74372 Sersheim

Tel.: 07042 / 83 17-30

Mail: beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de

www.demokratiezentrum-bw.de/angebote/beratung-gegen-rechtsextremismus/

Fachstelle ExtremismUSDistanzierung (FEX)

Beratungs- und Qualifizierungsangebote zum Thema Radikalisierung für Fachkräfte der mobilen und offenen Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit

c/o LAG Mobile Jugendarbeit/ Streetwork Baden-Württemberg e. V.

Hotline: 0800 / 2016 112

Tel.: 0711 / 16 56-475

Mobil: 0173 / 74 89 612

Mail: fex@demokratiezentrum-bw.de

www.demokratiezentrum-bw.de/angebote/fex-extremismUSDistanzierung/

Meldestelle Antisemitismus

Meldestelle für antisemitische Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen

www.demokratiezentrum-bw.de/meldestelle-antisemitismus/

Respect! – Die Meldestelle für Hetze im Netz

Meldestelle für Hasskommentare im Netz mit Prüfung auf strafrechtliche Relevanz und auf die Möglichkeit der Löschung durch Provider von Internetplattformen

Mail: respect@demokratiezentrum-bw.de

www.respect.demokratiezentrum-bw.de

ÜBERREGIONALE ANSPRECHPERSONEN

Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg (LADS BW)

Ministerium für Soziales und Integration
Baden-Württemberg

Else-Josenhans-Straße 6
70173 Stuttgart
Tel.: 0711 / 123-3990
Mail: beratung@lads-bw.de
www.lads-bw.de

Aktion Jugendschutz – Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg

Fachstelle für den Kinder- und Jugendschutz

Jahnstr. 12
70597 Stuttgart
Tel.: 0711 / 237 37-0
Mail: info@ajs-bw.de
www.ajs-bw.de

Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Else-Josenhans-Straße 6
70173 Stuttgart
Tel.: 0711 / 279-3360
Mail: Poststelle@bfmb.bwl.de
www.behindertenbeauftragte-bw.de

Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus

Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart
Tel.: 0711/ 21 53-0
Mail: Beauftragter-gegen-Antisemitismus@stm.bwl.de
www.stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/beauftragter-gegen-antisemitismus

Beratungsstelle für gleichberechtigte Teilhabe

Für Fälle von antiziganistischer Diskriminierung
c/o Verband deutscher Sinti & Roma

B7, 16 (Eingang über den Hinterhof)
68159 Mannheim
Tel.: 0621 / 911 09145
Mail: beratungsstelle@sinti-roma.com
www.sinti-roma.com

exit Deutschland

Beratung für (potenzielle) Aussteiger*innen aus der extrem rechten Szene, deren Angehörige und Institutionen

Postfach 76 01 12,
10382 Berlin
Tel.: 030 / 234 893 28
Tel.: 0176 / 416 460 19
Mail: info@exit-deutschland.de
www.exit-deutschland.de/kontakt/

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Hilfe für Flüchtlingsinitiativen in rechtlichen und sozialen Fragen

Hauptstätter Straße 57

70178 Stuttgart

Tel.: 0711 / 55 32 83-4

Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

www.fluechtlingsrat-bw.de

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen

Tel.: 0800 / 011 60 16

www.hilfetelefon.de

konex - Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg

Beratung für (potenzielle) Aussteiger*innen aus der extrem rechten Szene, deren Angehörige und Fachkräfte

Postfach 10 34 65

70029 Stuttgart

Tel.: 0711 / 279 4556

Mail: konex@im.bwl.de

www.konex-bw.de/ausstiegsberatung

Landesweite LSBTTIQ-Beratung

Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg

Lazarettstraße 6

70182 Stuttgart

Tel.: 0711 / 400 530 20

Mail: kontakt@netzwerk-lsbttiq.net

www.netzwerk-lsbttiq.net/beratung

Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

c/o Gegen Vergessen – für Demokratie e. V.

Tel.: 030 / 26 39 78-3

Mail: info@gegen-vergessen.de

www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de/startseite/

SeeleFon - Telefonischen Selbsthilfeberatung

Mehrsprachige telefonische Beratung für Flüchtlinge bei seelischem Leid

Tel.: 0228 / 7100 2424

www.bapk.de/angebote/seelefon.html

Telefonseelsorge

Tel.: 0800 / 111 0111

Tel.: 0800 / 111 0222

www.telefonseelsorge.de

Landesweite (historisch-) politische Bildungs- und Qualifizierungsangebote

Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg

Seminare und Fortbildungen zu Vielfalt und Antidiskriminierung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit

Tel.: 0711 / 89 69 15-50

Mail: info@jugendakademie-bw.de

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma

Bildungsangebote zu folgenden Themen: Verfolgung im Nationalsozialismus, Lehren aus der Geschichte, extremen Rechten, Sinti und Roma in Deutschland, Rassismus und Diskriminierung

Tel.: 0621 / 9811-02

Mail: info@sintiundroma.de

www.sintiundroma.de/zentrum/bildungsangebote.html

Fritz-Erler-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Ausstellung: Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen

Tel.: 0711 / 2483 9447

Mail: info.stuttgart@fes.de

www.fes.de/de/fritz-erler-forum/unsere-themen/ausstellungen/gegen-rechts/

GEGENARGUMENT

Seminare, Trainings und Webinare für die Auseinandersetzung mit rechten und rassistischen Positionen

Mail: kontakt@gegen-argument.de

www.gegen-argument.de

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Baden-Württemberg

Veranstaltungen zur historisch-politischen Bildungsarbeit u. a. zur extremen Rechten

Tel.: 07034 / 929 683

Mail: kipfer.rohrau@online.de

www.gegen-vergessen.de/vor-ort/baden-wuerttemberg/

Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden Württemberg

Planspiele, Workshops, Vorträge, Tagungen und Wettbewerbe zur politischen Bildungsarbeit für Jugendliche und Erwachsene

Tel.: 0711 / 164 099-0

Mail: lpb@lpb-bw.de

www.lpb-bw.de

Landeszentrale für politische Bildung

Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus.

Argumentationstrainings und Vorträge zur extremen Rechten für Erwachsene, Workshops zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit für Schulklassen

Tel.: 0711 / 164 099 - 86

Mail: mail@team-mex.de

www.team-mex.de

Netzwerk Demokratie und Courage (NDC) Baden-Württemberg

Projektstage zu Rassismus, Diskriminierung und Zivilcourage für Schulen
Landesnetzstelle Baden-Württemberg

Tel.: 0711 / 89 69 15-24

Mail: r.ueddenklau@lago-bw.de

www.netzwerk-courage.de

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage Baden-Württemberg

Netzwerk von Schulen, die sich verpflichten, sich gegen Rassismus einzusetzen

Tel.: 0711 / 21 74 39-6195

Mail: schule-ohne-rassismus@kbw-gruppe.de

www.schule-ohne-rassismus-bw.de

DEMOKRATIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Schlossstr. 23
74372 Sersheim
Tel.: 07042 / 83 17 47
Fax: 07042 / 83 17 40
Mail: info@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de



Siemensstraße 11
70469 Stuttgart
Tel.: 0711 / 89 69 15-23 oder -26
Mail: mobirex@lago-bw.de
www.lago-bw.de/fachstelle-mobirex.html